Stenographischer Bericht

31. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VI. Periode — 6. Februar 1968

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abg. Burger, Ing. Koch, Ritzinger und Loidl (1334).

Gedenkminute:

Gedenken an den verstorbenen Abg. Rudolf Bauer (1334).

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 472, der Abgeordneten Eger, Dr. Kaan, Dipl.-Ing. Schaller und Jamnegg, betreffend eine Weiterbildungsstätte für Krankenschwestern in gehobenen Positionen (1336);

Antrag, Einl.-Zahl 473, der Abgeordneten Burger, Dr. Kaan, Prof. Dr. Eichtinger, Schaffer, Ritzinger und Pabst, betreffend Sicherstellung der Erdgasversorgung für die metallurgische Industrie in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 474, der Abgeordneten Loidl, Ileschitz, Groß, Meisl und Genossen, betreffend eine Betriebsanlagengenehmigung für die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft in Graz-St. Peter;

Antrag, Einl.-Zahl 475, der Abgeordneten Gruber, Ileschitz, Brandl, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend die Errichtung von Ausweichen und Überholspuren auf der Bundesstraße Graz—Bruck;

Antrag, Einl.-Zahl 476, der Abgeordneten Groß, Ileschitz, Loidl, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Um- und Nachschulung von Arbeitskräften;

Antrag, Einl.-Zahl 477, der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Einleitung von Maßnahmen zur Milderung des Junglehrermangels;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 478, betreffend den Tausch des Landesgrundstückes 150/4, Landtafel EZ. 174, KG. I., Innere Stadt, gegen eine im Eigentum der Steiermärkischen Sparkasse befindlichen Grundstücksfläche des Leechwaldes im Ausmaß von 1.479 m²;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 479, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektsablösen für das Bauvorhaben Nr. 26/67 „Puffing-Schutzhaus“ der L 336, Gaberlstraße und der Erwerb dieser Liegenschaften;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 480, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen für das Bauvorhaben Nr. 24/67 „Rettenegg—Feistritzwald“ der L 298, Rettenegg—Feistritzattel und der Erwerb dieser Liegenschaftsteile;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 481, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektsablösen für Landesstraßenbauvorhaben 1967 und der Erwerb dieser Liegenschaften;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484, über die Begebung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Geschäftsjahr 1966;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488, über den Verkauf eines Grundstückes im Ausmaß von 3.024 m² samt Wohnhaus an Frau Elsa Himmelsstoß;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 491, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein für die Firma Rudolf Bauer, Röhrenwerk und Pumpenfabrik Voitsberg, bei

der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer aufzunehmendes Darlehen von 15 Millionen Schilling;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 308, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Lind und Karl Lackner, betreffend Steuerfreiheit von Zuwendungen an gemeinnützige Vereine;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 62, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 23. Mai 1957, LGBl. Nr. 42, über den Mutterschutz von Dienstnehmerinnen der steirischen Gemeinden, auf die das Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 76/1957, keine Anwendung findet, neuerlich abgeändert und ergänzt wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 14. Jänner 1957, LGBl. Nr. 23, über die Sicherung des Arbeitsplatzes von zum Präsenzdienst einberufenen Dienstnehmern der steirischen Gemeinden, auf die das Arbeitsplatzsicherungsgesetz, BGBl. Nr. 154/1956, keine Anwendung findet, abgeändert und ergänzt wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 66, Gesetz über die Ausschreibung von Kanalabgaben durch die Gemeinden des Landes Steiermark (Kanalabgabengesetz 1968);

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1957 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (Gemeindebedienstetengesetznovelle 1968);

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 109, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Klobasa, Heidinger und Genossen, betreffend die Erstellung eines generellen Entwässerungsplanes im Gebiet von Leibnitz;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 238, zum Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Dr. Rainer, Ritzinger und Pölzl, betreffend die Weiterbenützung des Flughafens Aigen i. E. durch die Alpensegelfliegerschule;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 269, zum Antrag der Abgeordneten Zagler, Vinzenz Lackner, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend Erstellung eines Energieplanes;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 348, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Maunz und Trummer, betreffend die Einführung der Sommerzeit in Österreich;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 353, zum Antrag der Abgeordneten Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend die Heranziehung der inländischen Kohle für die Erzeugung von kalorischem Strom;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 369, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Prof. Doktor Eichtinger, Prenner, Pabst und Schrammel, betreffend die eheste Fortsetzung der Uferschutzverbauungen der ständig Hochwasser führenden Flüsse zur Verhinderung weiterer Unwetterschäden;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 374, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Koch, Dipl.-Ing. Fuchs, Schrammel, Trummer, Pölzl, Dr. Heidinger und Koller, betreffend die Ergänzung der Beförderungssteuergesetz-Novelle, BGBl. Nr. 51/1967;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 438, zum Antrag der Abgeordneten Zagler, Zinkanell, Aichholzer, Loidl und Genossen, betreffend die eheste Instandsetzung einer Brücke im Zuge der Landesstraße Krenhof—Graden;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 439, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellinger, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend die Verwendung von Alpine-Straßenleitschienen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482, zum Beschluß Nr. 353 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1967, betreffend den Verkauf der Dynamit-Nobel AG., St. Lambrecht;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490, zum Beschluß Nr. 231 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Bergbauhilfe und steuerliche Begünstigungen in Kohlengebieten;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 286, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Prof. Hartwig und Genossen, betreffend Unterbringung der Pädagogischen Akademie;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 311, zum Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Koller, Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Pözl und Buchberger, betreffend den ehestmöglichen Beginn der Bauarbeiten für die Unterbringung des musisch pädagogischen Realgymnasiums in Hartberg in einem eigenen Schulgebäude;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 65, Gesetz zum Schutz der Jugend vor Gefahren, die geeignet sind, ihre körperliche, geistige, seelische oder sittliche Entwicklung zu beeinträchtigen (Steiermärkisches Jugendschutzgesetz 1968);

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 309, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Jamnegg, Egger und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend eine gesetzliche Regelung der augenfachärztlichen Pflichtuntersuchung von vorschulpflichtigen Kindern in Kindergärten und Horten;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 64, Gesetz über die Organisation der öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen und die Berufsschulpflicht (Steiermärkisches Landwirtschaftliches Schulgesetz 1968) zu (1337).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahl 472, 473, 474, 475, 476 und 477 der Landesregierung (1336);

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 478, 479, 480, 481, 484, 488 und 491 dem Finanz-Ausschuß;

Regierungsvorlagen, zu Einl.-Zahl 308, Beilage Nr. 62, 63, 66 und 67 dem Gemeinde- und Verfassungen-Ausschuß;

Regierungsvorlagen, zu Einl.-Zahl 109, 238, 269, 348, 353, 369, 374, 438 und 439, Einl.-Zahl 482 und 490 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Regierungsvorlagen, zu Einl.-Zahl 286 und 311 dem Volksbildungs-Ausschuß;

Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 65, und zu Einl.-Zahl 309, dem Fürsorge-Ausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 64, dem Landeskultur-Ausschuß (1337).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend die Einhaltung der Ö-Normen bei der Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel (1337);

Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg und Nigl, betreffend Bereitstellung von Mitteln zur Verlegung des Gradenbaches wegen Aufschließung des Georgs-Feldes als neuen Tagbau der GKB;

Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Meisl, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Sicherung der Arbeitsplätze im Werk Weiz der Elin-Union;

Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Loidl, Groß, Pichler und Genossen, betreffend Auftragserteilung durch die ÖBB an das Werk der Simmering-Graz-Pauker AG (1337).

Verhandlungen:

1. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 154, zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Klobasa, Zinkanell und Genossen über die Durchführung einer „Bettenaktion“ im Gebiete der Gemeinden Rettenegg und Gasen.

Berichterstatter: Abg. Josef Meisl (1337).

Annahme des Antrages (1338).

2. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 230, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Dr. Klauser, Zagler und Genossen, betreffend Verkehrsprobleme im Raume Leibnitz—Radkersburg.

Berichterstatter: Abg. Anton Zagler (1338).

Annahme des Antrages (1338).

3. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen.

Berichterstatter: Abg. Friedrich Aichholzer (1338).

Annahme des Antrages (1338).

4. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 285, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr.

Berichterstatter: Abg. Willibald Schön (1338).

Redner: Abg. Egger (1339), Abg. Prof. Hartwig (1340), Abg. Stöffler (1341), Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz (1342).

Annahme des Antrages (1343).

5. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 310, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Karl Lackner und Maunz, betreffend Fertigstellung des begonnenen Ausbaues der 4 km langen Landesstraße Bad Aussee—Altsee.

Berichterstatter: Abg. Dr. Eichtinger (1343).

Annahme des Antrages (1343).

6. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 323, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße Nr. 114 a (Teilstück Thalheim—Pölschals).

Berichterstatter: Abg. Eichtinger (1343).

Annahme des Antrages (1344).

7. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 329, zum Antrag der Abg. Heidinger, Ileschitz, Vinzenz Lackner, Loidl und Genossen, betreffend die Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes.

Berichterstatter: Abg. Franz Ileschitz (1344).

Annahme des Antrages (1344).

8. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 331, zum Antrag der Abgeordneten Hofbauer, Brandl, Fellinger, Lendl und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Fernsehempfanges im Raum von Bad Aussee.

Berichterstatter: Abg. Hans Brandl (1344).

Annahme des Antrages (1344).

9. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 333, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Hofbauer, Vinzenz Lackner, Lendl und Genossen, betreffend Einleitung von Maßnahmen, die eine möglichst reibungslose Abwicklung des Verkehrs auf den Bundes- und Landesstraßen von Gußwerk über Wildalpen nach Hieflau, von Gußwerk über das Niederalpl nach Neuberg und

von Gußwerk über den Seeberg nach Kapfenberg trotz des verstärkten Holztransportes gewährleistet werden sollen.

Berichterstätter: Abg. Hans Brandl (1344).

Annahme des Antrages (1344).

10. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 366, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend Betriebsgründungen im Bezirk Murau.

Berichterstätter: Abg. Karl Lackner (1344).

Annahme des Antrages (1345).

11. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 367, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner, betreffend eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht.

Berichterstätter: Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger (1345).

Annahme des Antrages (1345).

12. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 378, zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Lendl, Brandl und Genossen, betreffend die im Mai dieses Jahres entstandenen Hochwasserschäden in der Steiermark.

Berichterstätter: Abg. Hans Brandl (1345).

Annahme des Antrages (1345).

13. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 383, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Burger, Prof. Dr. Eichtinger und Lafer, betreffend Motor- und Radsportveranstaltungen in der Steiermark.

Berichterstätter: Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger (1345).

Annahme des Antrages (1345).

14. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 385, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Karl Lackner und Burger, betreffend den raschen Ausbau der Auwinkel-Landesstraße von der sogenannten Stampfersäge (Gemeinde Steirisch-Laßnitz) bis zur Kärntner Landesgrenze.

Berichterstätter: Abg. Karl Lackner (1346).

Annahme des Antrages (1346).

15. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 401, zum Antrag der Abgeordneten Koller, Pözl, Lafer und Lind und zu Einl.-Zahl 407, zum Antrag der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Aichholzer, Pichler und Genossen, betreffend den Verbleib der Zugförderungsstelle der ÖBB in Fehring.

Berichterstätter: Abg. Josef Schrammel (1346).

Redner: 3. Präsident Koller (1346), Abg. Pichler (1347).

Annahme des Antrages (1348).

16. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 402, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Ritzinger, betreffend die Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel.

Berichterstätter: Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger (1348).

Annahme des Antrages (1348).

17. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 406, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Lendl, Zagler, Ileschitz, Fellinger und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Gemeinde Veitsch mit den Kohlenbergbaugemeinden.

Berichterstätter: Abg. Hans Brandl (1348).

Annahme des Antrages (1348).

18. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 413, zum Antrag der Abgeordneten

Karl Lackner, Ritzinger, Maunz und Schaffer, betreffend die Förderung der gewerblichen und industriellen Struktur des Bezirkes Liezen.

Berichterstätter: Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (1349).

Redner: Abg. Karl Lackner (1349), Abg. Hofbauer (1352).

Annahme des Antrages (1353).

19. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 416, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete.

Berichterstätter: Abg. Josef Schrammel (1353).

Annahme des Antrages (1353).

20. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 434, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz und Genossen, betreffend die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel.

Berichterstätter: Abg. Franz Ileschitz (1353).

Redner: Abg. Vinzenz Lackner (1353), Abg. Leitner (1354).

Annahme des Antrages (1356).

21. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 442, zum Beschluß Nr. 193 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 3. Oktober 1966 über die Schließung des Bergbaues Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967.

Berichterstätter: Abg. Anton Zagler (1358).

Redner: Abg. Dr. Helmut Heidinger (1358), Abg. Vinzenz Lackner (1361), Landesrat Peltzmann (1363).

Annahme des Antrages (1363).

22. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 466, zum Beschluß Nr. 192 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Unterbleiben jeder Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes.

Berichterstätter: Abg. Anton Zagler (1363).

Annahme des Antrages (1363).

23. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 37, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Koller und Dr. Pittermann, betreffend Unterbringung der Fürsorgerinnschule.

Berichterstätter: Abg. Edda Egger (1357).

Annahme des Antrages (1357).

24. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 271, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen.

Berichterstätter: Abg. Hella Lendl (1357).

Annahme des Antrages (1357).

25. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 328, zum Antrag der Abgeordneten Afritsch, Sebastian, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Herausgabe einer Werbebroschüre für den Lehrberuf.

Berichterstätter: Abg. Gerhard Heidinger (1357).

Annahme des Antrages (1357).

26. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 384, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Egger, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an den Pflichtschulen.

Berichterstätter: Abg. Johanna Jamnegg (1357).

Annahme des Antrages (1363).

27. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391, zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Sport und Leibübungen an den Landesberufsschulen.

Berichterstätter: Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller (1363).

Annahme des Antrages (1364).

28. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397, zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 215 vom 16. Dezember 1966 über eine Neuregelung der Ausbildung für die Krankenpflegeberufe.

Berichterstatler: Abg. Edda Egger (1364).

Annahme des Antrages (1364).

29. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 403, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Moser, Prof. Dr. Eichinger, Karl Lackner, Pözl und Nigl, betreffend die Vorsorge für eine ausreichende Ausstattung der Landesbildstelle und Bezirksbildstellen in Steiermark.

Berichterstatler: Abg. Prof. Dr. Eduard Moser (1364).

Annahme des Antrages (1364).

30. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966 über die Polytechnischen Lehrgänge.

Berichterstatler: Abg. Josef Schrammel (1365).

Annahme des Antrages (1365).

31. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 452, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen.

Berichterstatler: Abg. Dr. Helmut Heidinger (1365).

Annahme des Antrages (1365).

32. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 139, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Koller, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Pittermann und Schrammel, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule für die Ost-, West- und Mittelsteiermark.

Berichterstatler: Abg. Alois Lafer (1365).

Annahme des Antrages (1366).

33. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 246, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Dr. Klausner, Klobasa, Zinkanell und Genossen, betreffend die Regulierung der Laßnitz und des Stainzbaches.

Berichterstatler: Abg. Friedrich Aichholzer (1366).

Annahme des Antrages (1366).

34. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 326, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend die Sanierung des Granitzenbaches im Bereiche von Weißkirchen.

Berichterstatler: Abg. Karl Lackner (1366).

Annahme des Antrages (1366).

35. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 327, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend Uferschutzbauten an der Mur zwischen Unzmarkt und Rothen-thurm.

Berichterstatler: Abg. Karl Lackner (1367).

Annahme des Antrages (1367).

36. Bericht des Landeskultur-Ausschusses, Beilage Nr. 68, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais- und Roggensaatgut.

Berichterstatler: Abg. Alois Lafer (1367).

Redner: Abg. Buchberger (1367).

Annahme des Antrages (1368).

37. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 491, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein für die Firma Rudolf Bauer, Röhrenwerk und Pumpenfabrik, bei der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer aufzunehmendes Darlehen von 15 Millionen Schilling.

Berichterstatler: Abg. Franz Ileschitz (1368).

Annahme des Antrages (1368).

Beginn der Sitzung: 9.55 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Hoher Landtag! Ich eröffne die 31. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VI. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: die Abgeordneten Burger, Ing. Koch, Ritzinger und Loidl.

Hohes Haus! Eingangs der heutigen Sitzung habe ich eines ehemaligen Landtagsabgeordneten zu gedenken. Es ist dies Kanzleidirektor i. R. Rudolf Bauer, der am 19. Jänner 1968 in Graz gestorben ist.

Er war vom 8. Juni bis 5. November 1949 Mitglied dieses Haus und war stets beflissen, seinen hohen Aufgaben zu entsprechen.

Ich danke für Ihre Anteilnahme.

Von den Landtags-Ausschüssen wurden folgende Geschäftsstücke erledigt, die wir auf die heutige Tagesordnung setzen können:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 154, zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Klobasa, Zinkanell und Genossen über die Durchführung einer „Bettenaktion“ im Gebiete der Gemeinden Rottenegg und Gasen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 230, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Dr. Klausner, Zagler und Genossen, betreffend Verkehrsprobleme im Raume Leibnitz—Radkersburg.

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 285, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr;

die Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 310, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Karl Lackner und Maunz, betreffend Fertigstellung des begonnenen Ausbaues der 4 km langen Landesstraße Bad Aussee—Altaussee;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 323, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße Nr. 114a (Teilstück Thalheim—Pölsals);

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 329, zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Ileschitz, Vinzenz Lackner, Loidl und Genossen, betreffend die Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 331, zum Antrag der Abgeordneten Hofbauer, Brandl, Fellingner, Lendl und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Fernsehempfanges im Raum von Bad Aussee;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 333, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Hofbauer, Vinzenz Lackner, Lendl und Genossen, betreffend Einleitung von Maßnahmen, die eine möglichst reibungslose Abwicklung des Verkehrs auf den Bundes- und Landesstraßen von Gußwerk über Wildalpen nach Hieflau, von Gußwerk über das Niederapl nach Neuberg a. d. Mürz, von Mariazell über den Lahnsattel nach Neuberg und von Gußwerk

über den Seeberg nach Kapfenberg trotz des verstärkten Holztransportes gewährleisten sollen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 366, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend Betriebsgründungen im Bezirk Murau;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 367, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner, betreffend eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 378, zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Lendl, Brandl und Genossen, betreffend die im Mai dieses Jahres entstandenen Hochwasserschäden in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 383, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Burger, Prof. Dr. Eichtinger und Lafer, betreffend Motor- und Radsportveranstaltungen in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 385, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Karl Lackner und Burger, betreffend den raschen Ausbau der Auwinkel-Landesstraße von der sogenannten Stampfersäge (Gemeinde Steirisch-Laßnitz) bis zur Kärntner Landesgrenze;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 401, zum Antrag der Abgeordneten Koller, Pölzl, Lafer und Lind und zu Einl.-Zahl 407, zum Antrag der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Aichholzer, Pichler und Genossen, betreffend den Verbleib der Zugförderungsstelle der ÖBB in Fehring;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 402, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Ritzinger, betreffend die Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 406, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Lendl, Zagler, Ileschitz, Fellinger und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Gemeinde Veitsch mit den Kohlenbergbaugemeinden;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 413, zum Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Ritzinger, Maunz und Schaffer, betreffend die Förderung der gewerblichen und industriellen Struktur des Bezirkes Liezen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 416, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 434, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz und Genossen, betreffend die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 442, zum Beschluß Nr. 193 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 3. Oktober 1966 über die Schließung des Bergbaues Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 466, zum Beschluß Nr. 192 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Unterbleiben jeder Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 37, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Koller und Dr. Pittermann, betreffend Unterbringung der Fürsorgerinnenschule;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 271, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 328, zum Antrag der Abgeordneten Afritsch, Sebastian, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Herausgabe einer Werbebroschüre für den Lehrberuf;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 384, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Egger, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichtes an den Pflichtschulen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391, zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Sport und Leibesübungen an den Landesberufsschulen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397, zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 215 vom 16. Dezember 1966 über eine Neuregelung der Ausbildung für die Krankenpflegeberufe;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 403, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Moser, Prof. Dr. Eichtinger, Karl Lackner, Pölzl und Nigl, betreffend die Vorsorge für eine ausreichende Ausstattung der Landesbildstelle und Bezirksbildstellen in Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966 über die Polytechnischen Lehrgänge;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 452, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 139, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Koller, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Pittermann und Schrammel, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule für die Ost-, West- und Mittelsteiermark;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 246, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Dr. Klausner, Klobasa, Zinkanell und Genossen, betreffend die Regulierung der Laßnitz und des Stainzbaches;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 326, zum Antrag der Abgeordneten Schaffner, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend die Sanierung des Granitzenbaches im Bereiche von Weißkirchen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 327, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend Uferschutzbauten an der Mur zwischen Unzmarkt und Rothenthurm;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais- und Roggensaatgut.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Der Landeskultur-Ausschuß hat die Beilage Nr. 54 mit wesentlichen Änderungen beschlossen. Die beschlossene Fassung ist in der heute aufliegenden

gedruckten Beilage Nr. 68 als schriftlicher Bericht enthalten.

Da diese Beilage in der heutigen Sitzung behandelt werden soll, aber erst heute aufgelegt werden konnte, ist die Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist erforderlich.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich daher vor, von der 24stündigen Auflagefrist bezüglich der Beilage Nr. 68 abzusehen.

Wird gegen die Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf:

der Antrag, Einl.-Zahl 472, der Abgeordneten Egger, Dr. Kaan, Dipl.-Ing. Schaller und Jamnegg, betreffend eine Weiterbildungsstätte für Krankenschwestern in gehobenen Positionen;

der Antrag, Einl.-Zahl 473, der Abgeordneten Burger, Dr. Kaan, Prof. Dr. Eichtinger, Schaffer, Ritzinger und Pabst, betreffend Sicherstellung der Erdgasversorgung für die metallurgische Industrie in der Steiermark;

der Antrag, Einl.-Zahl 474, der Abgeordneten Loidl, Ileschitz, Groß, Meisl und Genossen, betreffend eine Betriebsanlagengenehmigung für die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft in Graz-St. Peter;

der Antrag, Einl.-Zahl 475, der Abgeordneten Gruber, Ileschitz, Brandl, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend die Errichtung von Ausweichen und Überholspuren auf der Bundesstraße Graz—Bruck;

der Antrag, Einl.-Zahl 476, der Abgeordneten Groß, Ileschitz, Loidl, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Um- und Nachschulung von Arbeitskräften;

der Antrag, Einl.-Zahl 477, der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Einleitung von Maßnahmen zur Milderung des Junglehrermangels.

Diese Anträge weise ich der Landesregierung zu.

Dem Finanz-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 478, betreffend den Tausch des Landesgrundstückes 150/4, Landtafel EZ. 174, KG. I., Innere Stadt, gegen eine im Eigentum der Steiermärkischen Sparkasse befindliche Grundstückfläche des Leechwaldes im Ausmaß von 1.479 m²;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 479, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektsablösen für das Bauvorhaben Nr. 26/67 „Puffing-Schutzhaus“ der L 336, Gaberlstraße und der Erwerb dieser Liegenschaften;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 480, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen für das Bauvorhaben Nr. 24/67 „Rettenegg—Feistritzwald“ der L 298, Rettenegg—Feistritzsattel und der Erwerb dieser Liegenschaftsteile;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 481, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahmen sowie Objektsablösen für Landesstraßenbauvorhaben 1967 und der Erwerb dieser Liegenschaften;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484, über die Gebarung der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark im Geschäftsjahr 1966;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488, über den Verkauf eines Grundstückes im Ausmaß von 3.024 m² samt Wohnhaus an Frau Elsa Himmelstoß;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 491, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein für die Firma Rudolf Bauer, Röhrenwerk und Pumpenfabrik Voitsberg, bei der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer aufzunehmendes Darlehen von 15 Millionen Schilling.

Dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 308, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Dipl.-Ing. Fuchs, Lind und Karl Lackner, betreffend Steuerfreiheit von Zuwendungen an gemeinnützige Vereine;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 62, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 23. Mai 1957, LGBl. Nr. 42, über den Mutterschutz von Dienstnehmerinnen der steirischen Gemeinden, auf die das Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 76/1957, keine Anwendung findet, neuerlich abgeändert und ergänzt wird;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 63, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 14. Jänner 1957, LGBl. Nr. 23, über die Sicherung des Arbeitsplatzes von zum Präsenzdienst einberufenen Dienstnehmern der steirischen Gemeinden, auf die das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, BGBl. Nr. 154/1956, keine Anwendung findet, abgeändert und ergänzt wird;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 66, Gesetz über die Ausschreibung von Kanalabgaben durch die Gemeinden des Landes Steiermark (Kanalabgabengesetz 1968);

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1957 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (Gemeindebedienstetengesetznovelle 1968).

Dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 109, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Klobasa, Heidinger und Genossen, betreffend die Erstellung eines generellen Entwässerungsplanes im Gebiete von Leibnitz;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 238, zum Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Dr. Rainer, Ritzinger und Pölzl, betreffend die Weiterbenützung des Flughafens Aigen i. E. durch die Alpensegelfliegerschule;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 269, zum Antrag der Abgeordneten Zagler, Vinzenz Lackner, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend Erstellung eines Energieplanes;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 348, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Maunz und Trummer, betreffend die Einführung der Sommerzeit in Österreich;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 353, zum Antrag der Abgeordneten Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend die Heranziehung der inländischen Kohle für die Erzeugung von kalorischem Strom;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 369, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Prof. Doktor Eichtinger, Prenner, Pabst und Schrammel, betref-

fend die eheste Fortsetzung der Uferschutzverbauungen der ständig Hochwasser führenden Flüsse zur Verhinderung weiterer Unwetterschäden;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 374, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Koch, Dipl.-Ing. Fuchs, Schrammel, Trummer, Pölzl, Dr. Heidinger und Koller, betreffend die Ergänzung der Beförderungsteuergesetz-Novelle, BGBl. Nr. 51/1967;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 438, zum Antrag der Abgeordneten Zagler, Zinkanell, Aichholzer, Loidl und Genossen, betreffend die eheste Instandsetzung einer Brücke im Zuge der Landesstraße Krenhof—Graden;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 439, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellinger, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend die Verwendung von Alpine-Straßenleitschienen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482, zum Beschluß Nr. 353 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1967, betreffend den Verkauf der Dynamit-Nobel AG., St. Lambrecht;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490, zum Beschluß Nr. 231 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Bergbauhilfe und steuerliche Begünstigungen in Kohlengebieten.

Dem Volksbildungs-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 286, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Prof. Hartwig und Genossen, betreffend Unterbringung der Pädagogischen Akademie;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 311, zum Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Koller, Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Pölzl und Buchberger, betreffend den ehestmöglichen Beginn der Bauarbeiten für die Unterbringung des musisch-pädagogischen Realgymnasiums in Hartberg in einem eigenen Schulgebäude.

Dem Fürsorge-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 65, Gesetz zum Schutz der Jugend vor Gefahren, die geeignet sind, ihre körperliche, geistige, seelische oder sittliche Entwicklung zu beeinträchtigen (Steiermärkisches Jugendschutzgesetz 1968);

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 309, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Jamnegg, Egger und Prof. Dr. Eichinger, betreffend eine gesetzliche Regelung der augenfachärztlichen Pflichtuntersuchung von vorschulpflichtigen Kindern in Kindergärten und Horten.

Dem Landeskultur-Ausschuß weise ich die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 64, Gesetz über die Organisation der öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen und die Berufsschulpflicht (Steiermärkisches Landwirtschaftliches Schulgesetz 1968) zu.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Infolge der Dringlichkeit soll die Reg.-Vorlage, Einl.-Zahl 491, noch heute vom Landtag verabschiedet werden. Dem Finanz-Ausschuß müßte daher Gelegenheit gegeben werden, diese Vorlage zu behandeln und sodann im Hause antragstellend berichten zu können.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

der Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Einhaltung der Ö-Normen bei der Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Jamnegg und Nigl, betreffend Bereitstellung von Mitteln zur Verlegung des Gradenbaches wegen Aufschließung des Georgs-Feldes als neuen Tagbau der GKB.;

der Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Meisl, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Sicherung der Arbeitsplätze im Werk Weiz der Elin-Union;

der Antrag der Abgeordneten Ileschitz, Loidl, Gross, Pichler und Genossen, betreffend Auftragserteilung durch die ÖBB an das Werk der Simmering-Graz-Pauker AG.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Ich unterbreche nun die Sitzung und ersuche die Mitglieder des Finanz-Ausschusses sich in das Zimmer Nr. 56 zur Beratung der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 491, zu begeben.

Die Fortsetzung der Landtagssitzung erfolgt wahrscheinlich in 20 oder 30 Minuten, das kann ich jetzt noch nicht feststellen. Liegt die Regierungsvorlage auf? Nicht? Dann müssen wir warten, sie ist eben in Vervielfältigung.

Wir können inzwischen den Tagesordnungspunkt 1) behandeln. Ich ziehe also die Unterbrechung der Sitzung zurück.

1. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 154, zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Klobasa, Zinkanell und Genossen über die Durchführung einer „Bettenaktion“ im Gebiet der Gemeinden Rettenegg und Gasen.

Berichterstatter ist Abg. Josef Meisl. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Meisl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am 26. Jänner 1966 wurde vom Steiermärkischen Landtag der Landesregierung der Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Klobasa, Zinkanell und Genossen zugewiesen. Die Steiermärkische Landesregierung erstattet hiezu folgenden Ergänzungsbericht: Nach Erhebungen durch die zuständigen Stellen wurde von der Steiermärkischen Landesregierung am 8. Mai 1967 die Gewährung einer Beihilfe von 432.500 Schilling für diesen Zweck einstimmig beschlossen. Mit den bewilligten Beihilfen wird es möglich sein, einwandfreien Beherbergungsraum für 363 Betten zu schaffen. Die Kosten werden zur Hälfte aus Grenzlandförderungsmitteln, zur Hälfte durch allgemeine Ausgabensparungen und Mehreinnahmen bzw. bis zur Erzielung derselben bei der Betriebsmittelrücklage bedeckt.

Im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ergänzungsbericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Klobasa, Zinkanell und Genossen, betreffend die Durchfüh-

zung einer Bettenaktion im Gebiete der Gemeinden Rettenegg und Gasen, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Abgeordneten, die für den Antrag stimmen, um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

2. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 230, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Dr. Klauser, Zagler und Genossen, betreffend Verkehrsprobleme im Raume Leibnitz—Radkersburg.

Berichterstatter ist der Abg. Anton Zagler. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten. Ich erteile ihm hierzu das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus! Die Vorlage 230 befaßt sich mit der Eisenbahnverbindung des Grenzlandes mit Jugoslawien. Es sind hier 5 Punkte angeführt, die in der Vorlage aufgezeichnet sind. Die Punkte wurden von der Landesregierung beantwortet. Die Vorlage ist im Ausschuß eingehend behandelt worden und ich darf im Namen dieses Ausschusses dem Hohen Haus folgenden Antrag stellen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Zinkanell, Dr. Klauser, Zagler und Genossen, betreffend Verkehrsprobleme im Raume Leibnitz—Radkersburg, wird zur Kenntnis genommen.

Ich stelle den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Bericht zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Gross und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen.

Berichterstatter ist Abg. Friedrich Aichholzer. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus! Der Steiermärkische Landtag hat in der Sitzung am 3. Dezember 1966 den Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Gross und Genossen, Einl.-Zahl 284, die Landesregierung aufzufordern, bei allen zuständigen Stellen dahingehend einzuschreiten, daß alle geeigneten Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die eine Verlagerung des Schwerverkehrs, insbesondere des Tankwagenverkehrs von der Straße auf die Schiene ermöglichen, der Landesregierung zugewiesen.

Hierzu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht: Der volle Wortlaut des genannten Antrages wurde von der Rechtsabteilung 11 dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit der Bitte zur Kenntnis gebracht,

zu dem Problem der Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene Stellung nehmen zu wollen.

Das genannte Bundesministerium hat dazu mit Note vom 22. Feber 1967 bekanntgegeben: Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ist angesichts der Häufung von Unfällen, an denen Tankfahrzeuge beteiligt waren, an die Europäische Konferenz der Verkehrsminister herangetreten, um die Frage der Maßnahmen zur Verringerung der Gefahren der Straßenverkehrsunfälle, an denen zur Beförderung gefährlicher, brennbarer Flüssigkeiten besonders gebaute und ausgerüstete Fahrzeuge beteiligt sind, auf internationaler Ebene zu erörtern. Die Europäische Konferenz der Verkehrsminister wird sich in der nächsten Zeit mit der Angelegenheit befassen. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie behält sich weitere Mitteilungen je nach dem Stand der Verhandlungen vor.

Eine Rückfrage beim Bundesministerium ergab, daß die genannten Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 20. November 1967 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Gross und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen, wird zur Kenntnis genommen.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat in der letzten Sitzung diesen Bericht behandelt und empfiehlt dem Hohen Hause einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 285, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr.

Berichterstatter ist Herr Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort zur Erstattung des Berichtes.

Abg. Schön: Hohes Haus! Die Vorlage 285 befaßt sich mit einem Bericht über den Antrag, betreffend besseren Schutz für die Schulkinder und für die Fußgeher. Die Vorlage wurde vom Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß behandelt. Die Landesregierung berichtet hiezu, daß die Rechtsabteilung 11 mehrere Erlässe an die Unterbehörden hinausgegeben und diese angewiesen hat, eine bessere Verkehrsüberwachung auf den Freilandstraßen und eine systematische Überwachung der Schutzwege auf stark frequentierten Straßen während der Verkehrs-Stoßzeiten zu intensivieren. Die Exekutive hat ein Schwerpunkt-Programm geschaffen in den Monaten September und Oktober; es ist betitelt mit „Schulweg“ und „Fußgänger auf der Fahrbahn“. Des weiteren erfolgte Aufklärung der Eltern, Aufklärung der Schulkinder, verstärkter Einsatz von Straßenaufsichtsorganen. In diesem Antrag

wird weiter verlangt, daß man doch die Straßen kennzeichnen soll, damit der Fußgänger am Straßenrand einen Schutz hat und man verlangt, hier eine Sperrlinie zu schaffen, so wie jetzt die Begrenzungslinie ist, damit die Fußgänger geschützt sind. Die Landesregierung berichtet hiezu, daß diese Sperrlinie sehr schwer anzubringen ist, da sie entweder den gesamten Verkehr auf dieser Straße beeinträchtigt und auf der anderen Seite doch den Fußgängern und den Schulkindern keinen entsprechenden Schutz bietet. Es wäre hier nur ein Schutz wirkungsvoll und das wäre, ein Bankett zu schaffen, was natürlich mit hohen finanziellen Mitteln verbunden ist, nicht nur bei der Schaffung sondern auch bei der Schneefreihaltung im Winter und überhaupt bei der ganzen Schneeräumung.

Auf Grund der eingehenden Überprüfung des vielseitigen Problems der Anbringung von Längsmarkierungen am Fahrbahnrand muß von der Schaffung von Gehwegstreifen entlang von Straßen mit geringerer Fahrbahnbreite als 6,80 m durch bloße Anbringung von Bodenmarkierungen ohne entsprechende straßenbauliche Maßnahmen, für die entsprechende finanzielle Mittel erst bereitgestellt werden müßten, entschieden abgeraten werden, weil ein wirksamer Schutz der Fußgänger und Schulkinder in der Mehrzahl der Fälle nicht erreicht würde.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 6. November 1967 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen über die Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Egger: Hoher Landtag! Zur Frage eines ausreichenden Schutzes der Fußgänger im Straßenverkehr möchte ich Ihnen zwei Tatsachen vor Augen führen. Die eine zeigt uns die Statistik. In der Steiermark im Bereich der Gendarmerie waren im vergangenen Jahr ein Drittel der Verkehrstoten Fußgänger, und zwar 109 Tote von den an Verkehrsunfällen beteiligten Fußgängern gegenüber 222 sonstigen Verkehrsteilnehmern, die den Tod durch diese Unfälle gefunden haben. Von der Stadt Graz ist die Zahl vom vorigen Jahr noch nicht zu erhalten. Im Jahre 1966 wissen wir, daß sogar die Hälfte der Todesopfer aus dem Fußgängerkreis waren.

Sie sehen also, daß die Fußgänger ganz besonders die Opfer solcher Verkehrsunfälle sind. Es sind 10 Prozent der verletzten Fußgänger Todesopfer, während es von den in Fahrzeugen Verletzten nur ungefähr 2,5 Prozent sind. Die zweite Tatsache kann man feststellen, wenn man Veröffentlichungen über Verkehrsprobleme durchsieht. Darin wird über sehr viele Punkte gesprochen, über Gesetzgebung, Fahrzeuge und Zubehör, über Straßenbau, über Schulung und Erziehung der Fahrer, aber über einen

Punkt findet man nur sehr wenig, das ist der Fußgänger als Verkehrsteilnehmer. Bestenfalls wird er als schutzbedürftiges Objekt gesehen, meistens nur seine Rolle als ein Hindernis, möchte ich sagen. Diese beiden Tatsachen, auf der einen Seite meist eine beachtliche Zahl von Opfern, auf der anderen Seite ein zu geringes Einbeziehen in die Probleme des Verkehrs, zeigen sehr treffend die heutige unbewältigte Situation zwischen dem modernen Verkehr und den Fußgängern. Es wäre hier tatsächlich die allgemeine Einstellung zu revidieren, nämlich daß man überall erkennt, daß auch der Fußgänger Teilnehmer am Verkehr ist, daß er Partner im Verkehr ist mit allen Rechten und Pflichten. Rechte und Pflichten möchte ich betonen, denn auch das wird heute noch zu wenig gesehen. Es geschieht im allgemeinen von der öffentlichen Hand her auch zu wenig. Einzelne Ausnahmen bestätigen die Regel. Eine Ausnahme ist zum Beispiel all das, was in Graz im Laufe der letzten Jahre geschehen ist zur Schulwegsicherung der Kinder. Aber im allgemeinen müßte von der öffentlichen Hand her mehr getan werden, schon um ein Beispiel zu geben und gerade um die allgemeine Einstellung der Bevölkerung in dieser Hinsicht zu wandeln. Auf dem Sektor des Straßenbaues haben wir gerade gehört, daß die Sperrlinien usw. wenig Erfolg versprechen.

Es wird wahrscheinlich hier nur übrig bleiben, daß man doch mehr Verkehrsflächen für die Fußgänger bereitstellt, daß man diese von den Fahrbahnen trennt, und das wird sicher immer Aufgabe der Gemeinden bleiben. Es gilt ja die gesetzliche Regelung, daß Bundes- und Landesstraßen nur soweit es die Fahrbahnen betrifft, in die Aufgaben dieser Körperschaften fallen, während alles Darüber-Hinausgehende den Gemeinden zukommt. Es müßte der Standpunkt der Gemeinden werden: Wenn ich schon nicht für die Fahrbahn zu sorgen habe, dann kann ich alles tun, damit die Fußgänger, die Bürger dieser Gemeinde und auch die in der Gemeinde Ansässigen den notwendigen Schutz haben. Das gilt genauso für die Industrie- wie für die Landgemeinden. Wir sehen immer wieder, daß z. B. auch bei Landgemeinden, die Straßensiedlungen sind, beachtlich viele Menschen Todesopfer des Verkehrs werden.

Das zweite ist, daß Umfahrungen weiterhin gebaut werden müssen. Wir sehen, daß die großen Verkehrsstraßen mit Überlandverkehr heute genauso trennend sind für die Bewohner einer Gemeinde, wie seinerzeit ein großer Strom für seine Anwohner. Daher ist es notwendig, diese Verkehrsströme aus der Gemeinde hinauszulegen und Umfahrungen zu machen. Daß das kein wirtschaftlicher Schaden der Gemeinden ist, hat sich, glaube ich, schon vielfach erwiesen. Eine weitere Möglichkeit scheint derzeit noch darin zu liegen, daß mehr Fußgängerbrücken bzw. Unterführungen gebaut werden. Sicher werden diese von den Fußgängern selbst nicht gerne benützt. Aber ich glaube, daß auch Fußgänger mit der Zeit draufkommen werden, daß es immer noch zeitsparender ist und auch zumutbarer, einige Stufen in Kauf zu nehmen, als die Gefahren auf den Straßen mit Schnellverkehr. Der Fußgänger, insbesondere der ältere, kann einfach nicht abschätzen, wie schnell ein Auto da ist, das mit einer

Geschwindigkeit von 100 km in der Stunde daherkommt. (Landesrat Sebastian: „Das ist aber in der Stadt verboten!“)

In der Stadt ist es verboten, aber es gibt Straßensiedlungen, z. B. an der südlichen Straße in der Gegend von Leibnitz. (Landesrat Sebastian: „70-km-Grenze!“)

Dort ist jetzt eine Verkehrsbeschränkung von 70 km, weil es mehrere tödliche Unfälle gegeben hat.

Auf dem Sektor der Gesetzesdurchführung wäre dafür zu sorgen, daß auch die Fußgänger die Bestimmungen des Gesetzes besser einhalten als bisher, z. B. die Geschwindigkeit der Straßenüberquerung und dergleichen. Aber viel wird hier nicht an Wirkung zu erzielen sein.

Wichtiger als mit gesetzlichen Maßnahmen zu wirken wäre, daß wir allgemein in der Bevölkerung soziale Normen und Verhaltensweisen ausbilden — ich möchte es mit einem altmodischen Wort ausdrücken — daß „Sitte und Brauch des Straßenverkehrs“ ein Allgemeinbesitz der Bevölkerung werden, gute Sitten, die eben derzeit noch nicht vorhanden sind. Es ist im Straßenverkehr anders als im übrigen Leben. Normalerweise bilden sich im Zusammenleben der Menschen zuerst Sitte und Brauch aus und diese werden dann in Gesetzen festgehalten. Dabei bildet sich auch ganz von selbst ein automatisches Verhalten aus. Das wäre auch im Straßenverkehr richtig. Hier ist aber die technische Entwicklung vorausgeleitet. Wir haben halt die Verkehrsmittel schneller bekommen, als die Menschen sich daran gewöhnen konnten. Wir mußten daher zuerst das Gesetz haben und es hinkt das allgemeine Verhalten nach. Daher ist die gleichmäßig erworbene Anpassungsfähigkeit der Menschen an den Verkehr noch nicht hergestellt. Der Österreicher gilt aber allgemein als Mensch, der sich leicht anpaßt. Er gilt auch als liebenswürdig. Es wäre daher zu wünschen, daß die Österreicher die derzeitige Situation des alle gegen alle im Verkehr, diese Aggression, die genauso vom Fahrer gegen den Fußgänger wie vom Fußgänger gegen die übrigen Verkehrsteilnehmer vorhanden ist, dieses Pubertätsstadium möglichst bald überwinden. Für die Jugend wird da viel getan. Es gibt für die Jugend Verkehrserziehung bei den verschiedensten Gelegenheiten. Es hat auch z. B. heuer das Amt der Steiermärkischen Landesregierung größere Mittel bereitgestellt, damit Anschauungsmaterial in die Schulen kommt. Aber ebenso notwendig wie die Verkehrserziehung der Jugend ist, daß auch die älteren Menschen sich dem Verkehr besser anpassen. Und hier ist wohl nicht mehr Erziehung möglich, aber Unterrichtung und Information. Diese kann man tatsächlich vermissen. Wir Österreicher sind kein Volk von Führerscheinbesitzern. Besonders die älteren Menschen haben sich nie mit den Verkehrsregeln tatsächlich befassen müssen und kennen sie daher in einem erstaunlichen Maß nicht. (Abg. Scheer: „Der Landeshauptmann kennt sie ganz genau z. B. und er ist auch schon ein älterer Herr!“)

Es wäre daher notwendig, daß man auch den älteren Menschen gewisse Bedingungen des Verkehrs

wirklich nahebringt. Z. B. wissen die Menschen, ich meine jetzt alle Erwachsenen, auch Menschen zwischen 20 und 30 oft erstaunlich wenig, wie z. B. der Bremsweg und die Möglichkeit des Bremsens eines Autos ist, wenn es Glatteis gibt. Schauen Sie einmal, wie schwierig es ist, wenn Glatteis ist, und die Fußgänger glauben, weil die Autos langsam fahren: Da können wir hemmungslos über die Straße gehen.

Hier wäre vieles an Unterrichtung der Fußgänger notwendig und man müßte hiebei auch moderne Werbemethoden anwenden, um den guten Willen der Fußgänger zu wecken, sich selbst zu schützen. Die Fußgänger wissen oft nicht, wie sehr sie gefährdet sind. Z. B. müßten behinderte Menschen, die nicht voll sehen, wirklich den weißen Stock benutzen und nicht glauben, daß ein gewöhnlicher Stock sie ebenso gut schützt. Daß die Armbinde getragen wird, daß aber auch Menschen, die die Landstraßen entlang gehen nicht nur links gehen, sondern daß sie auch irgendwelche Leuchtzeichen benutzen, die sie dem Fahrer besser sichtbar machen.

Wir müssen uns also diesem Verkehr und der heutigen Situation besser anpassen. Am wichtigsten neben allen solchen einzelnen Möglichkeiten ist aber, daß wir zu einer neuen Einstellung finden, daß Hilfsbereitschaft da ist, daß alle Verkehrsteilnehmer sich als Partner sehen und daß bei der materiellen Vorsorge auch für den Fußgänger von der öffentlichen Hand her mit gutem Beispiel vorgegangen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächste Rednerin ist zu Wort gemeldet Frau Prof. Hartwig. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Prof. Hartwig: Hohes Haus! Ich kann mich nur ganz kurz fassen, weil die Frau Abgeordnete alles, was sachlich dazu zu sagen war, schon gesagt hat. Ich möchte alles das unterstreichen und nur noch zwei Sätze sagen, die an den Bericht anschließen.

Es steht dort, daß man Randlinien besser nicht anbringe, weil sie dem Fußgänger ein Gefühl der Sicherheit geben, die er dort in Wirklichkeit nicht hat, weil das Fahrzeug diese Randlinien überfahren kann. Wenn man nun zuschaut, wie etwa Schulkinder auf geschützten Übergängen die Straße überqueren, also auf Zebrastreifen bei Ampeln: Sie laufen fast immer. Ich glaube nicht, daß das Gefühl der Sicherheit bei Fußgängern auf den Straßen jemals heute allzu groß ist und alles, was ihnen helfen könnte, sollte, glaube ich, geschehen, auch wenn es schwierig ist und wenn es Geld kostet. Natürlich kosten alle diese Dinge Geld. Trotzdem, es ist nicht genug, daß wir auf die Steuerkarten unserer Autos oder auf die Heckfenster oder sonst irgendwohin schreiben „Leben hat Vorang“, ich glaube, wir müssen alles tun, um auch darnach zu handeln und ich würde die Abgeordneten aller Fraktionen bitten, doch immer wieder vorstellig zu werden, damit von der Straßenverwaltung über das hinaus, was jetzt schon geschieht, — und es geschieht viel — doch alles getan wird, was möglich ist, um Leben zu retten, denn das ist im weitesten Sinn auch wirtschaftlich das Sinnvollste. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Herr Abg. Vizebürgermeister Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöffler: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich hauptsächlich mit der Schulwegsicherung befassen. Die Unfälle auf den Schulwegen machen etwa ein Drittel der gesamten Unfälle aus, die Kinder auf der Straße erleiden. Zum Beispiel im Jahr 1966 sind in Graz 59 Kinder bei Unfällen betroffen gewesen. Es waren zwei tot, 8 schwer verletzt, der Rest leicht verletzt und gefährdet. Das waren Kinder im Alter von 5—14 Jahren. Diese 59 Kinder sind zum Teil innerhalb des Schulbereiches, also innerhalb der durch Verkehrstafeln gekennzeichneten Bereiche und zum Teil außerhalb derselben Unfällen zum Opfer gefallen, und zwar nur 13 innerhalb des Schulbereiches und 46 außerhalb dieses Bereiches. Im Jahr 1967 ist die Bilanz etwas schlechter. Es sind 63 Kinder Opfer von Unfällen geworden, zwei waren tot, 9 schwer verletzt, der Rest war leicht verletzt oder gefährdet. Und nur vier sind innerhalb des Schulbereiches in Unfälle verwickelt gewesen und 59 außerhalb.

Nun muß man natürlich zur Sicherung des Schulweges eine Menge von Maßnahmen überlegen und auch setzen. Wir haben in der Stadtgemeinde Graz vor allem damit begonnen, die Gehsteige auszubauen. Nach der Bauordnung ist ja der Besitzer eines Grundstückes, das unbebaut ist, nicht verpflichtet, den Fußweg auszubauen.

Die Verpflichtung tritt erst ein mit Erteilung der Miet- bzw. Baugenehmigung. Es gibt da eine ganze Menge von Althäusern, bei denen diese Verpflichtung nicht erteilt wurde seinerzeit, so daß wir also nun vor der Notwendigkeit stehen, mit Gemeindemitteln die Gehsteige auszubauen. Ich habe, als ich 1962 das Verkehrs-Referat übernahm, sofort eine Begehung aller Grazer Schulen angeordnet. Die Herren der Bundespolizei, die Herren des Schulwesens, vor allem die Schulleiter, Beamte des Straßen- und Brückenbauamtes haben bei jeder einzelnen Schule untersucht, welche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden sollten.

Es sind dann im Laufe der Jahre bei 56 Schulen, Horten und Kindergärten zum Teil sehr weitgehende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden, die zum Teil auch sehr kostspielig sind. Ich erinnere nur an die Schulwegsicherung auf der Ries, die bisher 1,2 Millionen Schilling gekostet hat. Und wir sind dort noch lange nicht fertig, denn die Einlösung der Grundstücke und die Verhandlungen sind dort verhältnismäßig schwierig und die Verkehrsbauten, das alles braucht seine Zeit und kostet sein Geld. Aber es ist doch gelungen, in den Jahren seit 1963 insgesamt 6,7 km Gehsteige im Rahmen der Schulwegsicherung auszubauen und es sind auch ganz schöne Beträge letzten Endes, wenn auch oft nach schwierigen Verhandlungen, gesichert worden. Wir haben im Jahr 1963 mit 200.000 Schilling begonnen, hatten dann in den Jahren 1967 und 1968 je 3 Millionen Schilling hiefür zur Verfügung. Es ist dann auch notwendig geworden, Druckknopfanlagen vor den Schulen zu errichten. Wir haben bisher 6 solche Druckknopfanlagen errichtet und

werden im heurigen Jahr noch einige errichten. Wir haben 160 Verkehrszeichen aufgestellt. Und schließlich ist auch eine Reihe von Beleuchtungsverbesserungen durchgeführt worden. Ich glaube, damit allein ist es aber nicht getan, auch wenn wir allein in Graz für die Schulwegsicherung dieser Art noch etwa mindestens 10 Millionen Schilling brauchen. Ich glaube auch, daß man die Lage der Schulen dabei ins Auge fassen muß. Sehr gute Beispiele zeigt hier Schweden, wo man die Dreiteilung der Schulen auch dazu benutzt, die Schulen für die unteren Stufen so anzulegen, daß das kleine Schulkind überhaupt nicht mit einer Straße in Berührung kommt, auf der sich Fahrzeuge bewegen. Und erst in der dritten Stufe wird dann das Kind über solche Straßen geführt.

Wir werden das sicherlich zu berücksichtigen haben bei neuen Schulen. Ich würde sehr empfehlen, wenn in der Schulbauplanung gerade diese Dinge sehr beachtet werden. Bei den alten Schulen ist es so, daß wir versuchen müssen, die Umgebung der Schulen möglichst von gefährlichen Verkehrserregern zu befreien oder solche Verkehrserreger nicht zuzulassen. Das ist nicht immer sehr leicht. Es ist z. B. sicher nicht sehr glücklich, daß wir in der Gartenstraße mitten im Schulzentrum eine Tankstelle dort haben. Es hat große Schwierigkeiten gemacht zu erreichen, daß die Nachfüllzeiten der Tankstellen außerhalb der Schulanfangs- und -schlußzeiten verlegt wurden, denn wir müssen doch versuchen, die Gelegenheiten für menschliches Versagen zu beseitigen. Ich könnte mir nicht vorstellen, was da passiert, wenn gerade Schulkinder unterwegs sind und es entsteht bei der Tankstelle irgend ein Unfall, sei es, daß Tankwagen zusammenfahren oder daß ein anderes Fahrzeug einen solchen Tankwagen beschädigt und der ausfließende Betriebsstoff zu brennen beginnt. Man kann sich all diese Dinge dann ersparen, wenn man überhaupt künftighin vor Schulen solche gefährliche Verkehrserreger nicht mehr zuläßt. Das ist auch leichter gesagt als getan. Ich erinnere an die Tankstelle, die vor kurzem erst bewilligt werden mußte vor der Engelsdorfer Schule in Liebenau. Wir haben sehr versucht, dort die Tankstelle zu vermeiden, nachdem sie im gewerberechtlichen Verfahren genehmigt worden war. Leider ist die Gesetzeslage so, daß die Verkehrserfordernisse im gewerblichen Verfahren zu beurteilen sind. Daher haben wir im Bauverfahren es leider nicht geschafft, die Tankstelle zu verhindern, trotz eines Beschlusses des Gemeinderates — es war zwar ein Mehrheitsbeschluß. Der Hohe Verwaltungsgerichtshof hat dann unsere Entscheidung verworfen und hat uns vorgeworfen, wir hätten hier einen Willkür-Akt gesetzt. Ich gebe zu, wir haben das letzte Mittel versucht, um die Tankstelle vor der Schule zu vermeiden. Und ich bin heute noch der Überzeugung, daß das nicht gescheit war und daß man solche Fälle nicht wieder setzen soll.

Ich glaube, daß man auch an die Eltern etwas mehr herantreten sollte, ihre Kinder doch auf dem Schulweg, wenn nur irgendwie möglich, zu begleiten. Ich höre immer wieder den Ruf nach dem Polizeibeamten, der ja da ist in der Früh. Aber wir

haben eben nicht so viele Exekutivorgane, um auch nur für eine Schule alle Schulwege zu sichern. Hier muß also seitens der Eltern oder der sonst Verantwortlichen auch ein bißchen mehr mitgeholfen werden. Die Einrichtung der Schülerlotsen bewährt sich ja, wenn wir auch auf diesem Gebiet noch in den Anfängen stecken. Die Schulwegpolizei hat sich eigentlich bisher nicht richtig in Szene setzen können. Es ist bedauerlich, daß z. B. auf Grund eines Rundschreibens sich keine freiwilligen Helfer gemeldet haben, die bereit gewesen wären, morgens die Kinder auf dem Schulweg zu überwachen und besonders ihnen zu helfen, wenn die Fahrbahnen zu überschreiten sind. Ich glaube, daß auch der Schulung der Kinder ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden ist und dem Autofahrer, der ja der Stärkere ist, kann immer wieder nur zugerufen werden: Mehr Vorsicht und mehr Rücksicht!

Vielleicht darf ich zum Schluß noch eine Anregung machen: Ich stelle immer wieder fest, und ich mache selbst sehr gerne solche Testfragen, wenn man einen Kraftfahrer fragt, ob er, wenn eine alte Frau mühsam über die Straße geht oder ein alter Mann oder wenn ein Kind ganz unüberlegt, wie eben Kinder sind, über die Straße rennt, ob er sich in diesem oder jenem Fall auch so verhalten hätte, wenn er gesehen hätte, seine Mutter geht über die Straße oder sein alter Vater versucht hinüberzukommen oder sein Kind läuft über die Straße, ob er dann auch so nahe heranfahren würde und ob er nicht vielleicht schon früher seine Geschwindigkeit mindern würde.

Ich glaube, wir sollten den Kraftfahrern immer wieder sagen, was besonders die Kinder betrifft: Dein Kind ist unterwegs. Und wenn man sich das immer wieder vor Augen hält, daß es das eigene Kind sein kann, das auf der Straße in Gefahr kommt, dann werden sehr viele viel vorsichtiger fahren. Vielleicht kann das ein Wort werden, das zum Tragen kommt: Deine Mutter, dein Vater und dein Kind ist unterwegs. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Herr Abg. DDR. Dipl.-Ing. Vizebürgermeister Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: Hohes Hause, sehr geehrte Damen und Herren! Um nicht bereits gesagte Dinge zu wiederholen, möchte ich sowohl zu dem seinerzeitigen Antrag als auch zur vorliegenden Regierungsvorlage nur das erwähnen, was bisher noch nicht ausgesprochen wurde. Die Frage der Verkehrserziehung und der dadurch erreichbaren höheren Verkehrssicherheit, der Minderung von Unfällen, denen im hohen Maße naturgemäß Kinder und betagte Menschen ausgesetzt sind, ist zweifellos nicht nur eine Aufgabe der damit befaßten Behörde, nicht nur eine Aufgabe der Schulen oder anderen Erziehungsfaktoren, sondern man darf nicht übersehen, daß hier eine Reihe von Verbänden eine sehr dankenswerte Arbeit entwickelt haben. Ich glaube, es ist nicht falsch, ihnen diesen Dank auch zu sagen, ganz gleich, ob es nun das Kuratorium für Verkehrssicherheit oder die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Verkehrssicherheit ist. Daneben spielt eine entscheidende Rolle gerade in Anbetracht der Schulkinder das

Elternhaus. Und hier, meine Damen und Herren, eine Feststellung. Jede Gemeinde kann nach Maßgabe der finanziellen Mittel Schulwege, eigene Fußgängerbereiche schaffen. Aber sie kann im wesentlichen die Stoßzeiten des Verkehrs nach den bisherigen Erfahrungen nicht entscheidend abändern. Ich glaube daher, das es sehr wohl notwendig ist, auch ein im Ausland vielfach versuchtes und erprobtes Mittel mit in Betracht zu ziehen, nämlich an eine gewisse Staffelung der Schulanfangszeiten zu denken. Ich weiß, daß diese Staffelung Schwierigkeiten mit sich bringt, Schwierigkeiten deshalb, weil sehr viele Eltern ja doch gerade in den ersten Klassen ihre Kinder in die Schule bringen, dann selbst in die Arbeit fahren müssen, aber ich halte es trotz allem für außerordentlich wesentlich, etwa um der Frühspitze des Verkehrs auszuweichen, um 10 oder 15 Minuten später mit dem Unterricht zu beginnen, um etwa bei den Einfallsstraßen der Stadt Graz und den daran liegenden Schulen die Überquerung der Straße zu einem Zeitpunkt zu haben, wo nicht mehr so ein dichter Verkehr ist wie zu Beginn der Betriebe und Geschäfte, wenn die gesamten Berufspendler mit ihren Fahrzeugen nach Graz hereinkommen. Diese Maßnahme wäre unvollständig, würde sie nicht in konsequenter Verfolgung auch auf bestimmte Geschäfte und Betriebe übertragen werden. Auch hier ist der Beitrag zur Minderung dieser Verkehrsspitzen, die ja nicht nur eine Unzahl von Kraftfahrzeugen, hineingedrängt in eine kurze Zeit, bringen, sondern die außerdem auch in diesen Kraftfahrzeugen Menschen bringen, die die Sorge haben, nun 5 oder 10 Minuten zu spät zu kommen, die deshalb auch alles tun, um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu sein und die vielleicht, ohne es sich selbst bewußt zu sein, aus diesem Grunde des öfteren rücksichtslos sind, als sie es sonst auch als Kraftfahrer und Verkehrsteilnehmer wären. Ich bin daher der Meinung, daß dieser Staffelung von Anfangszeiten nicht nur der Schulen, sondern auch der Betriebe ein besonderes Augenmerk zugewendet werden muß. Denn, meine Damen und Herren — und hier möchte ich abschließend doch zu einer Feststellung des Herrn Abg. Stöffler Stellung nehmen — mit dem guten Willen und mit dem, was man für richtig und vernünftig hält, allein ist es auch im Bereich der Gemeinden nicht getan. Wir leben letzten Endes in einem Rechtsstaat, und in einem Rechtsstaat ist eben von der Verfassung und von den Gesetzen vorgeschrieben, was getan werden kann und was nicht getan werden kann. In dem Augenblick, wo ein Ermessensmißbrauch von Behörden getrieben wird, in dem Augenblick, wo eine willkürliche Entscheidung an die Stelle der rechtlich fundierten Entscheidung tritt, kann man zwar Motivierungen für diesen Schritt finden, aber ebenso sicher ist es, daß damit der Boden der Rechtmäßigkeit der Entscheidungen der Behörden verlassen wird, ein Zustand, den wir uns gerade auf dem Gebiete des Verkehrsrechtes und der Sicherung, der Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht leisten können. Daher: jene Maßnahmen, die noch gesetzt werden können, auch rechtlich zu fundieren, das mag und muß Aufgabe des Gesetzgebers und der Gesetzgeber in diesem Falle sein, nachdem ja auch die Länder einiges dazu beitragen können. Dann glaube ich, daß in einem denk-

bar besten Zusammenwirken von Schulbehörden, Gemeindebehörden, von Gendarmerie und Polizei, von Elternhaus und Betrieb eine Erhöhung der Verkehrssicherheit erreicht werden kann, wobei wir, glaube ich, alle mit einem rechnen müssen, daß das ein Vorgang ist, der sich noch über Jahre, um nicht zu sagen Jahrzehnte hinziehen wird, bis eine echte Angleichung an die Verkehrsverhältnisse, die wir heute täglich vorfinden, erfolgt ist. Daß es leider trotz aller Bemühungen immer wieder Unfälle geben wird, hat nicht zuletzt den Grund, daß ein Faktor nicht ausgeschaltet werden kann, nämlich der menschlichen Unzulänglichkeit, die nun leider Gottes eine der häufigsten Unfallsursachen darstellt. Sie aber auf ein Minimum zu reduzieren, ist eine Aufgabe, der man sich auf all den Gebieten, die ich ja nur andeuten konnte, mit besonderer Hingabe und mit besonderem Fleiß widmen sollte. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter: Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche, über den Antrag der Regierungsvorlage abstimmen zu lassen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Inzwischen ist die von mir dem Finanz-Ausschuß zugewiesene Regierungsvorlage 491 aufgelegt worden. Ich unterbreche daher nunmehr die Landtags-sitzung auf 30 Minuten, so daß sie um 11.20 Uhr fortgesetzt wird und bitte die Mitglieder des Finanz-Ausschusses, sich in das Zimmer Nr. 56 zur Beratung der Regierungsvorlage Einl.-Zahl 491 zu begeben. Ich wiederhole: Fortsetzung der Landtags-sitzung um 11.20 Uhr.

Unterbrechung um 10.50 Uhr.
Fortsetzung: 11.35 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Ich nehme um 11.35 Uhr die unterbrochene Sitzung wieder auf:

5. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 310, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Karl Lackner und Maunz, betreffend Fertigstellung des begonnenen Ausbaues der 4 km langen Landstraße Bad Ausse—Altaussee.

Berichterstatter ist vertretungsweise Herr Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Hohes Haus! Die Vorlage behandelt den Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Karl Lackner und Maunz, betreffend Fertigstellung des begonnenen Ausbaues der Landesstraße Bad Ausse—Altaussee.

Die Erhebungen ergaben, daß die Anlagenverhältnisse ungünstig sind, die Fahrbahnbreiten kaum 5 m betragen und zum Teil unübersichtliche Kurven vorhanden sind. Da es sich um ein bevorzugtes

Fremdenverkehrsgebiet handelt, kommt es in der Urlaubszeit zu Schwierigkeiten bei der Abwicklung des Verkehrs. Dazu kommt, daß nicht in allen Teilen der Ortsdurchfahrten Fußgängerwege zur Verfügung stehen. Maßnahmen zur Verbesserung der Anlageverhältnisse, wie Verbreiterung der Fahrbahn auf 5,5 bis 6 m, Beseitigung der unübersichtlichen Kurven und die verkehrsgerechte Ausführung der Fahrbahnkonstruktion sowie die Anlage von Gehsteigen, wobei letztere ausschließlich in die Kompetenz der Gemeinden fallen, werden als erforderlich erachtet. Nach den gegebenen örtlichen Verhältnissen beabsichtigt die Landesstraßenverwaltung im Jahr 1968 zunächst den Ausbau von km 0 bis 2,8, deren finanzielles Erfordernis mit etwa 4,5 Millionen Schilling zu veranschlagen ist, wovon als erste Baurate im Jahr 1968 2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen müßten. Die Realisierung des beabsichtigten Ausbaues wird aber ausschließlich von der Bereitstellung des notwendigen Kredites abhängig sein.

Für den weiteren Ausbau ergeben sich durch die Tatsache der Ortsverbauung von Altaussee schwierige Probleme, deren Lösung offensichtlich nur durch eine Verlegung der Landesstraße erfolgen können wird. Hiezu bedarf es allerdings eingehender Studien und einer Abklärung mit der Gemeinde, die eine geraume Zeit beanspruchen werden. Für diesen Abschnitt können daher keine endgültigen Entscheidungen, weder für bauliche Maßnahmen noch hinsichtlich des Kostenerfordernisses getroffen werden.

Ich ersuche namens der Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen. (Geschieht.)
Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 323, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße 114a (Teilstück Thalheim—Pölsals).

Berichterstatter: Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Hohes Haus! Zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend den vordringlichen Ausbau der Bundesstraße 114a, das ist das Teilstück Thalheim—Pölsals, berichtet die Steiermärkische Landesregierung, daß die zuständige Fachabteilung den Ausbau bereits am 27. 9. 1966 ausgeschrieben hat.

Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat dann mit Erlaß vom 12. 9. 1966 die Bauarbeiten an die Bestbieter-Firma vergeben und die Baukosten mit 13,5 Millionen Schilling genehmigt. Im Bundesstraßenbauprogramm wurde für 1967 die erste Baukreditrate mit 6 Millionen Schilling genehmigt. Durch die Witterungsverhältnisse bedingt, konnte mit den Bauarbeiten erst Mitte März 1967 begonnen werden.

Ich ersuche, dem Antrag des verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte den Herrn Abg. Franz Ileschitz Bericht zu erstatten zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

7. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 329, zum Antrag der Abgeordneten Heindinger, Ileschitz, Vinzenz Lackner, Loidl und Genossen, betreffend die Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes.

Abg. Ileschitz: Der genannte Ausschuß beschäftigte sich mit dem Antrag der genannten Abgeordneten, wegen einer Novellierung des Kraftfahrzeuggesetzes in der Richtung, den Haltern von Lastkraftwagen die Anbringung von Schmutzfängern hinter den Hinterrädern zur Vorschrift zu machen.

Die Steiermärkische Landesregierung beschäftigte sich mit diesem Antrag und verweist darauf, daß in der Regierungsvorlage für das Bundesgesetz über das Kraftfahrwesen (Kraftfahrzeuggesetz 1966), die Bestimmung enthalten ist, Kraftfahrzeuge und Anhänger müssen so gebaut und ausgerüstet sein, daß durch ihren sachgemäßen Betrieb weder Gefahren für den Lenker oder beförderte Personen oder für andere Straßenbenutzer ... oder vermeidbare Beschmutzungen anderer Straßenbenutzer oder ihrer Fahrzeuge entstehen.

Es wird daher namens des Ausschusses der Antrag gestellt, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Heindinger, Ileschitz, Vinzenz Lackner, Loidl und Genossen, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 331, zum Antrag der Abgeordneten Hofbauer, Brandl, Fellinger, Lendl und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung des Fernsehempfanges im Raum Bad Aussee.

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Die Generaldirektion des Österreichischen Rundfunks teilt mit, daß Bad Aussee als vordringlich auf einem vorläufigen Investitionsplan steht, doch kann angesichts der generellen Ausarbeitung eines langfristigen Investitionsprogrammes nicht bindend zugesagt werden, daß der Fernsehempfang in diesem Raum noch in diesem Jahr entschieden verbessert werden kann.

Ich ersuche im Namen des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses um Zustimmung zu diesem Bericht.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl. Zahl 333, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Hofbauer, Vinzenz Lackner, Lendl und Genossen, betreffend Einleitung von Maßnahmen, die eine möglichst reibungslose Abwicklung des Verkehrs auf den Bundes- und Landesstraßen von Gußwerk über Wildalpen nach Hieflau, von Gußwerk über das Niederalpl nach Neuberg a. d. Mürz, von Mariazell über den Lahnsattel nach Neuberg und von Gußwerk über den Seeberg nach Kapfenberg trotz des verstärkten Holztransportes gewährleisten sollen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Diese Regierungsvorlage beinhaltet zwei Probleme: 1. eine verstärkte Verkehrsüberwachung für die Dauer der Holztransporte auf den vorgenannten Bundes- und Landesstraßen und 2. die Schaffung von zusätzlichen Ausweichen.

Im einzelnen wird dazu festgestellt: Der Verkehrsüberwachungsdienst wird durch die Gendarmerieposten Mariazell, Gußwerk und Weichselboden mit normalen und motorisierten Verkehrspatrouillen, aber auch mittels Funkstreifen durchgeführt. Diese Maßnahmen waren bisher vollkommen ausreichend. Ebenso wurden die Gendarmerieposten der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag zur verstärkten Verkehrsüberwachung herangezogen. Die Lahnsattel-Bundesstraße wird vom Funkstreifendienst und der motorisierten Bezirksstreife besonders überwacht. Für Ausweichen wurde auf der Landesstraße 280 von Palfau nach Großreifling vorgesorgt, daß sechs zusätzliche Ausweichen mit einem Gesamtbetrag von 59.000 Schilling geschaffen wurden. Auf den sonstigen Bundes- und Landesstraßen sind keine Ausweichen notwendig, weil sich herausgestellt hat, daß der Holztransport aus dem Windloch-Katastrophengebiet sich auf diesen Straßen auch so abwickeln läßt.

Ich bitte um Annahme dieses Berichtes.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen, falls Sie ihn annehmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 366, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend Betriebsgründungen im Bezirk Murau.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Lackner (vertretungsweise). Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage 366 befaßt sich mit dem Antrag der Abg. Ritzinger und Kollegen, betreffend Betriebsgründungen im Bezirk Murau. Die Steiermärkische

Landesregierung berichtet hiezu, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage des Arbeitsmarktes im Bezirk Murau mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Sie ist sich auch bewußt, daß dieser Bezirk bei Betriebsneugründungen entsprechend zu berücksichtigen ist. Es werden daher Betriebsgründungen im Bezirk Murau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gefördert werden.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit dieser Vorlage befaßt, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend Betriebsgründungen im Bezirk Murau, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, wer dem Antrag zustimmt. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 367, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner, betreffend eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht.

Berichterstatter ist Herr Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Hoher Landtag! Die Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner stellten den Antrag auf baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht. Wie aus der Regierungsvorlage zu entnehmen ist, hat der Bundeskanzler mitgeteilt, daß die Österreichische Vermögensschutz-Gesellschaft mit der ehestmöglichen Veräußerung der Dynamitfabrik betraut wurde. Der Verkauf wurde in der Zwischenzeit bereits durchgeführt.

Namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses stelle ich den Antrag, der Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 378, Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Heidinger, Lendl, Brandl und Genossen, betreffend die im Mai dieses Jahres entstandenen Hochwasserschäden in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Aus der Vorlage ist zu entnehmen, daß Katastrophenschäden am Vermögen des Bundes von diesen Dienststellen selbstverantwortlich beseitigt werden müssen und weiters für die Beseitigung von Katastrophenschäden am Vermögen des Landes nach dem Kata-

strophenfondsgesetz eine Beihilfe von fünf Prozent des Katastrophenfonds in Form von Zweckzuschüssen beansprucht werden kann. Aus eigenen Mitteln hat das Land zur Behebung von Schäden an Landesstraßen und Landesbrücken mit Stichtag 31. August 1967 in den gegenständlichen Bezirken insgesamt 681.000 Schilling verbaut.

Zur Beseitigung von Katastrophenschäden am Vermögen der steirischen Gemeinden kann ebenfalls nach dem Katastrophenfondsgesetz eine Beihilfe von fünf Prozent des Katastrophenfonds in Form von Zweckzuschüssen beansprucht werden. Auch für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften kann diese Beihilfe in der Höhe von 25 Prozent in Anspruch genommen werden.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Bericht.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 383, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Burger, Prof. Dr. Eichtinger und Laffer, betreffend Motor- und Radsportveranstaltungen in der Steiermark.

Berichterstatter ist Abg. Prof. Dr. Karl Eichtinger. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Hohes Haus! Zu dem gestellten Antrag, daß motorsportliche Veranstaltungen auf Landes- und Bundesstraßen nicht behindert und die Passanten durch entsprechenden Gendarmerie- und Polizeieinsatz geschützt werden sollen, teilt die Landesregierung mit, daß solche Veranstaltungen auf Straßen mit öffentlichem Verkehr gemäß § 64 der Straßenverkehrsordnung behördlich bewilligt sein müssen. Um die Sicherheit oder Flüssigkeit des Verkehrs zu erreichen, werden Bedingungen oder Auflagen gefordert. So ist bei jeder Veranstaltung drei Tage vorher das Einvernehmen mit der zuständigen Gendarmerie- oder Polizeidienststelle herzustellen, damit den Veranstaltern besondere Gefahrenquellen bekanntgegeben werden können und die Behörde notwendige Sicherungsmaßnahmen veranlassen kann. Diese haben sich bis jetzt bestens bewährt. Vorteilhaft waren auch Mitteilungen des Veranstalters in der Presse und Informationen über Lautsprecher während der Durchführung. Beschwerden aus der Bevölkerung über mangelnde Warnungen wurden bisher nicht vorgebracht.

Namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses bitte ich um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses zur Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 385, zum Antrag der Abg. Ritzinger, Karl

Lackner, Schaffer und Burger, betreffend den raschen Ausbau der Auwinkel-Landesstraße von der sogenannten Stampfersäge (Gemeinde Steirisch-Laßnitz) bis zur Kärntner Landesgrenze.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Lackner. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Die Abg. Ritzinger und Kollegen haben im vergangenen Jahr den Antrag gestellt, daß die Landesregierung für die Sanierung der Landesstraße im Bereich der Gemeinde Steirisch-Laßnitz Sorge tragen möge. Hiezu berichtet die Landesregierung, daß bereits von der Landesbaudirektion Fachabteilung IIa, als Landesstraßenverwaltung die Mittel für die Staubfreimachung von km 0 bis zur Kärntner Grenze km 4,467 genehmigt wurden. Dieses Staubfreimachungsprogramm wurde vom Herrn Landeshauptmann Josef Krainer als Baureferent am 14. Jänner genehmigt. Die Bauarbeiten sollen nunmehr als nächste Eigenregiearbeit der Baubezirksleitung Judenburg wegen des gegenüber den Sommermonaten jetzt geringen Verkehrs auf der Auwinkel-Landesstraße noch im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage ebenfalls befaßt, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Karl Lackner und Burger, betreffend den raschen Ausbau und die Staubfreimachung der Auwinkel-Landesstraße von der sogenannten „Stampfersäge“ (Gemeinde Steirisch-Laßnitz) bis zur Kärntner Grenze, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Er ist angenommen.

15. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 401, zum Antrag der Abgeordneten Koller, Pözl, Lafer und Lind, Einl.-Zahl 407, zum Antrag der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Aichholzer, Pichler und Genossen, betreffend den Verbleib der Zugförderungsstelle der ÖBB in Fehring.

Berichterstatter ist Herr Abg. Josef Schrammel. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Schrammel: Hoher Landtag! Mit der aufliegenden Vorlage hat sich der zuständige Ausschuß befaßt. Der Antrag wurde von den Abgeordneten Koller, Pözl, Lafer, Lind und Klobasa, Heidinger, Aichholzer, Pichler eingebracht. Hiezu darf ich namens des Ausschusses berichten, daß sich das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen der Sache eingehend angenommen hat und hiebei auf Ersuchen der Steierm. Landesregierung nachstehender Bericht gegeben wurde.

Mit der Umwandlung des Dampfbetriebes im steirischen Raum auf elektrischen bzw. Dieseltrieb sind, in gleicher Weise wie in anderen Bundesländern, Rationalisierungsmaßnahmen verbun-

den, die neben einer Verminderung des Triebfahrzeug- und Personalstandes zu einer Konzentration und Vereinfachung des Betriebes, vor allem des Ausbesserungsbetriebes führen.

Dieser Vorgang, von dem alle steirischen Zugförderungsstellen betroffen werden, hat mit der Elektrifizierung der Strecke Mürzzuschlag—Knittelfeld eingesetzt und über die Elektrifizierung von St. Michael—Selzthal und Bruck/Mur—Graz sowie der Verdieselung der Strecke Graz—Wiener Neustadt seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Die gänzliche Beseitigung des Dampfbetriebes im steirischen Raum (abgesehen von der noch ausstehenden Elektrifizierung der Strecke Graz—Spielfeld-Straß) hängt ausschließlich von der Auslieferung der noch benötigten Elektro- bzw. Dieseltriebfahrzeuge ab.

Mit der Vollverdieselung der Strecke Graz—Wiener Neustadt ab Fahrplanbeginn am 28. Mai 1967 wurden die hiefür benötigten Dieseltriebfahrzeuge aus rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen zur werkstättenmäßigen Betreuung bei der Zugbeförderungsleitung Graz beheimatet, wodurch wenigstens in dieser Stelle der Substanzverlust zum Teil ausgeglichen werden konnte.

Seit diesem Zeitpunkt besitzt die der Zugförderungsleitung Graz unterstellte Zugförderungsstelle Fehring keine eigenen Triebfahrzeuge mehr und es wurde Anfang Juli vom Maschinendienst der Österreichischen Bundesbahnen das Verfahren zur verwaltungsmäßigen Eingliederung in die Zugförderungsleitung Graz eingeleitet. In der Verwendung der Triebfahrzeugführer, der für den Grenzübergang nach Ungarn eingesetzten Wagenmeister und der ganz wenigen Bediensteten des Innendienstes zur Wartung der hauptsächlich über Nacht abgestellten Triebfahrzeuge tritt keine Veränderung ein. Für die Werkstättenbediensteten, die bis zum natürlichen Abfall zur Vermeidung von Härten übergangsweise mit Triebfahrzeug- und Wagenausbesserungsarbeiten befaßt werden, ergibt sich zunächst ebenfalls keine Änderung. Dabei verschieben die Österreichischen Bundesbahnen bereits die erst mit Auflassung der dort noch verbleibenden Arbeiten zu erwartende volle wirtschaftliche Besserung auf spätere Jahre.

Für die Verwaltungsbeamten und die Dampflokheizer sowie einen Teil des Hilfsdienstpersonals besteht aber infolge der Verdieselung dieses Streckenteiles überhaupt keine Verwendungsmöglichkeit mehr. Die Einziehung von zunächst 38, in späteren Jahren von weiteren neun Arbeitsplätzen erscheint leider unvermeidlich. Es kann somit in Zukunft beim Zugförderungsdienst in Fehring nur mit einem dauernden Beschäftigtenstand von rund 40 Bediensteten gerechnet werden.

Der Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage eingehend befaßt, und ich darf namens dieses Ausschusses den Hohen Landtag ersuchen, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Koller. Ich erteile ihm das Wort.

3. Präsident Koller: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allein die Tatsache, daß über die Parteien hinweg Abgeordnete des

Hausen sich in zwei Anträgen mit dem Problem der Auflassung der Zugsförderungsstelle Fehring der ÖBB beschäftigt haben, zeigt, daß es sich hier um ein Problem handelt, das nicht so ohne weiters als ein Problem von nur lokaler Bedeutung abgetan werden kann, sondern daß das auch irgendwie eine grundsätzliche Frage für die Probleme des Grenzlandes, des Grenzbezirkes Fehring ist, und weil auch in den Äußerungen der Generaldirektion der Österr. Bundesbahnen, wie sie ja aus dem Bericht hervorgehen, eine Geistigkeit zum Teil enthalten ist, die nicht ganz, glaube ich, von unserem Standpunkt als Vertreter des Grenzlandes hingenommen werden kann.

Sie wissen alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Zugsförderungsstelle Fehring seinerzeit rund 100 Bedienstete gehabt hat, jahrzehnte hindurch, solange der Dampfbetrieb dort aufrecht erhalten wurde bzw. nichts anderes als Ersatz, also die Verdieselung, vorhanden war. Nunmehr wird diese Zugsförderungsstelle weitestgehend annulliert. Es bleibt nur mehr ein Teil zurück.

Das ist natürlich eine Situation, wenn man den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftssituation des Grenzbezirkes Fehring berücksichtigt, die nicht so ohne weiters in die ganzen Vorgänge hineinpaßt. Denn allein aus dem Bezirk Fehring pendeln laufend 1307 Arbeitskräfte aus dem Gerichtsbezirk hinaus. Nach dem letzten vom Arbeitsamt bekanntgegebenen Stand sind aus diesem Gerichtsbezirk über 550 Bezieher von Arbeitslosenunterstützungen. Dabei sind 660 Männer und Frauen als Arbeitssuchende in diesem Gerichtsbezirk gemeldet.

Es sind sicherlich viele Versuche unternommen worden, hier einiges zu tun und Ersatz zu bringen und diesem Pendlerwesen etwas abzuhefen. So hat man über das Leka-Werk, über die Kaserne bzw. über die Geflügelproduktion Ersatzarbeitsplätze geschaffen. Es war allerdings sehr, sehr mühsam. Daher ist die Tatsache, daß von der Zugsförderungsstelle Fehring der Österreichischen Bundesbahnen wieder — und es handelt sich hier um etwa 30 Arbeitsplätze, um die es konkret geht — 30 Arbeitsplätze weniger werden, nicht sehr erfreulich. Aber noch weniger erfreulich, meine sehr verehrten Damen und Herren ist, wenn die Generaldirektion der ÖBB laut Bericht sagt, „mit der Vollverdieselung der Strecke Graz—Wiener Neustadt werden die benötigten Dieseltriebfahrzeuge aus rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen zur werkstättenmäßigen Betreuung bei der Zugsförderungsstelle Graz beheimatet, wodurch wenigstens in dieser Stelle der Substanzverlust zum Teil ausgeglichen werden konnte“. Ich glaube, daß man hier nicht ganz der Meinung sein kann, daß auf Kosten des Grenzlandes, nämlich durch die Abziehung von rund 30 Arbeitsplätzen, einfach der Substanzverlust in Graz ausgeglichen werden kann. Ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist, hunderte Millionen Schilling, dankenswerter Weise durch die verschiedenen Aktionen und Möglichkeiten über die Landesregierung, über Initiative des Herrn Landeshauptmannes usw. in das Grenzland zu bringen und mühsam Arbeitsplätze zu schaffen und dann zu sagen, „wir müssen den Substanzverlust wieder

einer anderen Basis ausgleichen und ziehen einfach 30 Arbeitsplätze ab.“

Niemand, meine sehr Verehrten, kann sich gegen die Entwicklung stemmen. Daß von diesen rund 100 Bediensteten 30 bis 35 durch die Verdieselung kein Betätigungsfeld mehr haben, daß muß jeder einsehen und sieht auch jeder ein. Aber dann sind es immerhin erst etwa 65 bis 70 und nicht 40, die ständig in dieser Zugsförderungsstelle Beschäftigung finden, denn von 40 auf 65 und 70 sind es rund 30 Arbeitsplätze, die nun dazu ausersehen sind, den Substanzverlust von anderswo auszugleichen, auf Kosten des Grenzlandes.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben Verständnis dafür, daß ich die Gelegenheit benützt habe, auf diese Situation und auf diese Geistigkeit aufmerksam zu machen.

Auch die Zahlen des Bezirkes Feldbach sind nicht sehr erfreulich. Laut Bericht des Arbeitsamtes Feldbach vom Dezember 1967 sind zehn Prozent der gesamten Arbeitsuchenden in der Steiermark beim Arbeitsamtsbereich Bezirk Feldbach vorgemerkt. Nur 1.8 Prozent oder, wenn Sie wollen, in absoluten Zahlen ausgedrückt, 32 offene Stellen sind dort vorhanden.

Ich glaube also, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir wohl selbstverständlich den Bericht zur Kenntnis nehmen müssen, aber daß wir doch irgendwie die Gelegenheit benützen sollen, darauf aufmerksam zu machen, daß es bei einer einigermaßen anderen Haltung gegenüber den Problemen des Grenzlandes nicht unbedingt so klar ausgesprochen werden müßte, daß man, um den Substanzverlust da oder dort auszugleichen, einfach nach dem Grundsatz, dort den Hebel anzusetzen, wo der Schwächere sitzt, unbedingt immer auf Kosten des Grenzlandes diese Dinge regelt. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ing. Pichler das Wort.

Abg. Ing. Pichler: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschließen und ebenfalls meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß diese Tatsache eintreten soll. Ich betone ausdrücklich „eintreten soll“, denn ich darf hier als ehemaliger Dienstzweigvertreter und als Mitglied des Personal-Ausschusses Villach, wo ich für diesen Dienstzweig zuständig war, feststellen, daß die Personalvertretung und die Gewerkschaft der Eisenbahner zu diesem Zusperrern noch keine Zustimmung erteilt haben. Es war zur damaligen Zeit nicht üblich, daß man trotzdem eine Dienstanweisung, daß man trotzdem einen solchen Dienstauftrag hinausgab, ohne Zustimmung der Personalvertretung. Leider haben sich in diesem Ministerium die Verhältnisse etwas geändert und es wird teilweise so vorgegangen, daß man auf das Personal keine Rücksicht nimmt und ohne mit dem Personal zu reden handelt. (Zwischenruf Landesrat Wegart.)

Ja, Herr Landesrat, der Minister versteht es, wie man Leute brotlos macht in einem Gebiet, wo man um Arbeitsplätze ringt.

Ich darf hier dem Herrn Präsidenten Koller ebenfalls bestätigen, daß es auch uns nicht verständlich

ist, warum man wegen Substanzverlust diese Leute nach Graz bzw. diese Arbeiten nach Graz geben will, denn das widerspricht vollkommen allen Besprechungen, allen Auffassungen und allen Gründen, die auf der anderen Seite die Verwaltung bisher anführte. Das große Geheimnis ist einzig und allein nur, daß man die sogenannte Typenbereinigung durchführen will. Und man nimmt es dabei als ganz selbstverständlich auf sich, daß man die Leute von Fehring nach Graz zur Arbeit schickt oder man macht es auch so, daß man bestimmte Arbeiten, die man in Graz nicht ausführen kann, weil man dazu die Möglichkeit nicht hat, weil Graz in Wirklichkeit eine Elektro-Dienststelle ist, wieder zurück nach Fehring gibt und läßt die Leute wieder dort arbeiten und diese leben vielfach im Ungewissen und wissen oft nicht, ob sie zum Wochenende in Graz Dienst machen oder zum Beginn der nächsten Woche in Fehring bedienstet sein werden. Es war ein eindeutig klares Konzept der Österreichischen Bundesbahnen noch vor drei Jahren vorhanden, daß die Dienststelle Bruck, die als die nächste im Sterben dran ist, auch, angeblich um die Substanz in Graz zu erhalten — was nichts damit zu tun hat — daß diese Brucker Dienststelle nicht zugesperrt wird und es war auch ganz selbstverständlich, daß auch Fehring erhalten bleibt. Erstens, um den vielen Bestrebungen, in diesem Gebiet die Arbeitsplätze zu erhalten, Rechnung zu tragen und andererseits aber auch aus wirtschaftlichen Gründen heraus, weil man ja mittlerweile doch draufgekommen ist, daß wir uns weder nach dem Süden noch nach dem Osten isolieren können. Es weiß heute von uns noch kein Mensch, wie sich der Grenzverkehr mit Ungarn eines Tages entwickeln wird. Und, Hohes Haus, es ist ja geradezu ein Schildbürgerstreich, Züge, die in Fehring zu bespannen sind, mit Loks aus Graz zu bespannen.

Sie wissen die Kilometeranzahl zwischen Fehring und Graz selbst sehr genau. Soviel Lok-Züge, leere Triebfahrzeuge, zwischen Fehring und Graz hin- und herschicken, um in Fehring eine aktive Arbeit aufzunehmen und teilweise die Lokomotiven in Graz zu reparieren, was bei einer Diesellok selbstverständlich in Fehring vorgenommen werden könnte, weil die Werkstätte gar nicht so schlecht ausgestattet ist. Es sind erst in den letzten Jahren hunderttausende Schillinge dort investiert worden auf mein Betreiben und auf Verlangen auch maßgebender und sehr verständnisvoller Verwaltungsorgane. Ich komme nicht umhin, ich muß hier feststellen, daß man hier auf der einen Seite wohl spricht von der Erhaltung der Arbeitsplätze, daß man von den notleidenden Grenzgebieten redet, aber auf der anderen Seite gerade von maßgebenden Stellen — und der Bund soll in erster Linie dafür zuständig sein — von den zuständigen Ressort- und Bundesministern das Gegenteil getan wird. Das muß ich hier härtestens kritisieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Ich wiederhole meinen Antrag um Zustimmung zur Vorlage.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Er ist angenommen.

16. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 402 zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Ritzinger, betreffend die Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel.

Berichterstatter ist Herr Abg. Prof. Dr. Eichinger. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus! Wie der Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Ritzinger zu entnehmen ist, wird nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 bei der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen verlangt, daß hinsichtlich der Arbeitsausführung und Materialgüte die einschlägigen Bestimmungen der Ö-Normen einzuhalten sind. Eine ähnliche Bedingung ist auch in den Förderungszusicherungen für Bauvorhaben von Gemeinden und Wohnbauvereinigungen enthalten.

Namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses ersuche ich um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihn annehmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zahl 406, zum Antrag der Abgeordneten Brandl, Lendl, Zagler, Ileschitz, Fellinger und Genossen, betreffend die Gleichstellung der Gemeinde Veitsch mit den Kohlenbergbaugemeinden.

Berichterstatter ist Herr Abg. Hans Brandl. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Die Bundesregierung ist übereingekommen, den ERP-Fonds künftig im wesentlichen auf Integrations- und Strukturpolitik umzustellen. Es besteht also die Möglichkeit, mit Hilfe normaler ERP-Kredite geeignete Projekte in strukturell gefährdeten Gebieten, wie jenem der Gemeinde Veitsch, zu finanzieren. Bei den strukturpolitischen Maßnahmen des Landes findet die wirtschaftliche Lage in der Gemeinde Veitsch besondere Berücksichtigung. Ich ersuche um Annahme dieses Berichtes.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Bericht ist angenommen.

18. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 413, zum Antrag der Abgeordneten Lackner, Ritzinger, Maunz und Schaffer, betreffend die Förderung der gewerblichen und industriellen Struktur des Bezirkes Liezen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Georg Fuchs. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Sitzung des Steierm. Landtages am 24. Oktober 1967 wurde der Antrag der Abgeordneten Karl Lackner, Ritzinger, Maunz und Schaffer, betreffend die Förderung der gewerblichen und industriellen Struktur des Bezirkes Liezen, der Landesregierung zugewiesen.

Laut Vorlage führt die Steiermärkische Landesregierung dazu folgendes aus: Der politische Bezirk Liezen gliedert sich in drei Regionen, in die westliche Fremdenverkehrsregion, in die industriell und gewerblich orientierte Mittelregion und in die etwas abseits liegende Ostregion des Gerichtsbezirkes St. Gallen. Bei der Beurteilung der Förderungswürdigkeit der einzelnen Gebiete ist lt. Meinung der Landesregierung zu berücksichtigen, daß eine industriell-gewerbliche Entwicklung eines Bezirkes möglicherweise negative Auswirkungen auf die Fremdenverkehrsbestrebungen dieser Gebiete haben könnte. Es hat daher zufolge der geographisch günstigen Lage die Steiermärkische Landesregierung beschlossen, die Mittelregion — es sind dies die Gebiete Liezen, Rottenmann, Trieben und Stainach und deren angrenzende Umgebungsgemeinden — in das Förderungsgebiet einzubeziehen.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. November 1967 wird der Antrag gestellt, daß der Hohe Landtag diesen Bericht zur Kenntnis nehmen möge.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Antrag der Landesregierung befaßt und ich darf namens des Ausschusses, das Hohe Haus bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn ich im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht habe, daß auch der Bezirk Liezen in das Förderungsprogramm des Landes Steiermark aufgenommen wird, so habe ich diesen Antrag nicht deshalb eingebracht, weil etwa im Bezirk Liezen ein Notstand ausgebrochen ist, sondern vielmehr deshalb, weil ich der Meinung bin, daß sich hier ein altes Sprichwort sehr gut anwenden läßt: „Vorbeugen ist besser als heilen“. Und nun möchte ich als zuständiger Abgeordneter des Bezirkes Liezen in Ergänzung zum Bericht der Steiermärkischen Landesregierung durch den Herrn Abg. Fuchs doch das Hohe Haus über die Sorgen und Probleme unseres Bezirkes, die zweifellos vorhanden sind, informieren. Wenn man im allgemeinen vom Bezirk Liezen spricht, so hört man: Ihr habt es leicht im Bezirk Liezen, ihr habt die Molkerei, ihr habt den Fremdenverkehr, ihr habt keine Sorgen, usw. Aber sicherlich haben wir die Molkerei oder den Fremdenverkehr und darauf sind wir auch sehr stolz. Aber ich möchte vielleicht erwähnen, daß uns weder der Fremdenverkehr noch die Molkerei in den Schoß gefallen sind, sondern daß viele Jahrzehnte hindurch intensive Arbeit und Opferbereitschaft notwendig waren, um diese Erfolge zu erzielen. Außerdem haben wir noch eine Reihe von Betrieben und Unternehmen in unserem

Bezirk, die uns echte Sorgen bereiten und wo tatsächlich dringend Abhilfe geschaffen werden muß oder neue Wege gesucht werden müssen.

Damit wir uns über die Verhältnisse des Bezirkes Liezen, der ja sehr umfangreich ist, ein bisschen besser verstehen, möchte ich vielleicht als Einleitung ein paar technische Daten geben. Geographisch liegt der Bezirk Liezen mitten im Herzen von Österreich, durch ihn führen wertvolle Verkehrsverbindungen von Nord nach Süd oder von Ost nach West. Das Flächenausmaß beträgt 3.300 km², das heißt, daß der Bezirk Liezen um 500 km² größer ist als das Bundesland Vorarlberg. Die Gesamtfläche des Bezirkes teilt sich auf: 20 Prozent landwirtschaftliche Nutzfläche einschließlich der Almen, 45 Prozent Wald und 26 Prozent unproduktive Flächen. Die Bevölkerungsverteilung: Nach der letzten Volkszählung hat der Bezirk Liezen 74.100 Einwohner gehabt in 52 Gemeinden, davon sind 48 Prozent männliche und 52 Prozent weibliche. Die Bevölkerungsdichte des Bezirkes beträgt rund 23 Menschen pro km². Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zugehörigkeit ergibt sich folgende interessante prozentuelle Aufteilung: Land- und Forstwirtschaft 23 Prozent, Industrie und Gewerbe 39 Prozent, Handel und Verkehr 13 Prozent, öffentlicher Dienst 3 Prozent, freie Berufe 3 Prozent, Rentner und Pensionisten 8 Prozent.

Die Zahl der beschäftigten Bewohner unseres Bezirkes ist 31.800 oder 43 Prozent, davon sind 30 Prozent selbständig und 70 Prozent unselbständig. Die wirtschaftlichen Grundlagen sind in unserem Bezirk in erster Linie die land- und forstwirtschaftliche Urproduktion, die Industrie und das Gewerbe und der Bergbau mit der Salzgewinnung, dem Gipsbau, Magnesit, Graphit, Talg, Stein- und Schottergewinnung, der Fremdenverkehr mit den dazugehörigen Erwerbszweigen. Von den rund 4.700 landwirtschaftlichen Betrieben, die im Bezirk vorhanden sind, sind noch echte Bauern 3.800. Von diesen 4.700 Bauern werden 20.000 Kühe gehalten, die wiederum 40 Millionen Liter Milch jährlich produzieren. Der Eckpfeiler der Milchwirtschaft und Viehzucht ist die Landgenossenschaft Ennstal. Wir haben die Sorgen, die die österreichische Milchwirtschaft schlechthin hat, in unserem Bezirk Gott sei Dank nicht und zwar deshalb nicht, weil wir uns den Absatzmarkt selbst geschaffen haben. Wir sind in der glücklichen Lage, auf dem Gebiet der Milchwirtschaft durch die Erzeugung unserer Qualitätsprodukte nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft sicher absetzen zu können.

In der Urproduktion haben wir aber leider Gottes echte Sorgen, die ich besonders hier erwähnen möchte. Ich habe schon öfters im Hause darüber gesprochen und auch entsprechende Anträge gestellt: die Voraussetzung für die Viehzucht und Milchwirtschaft ist die Gewinnung des Futters; der Hauptteil dieses Futters wird am Ennsboden gewonnen und dieser Ennsboden ist seit einigen Jahren durch die hohe Flußsohle der Enns dauernd überschwemmt. Ich muß daher nochmals sehr höflich, aber mit aller Deutlichkeit bitten, daß man endlich darangeht, die Sanierung der Enns durchzuführen. Seit 100 Jahren arbeitet man an der Enns. Viele Millionen Schilling wertvolle öffentliche Gelder und wertvolle, schwer verdiente Gelder der Bauern

sind schon hineingepumpt worden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, aber durch die ständige Auf-landung ist es jetzt so, daß die ganze Opferbereitschaft scheinbar umsonst ist und daß diese vielen öffentlichen Mittel, die schon gegeben worden sind, durch das ständige Hochwasser wieder verwässert werden. Es ist daher notwendig, daß hinsichtlich der Enns im heurigen Jahr wirklich Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Ich bin heute früh nach Graz heruntergefahren und da stehen zwischen Bruck und Frohnleiten eine Menge Caterpillar in der Mur drinnen, die das machen, was in der Enns so dringend notwendig wäre. Vielleicht könnte man da ein paar abziehen, sind eh zu viel dort. Auf jeden Fall würden wir so etwas brauchen, damit an der Enns die Gefahr gebannt wird. (Landeshauptmann Krainer: „Das sind Private, die gewinnen dort Schotter!“)

Eine weitere wesentliche Stütze im Bezirk Liezen ist die Waldwirtschaft. Da wird's jetzt bereits ein bißchen kritischer. Da geht es uns nicht mehr so gut wie in der Milchwirtschaft. Die Gesamtwaldfläche im Bezirk Liezen hat ein Ausmaß von 1760 km² und davon entfallen 38 Prozent auf Bauernwald, 39 Prozent sind Groß-Waldbetriebe und 23 Prozent sind Bundes- und Landes-Forste. Die jährliche Holzproduktion beträgt zwischen 400.000 und 500.000 Festmeter. Wir können in unserem Bezirk durch unsere eigenen Holzverarbeitungsbetriebe nur ein Drittel der anfallenden Holzmenge verarbeiten und zwei Drittel müssen über die Bezirksgrenzen oder über die Landesgrenzen hinausgebracht werden. Durch die ungünstige Situation, die durch das Katastrophenholz aufgetreten ist, haben wir finanziell jetzt echte Sorgen und Schwierigkeiten, die sich in einem Preisverfall bis zu 170 Schilling pro Festmeter auswirken und dadurch sind nicht nur die Groß-Waldbetriebe und damit die Forstarbeiter, sondern auch die bäuerlichen Betriebe in eine echte wirtschaftliche Schwierigkeit geraten. Es ist daher notwendig, daß hier etwas geschieht. Wenn man davon nur redet und Anträge einbringt, es müßte was geschehen, da wird sich meiner Meinung nach nicht viel rühren, das wissen wir schon aus eigener Erfahrung. Ich glaube, wir müssen da selbst die Initiative ergreifen. Es ist notwendig, nachdem im Bezirk Liezen 500.000 fm Holz anfallen, wovon nur ein Drittel verarbeitet werden kann, daß man darangeht und denkt, einen eigenen Holzverarbeitungsbetrieb zu gründen. Ich weiß, es haben in der letzten Zeit eine Reihe solcher Holzverarbeitungsbetriebe, aufgehört zu bestehen, „eingegangen“ kann man nicht sagen. Aber warum das war, kann man nicht beurteilen. Bestimmt nicht deswegen, weil sie nicht rentabel waren, sondern weil sie wahrscheinlich nicht rentabel geführt worden sind, oder, was vielleicht das Wesentlichere dabei gewesen ist, daß es wahrscheinlich ein bißchen an der Disziplin der Waldbesitzer gehapert hat, weil man das Holz nur in der Notzeit den Holzverarbeitungsbetrieben gibt und dann, wenn der Holzpreis gut ist, dann wird wieder gehandelt und geschaut, wo man mehr kriegt und den Betrieb allein hinten liegen gelassen. Dann kann so ein Unternehmen nicht bestehen. Es wird daher notwendig sein, daß wir uns ernstlich mit der Schaffung eines solchen Holzverarbeitungsbetriebes befassen, aber

doch auch leicht mit einem „demokratischen Zwang“ einwirken, wie das heute bei der Milchwirtschaft der Fall ist, anders geht das praktisch nicht, sonst können wir da keinen Erfolg verzeichnen. Außerdem können wir damit, noch wertvolle Arbeitsplätze schaffen, was auch notwendig ist. Ein lebendiges Beispiel dafür ist ja die Landgenossenschaft Ennstal, bei der 2.000 Menschen als Arbeiter und Angestellte, oft mehrere Familienangehörige, Arbeit und Brot finden.

Bei diesem Holzverarbeitungsbetrieb, da müßte irgendein Unternehmer darangehen und da wäre die echte Bitte, daß er von Seite des Landes dann entsprechende Unterstützung bekommt. Findet sich ein solcher Unternehmer nicht, dann müßten wir uns auf genossenschaftlicher Basis oder mit Waldbesitzer-Vereinigungen nach dem Muster Schweden, Norwegen oder Finnland, wo dies ja erfolgreich praktiziert wird und die unsere echten Konkurrenten sind, helfen und dies durchführen. Auf jeden Fall muß auf diesem Gebiet dringend etwas geschehen. Damit würden wir nämlich wieder um einen bodenständigen Industriebetrieb reicher und es würde ein dauernder Arbeitsplatz für einige hundert Menschen gesichert sein.

In Liezen selbst und in Rottenmann und in Trieben sind die industriellen Betriebe. Schwerpunkt ist Liezen und Liezen ist vielleicht auch eines der größten Sorgenkinder zur Zeit mit der Hütte in Liezen. Das Produktionsprogramm besteht aus Maschinenbau, Grauguß und Stahlguß. Die Auftragslage des Werkes hat sich bei Maschinenbau und Grauguß gebessert bzw. ist derzeit ausgelastet, beim Stahlguß ist die Kapazität zwischen 70 und 80 Prozent durch Aufträge gedeckt. Gegenwärtig werden Rationalisierungsmaßnahmen geprüft. Die Zukunft dieses Betriebes wird jedoch entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, eine neue tragende Produktion in die Hütte Liezen einzurichten. Konkrete Vorschläge wurden ja von unserem Herrn Landeshauptmann schon mehrere Male an die verantwortlichen Herren der VOEST herangetragen. Ich bitte auch in diesem Falle besonders dafür einzutreten, daß die Bedeutung der Hütte Liezen innerhalb der VOEST anerkannt wird.

Bei der Erschließung neuer Produktionszweige ist es entscheidend für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Bemerkenswert ist die Entwicklung der Veitscher Magnesitwerke in Trieben. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden durch eine vorausschauende Unternehmerleistung laufend Modernisierungen vorgenommen und durch die Inbetriebnahme eines zweiten Ofens im Oktober 1967 wurde die Entwicklung des Werkes auf den letzten Stand gebracht. Die Belegschaft hat durch ihren Fleiß, durch ihr Können und ihre Einsatzbereitschaft einen Beitrag geleistet, der sich sehen lassen kann. Trieben ist international konkurrenzfähig. Die wachsende Konkurrenz allerdings auf dem Weltmarkt wird weiter bestehen, und es wird immer aller Anstrengungen bedürfen.

Ich möchte die Molkerei Stainach und die Veitscher Magnesitwerke in Trieben als Beispiel hinstellen, wie etwas erreicht und geleistet werden kann, wenn richtige moderne Anschauung und Initiative vorhanden sind.

Und schließlich noch ein Wort zum Fremdenverkehr. Der Bezirk Liezen ist ja ein Fremdenverkehrsland und wir haben leider Gottes im vergangenen Jahr feststellen müssen, daß in einigen Betrieben während des Sommers die Nächtigungen bis zu 25 Prozent zurückgegangen sind. Gott sei Dank konnte das durch die gute Wintersaison wieder ausgeglichen werden. Aber ich glaube, allzu große Erwartungen können wir uns im Fremdenverkehr nicht mehr machen, sondern es wird notwendig sein, daß sich die Fremdenverkehrsbetriebe — frei nach Wegart — dahin ausrichten, nicht mehr Betten, sondern bessere Betten zu schaffen, nicht mehr Gaststätten zu errichten, sondern bessere und gesunde Preise festzusetzen, damit es sich auch der heimische Gast leisten kann, in Österreich auf Urlaub zu gehen. Es besteht nämlich eine Gefahr. Die Herren in den Oststaaten haben inzwischen entdeckt, daß die sogenannten Kapitalisten nicht die schlechteren sind und haben die Tore bis zum Schwarzen Meer geöffnet, wohin man auf Urlaub fahren kann. Und es besteht die Gefahr, daß womöglich unsere eigenen Leute da hinunterfahren und die, die wir vom Westen erwarten, nicht kommen. (Landesrat Sebastian: „Du meinst den Bundeskanzler Klaus. Der ist da hinuntergefahren auf Urlaub!“)

Der war ja dienstlich unten. Und wenn er einmal baden geht, warum soll er das nicht tun. Das gehört zur Gesundheit. (Abg. Scheer: „Er hat gesagt, er war auf Urlaub. Und Du sagst, er war dienstlich unten!“)

Wenn er hinunter fährt, verhindern kann man es ja nicht, warum soll er nicht hinunterfahren. (Landesrat Wegart: „Zum Roten Meer kann er nicht fahren! Er ist eben zum Schwarzen Meer gefahren!“)

Auf jeden Fall wissen wir, daß die Fremdenverkehrswirtschaft auf das äußerste angespannt ist und daß sehr viele wertvolle Devisen drinnen liegen für unsere Wirtschaft. Es ist daher notwendig, auf das Gebiet des Fremdenverkehrs unser Augenmerk zu lenken.

Ich muß mit Begeisterung feststellen, daß gerade das Konzept der Steiermärkischen Landesregierung im Straßenbau durch den Ausbau der Ennstal-Bundesstraße und der Salzkammergut-Bundesstraße wertvolle Früchte getragen hat. Der Bezirk Liezen ist jetzt praktisch erschlossen, bis auf Kleinigkeiten, die noch zu machen sind. Was mich besonders sehr freut ist, daß in den vergangenen Wochen — ich bin damals im Spital gewesen — sehr viel von der Autobahn Satledt—Graz gesprochen worden ist. Es wurde sehr lebhaft diskutiert. Ich freue mich deswegen, weil ich vor zwei Jahren das erste Mal hier im Hohen Haus den Antrag gestellt habe, die Autobahn gefordert habe. Hoffentlich wird es auch bald verwirklicht, daß die Autobahn von Satledt über den Bezirk Liezen nach Graz geführt wird. (Abg. Scheer: „Das hast Du zusammengebracht!“)

Das ist doch allerhand, nicht. (Landesrat Wegart: „Da könnt ihr noch mehr Maresi verkaufen!“)

Ein besonderes Sorgenkind aber, meine Damen und Herren, bleiben der kleine Gewerbetreibende und überhaupt die gewerblichen Betriebe draußen in den Tälern und in den Gräben. Diese gewerbli-

chen Betriebe und Unternehmen können wir meiner Meinung nach nur dann lebendig halten — und das ist jetzt interessant, wenn man die Entwicklung so betrachtet — wenn wir einen gesunden Bauernstand und eine gesunde Industrie haben. Dann leben automatisch auch die Gewerbetreibenden mit draußen in den Gräben und in den Tälern, denn die Entwicklung, die sich jetzt abzeichnet, ist erschreckend. Die Steuerzahler, die sicherlich die ganze Zeit ihren Anteil geleistet haben, fallen jetzt weg. Damit hören nicht nur die kleinen Gewerbetreibenden auf, sondern den Gemeinden, an die auf der einen Seite immer mehr Anforderungen gerichtet werden, fehlt auch die Finanzkraft und dadurch ergeben sich draußen in den Dörfern, in den Gräben, echte Schwierigkeiten. Diese echten Schwierigkeiten müssen wir dadurch beseitigen, daß wir durch die Erhaltung und Schaffung der Arbeitsplätze wieder einen neuen Impuls und ein neues Leben bringen. Wir alle, ob Bauer, Wirtschaftstreibender oder Arbeiter sind in einem gewaltigen Umbruch begriffen.

Ich muß jetzt ein bisserl aus dem Bezirk Liezen hinausgrasen. Für die Kohlenbergarbeiter z. B. geht eine seit Jahrhunderten bestehende Epoche zu Ende, die der Pulsator überhaupt für die ganze Industrialisierung gewesen ist. Und wenn da sehr laut geredet wird, so wohl deshalb, weil diese Bergarbeiter eine verschworene Gemeinschaft waren. Und dadurch tritt dieses Problem auch echt in Erscheinung. Über das Bergbauernproblem ist sehr viel gesprochen worden. Aber ich muß feststellen, daß sich allmählich dieses Bergbauernproblem von selbst löst, aber nicht deswegen, weil da verschiedene Wissenschaftler oder Großagrarien ausgerechnet haben, wer bestehen und wer nicht bestehen wird, sondern weil auch die Bergbauern selbst zur Eigeninitiative gegriffen haben, und wenn wir jetzt wieder zurückkehren in unseren Bezirk von Gröbming hinauf, ist es oft sehr schwer festzustellen, wer ist jetzt noch Bergbauer, und wer ist Fremdenverkehrsbetrieb. Die haben sich so wunderbar vermischt, und dadurch haben wir die glückliche Lösung erreicht, daß die Bauern, die Familien oben bleiben und daß die Äcker, Wiesen und Felder am Berg weiter bewirtschaftet werden. Also ist irgendwo eine Möglichkeit zum Ausweichen. Und so schmerzlich es für die Arbeiter ist, wenn sie das Pech haben, daß sie in einer Industrie beschäftigt sind, die ausläuft bedingt durch die Entwicklung, man kann auch diesen Arbeitern — es ist nicht befriedigend — durch eine Ersatzindustrie wieder neue Arbeitsstätten schaffen. Aber was soll man mit dem Schuster, mit dem Schneider, mit dem Schmied usw. anfangen? Das alte, bodenständige Gewerbe steht heute da und weiß praktisch nicht mehr, wo aus und wo ein. Hier ist es im besonderen notwendig, daß Abhilfe geschaffen wird. Noch ist es nicht zu spät, aber hoch an der Zeit.

Ich möchte jetzt noch einmal wiederholen: Wenn wir den Bauernstand gesund machen und die Industrie fördern, wenn wir nach neuen Erwerbszweigen suchen, wenn wir nach echten Absatzmöglichkeiten suchen, dann läuft der ganze Apparat richtig, dann fließt das Geld wieder zurück in die Dörfer und dann haben auch die kleinen Gewerbetreibenden eher eine Chance und eine Möglichkeit,

daß sie hier ihr Auslangen finden und damit auch die kleinen Gemeinden ihre Probleme erfüllen können.

Eines ist noch wesentlich, was vielleicht auch bei uns in Österreich immer wieder vergessen worden ist, warum wir überhaupt oft in so Schwierigkeiten und Stockungen gekommen sind. Die Produktion einer Ware endet nicht, wenn sie fertig ist, sondern wenn sie verkauft ist. Dann hört sie erst auf. Und auf dem Gebiet ist sehr viel gesündigt worden. Es ist darauflos produziert worden bei allen Berufsständen, ob das die Bauern sind mit dem Milchüberschuß oder ob es die Industrie mit irgend welchen Artikeln ist, es ist nicht richtig zusammengearbeitet worden zwischen dem Produzenten und dem Vertrieb oder dem Verteiler. Da liegt das große Geheimnis drin, und da sind auch wieder wir Ennstaler — ich kann nichts machen, ich muß von mir reden — beispielgebend. Wir erzeugen das und verkaufen es selber um keinen schlechten Preis. Es ist notwendig, daß in Zukunft darauf ein besonderes Augenmerk gerichtet wird, weil man erst dann auch dem Arbeiter den Arbeitsplatz garantieren kann. Bevor das nicht verkauft ist, lebt das Ganze nicht. Die verantwortlichen Männer im Bezirk Liezen sind immer bestrebt, ihr Bestes zu tun, aber sie bitten und erhoffen natürlich auch, daß sie von seiten des Landes die Unterstützung bekommen, die notwendig ist. Wenn der Einsatz der Ennstaler durch gezielte Förderungsmaßnahmen von seiten des Landes gestützt wird, wird auch die wirtschaftliche Kraft des Bezirkes gestärkt sein.

Darüber hinaus möchte ich abschließend einen Blick oder einen Gedanken in die Zukunft tun, ganz gleich, ob Bauer, Wirtschaftstreibender oder Arbeiter. In Zukunft wird nur der bestehen, der heute schon bereit ist, sein Bestes für das Morgen zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile Herrn Abg. Hofbauer das Wort.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Als vergangenes Jahr am 24. Oktober der Herr Abg. Lackner und andere Abgeordnete der ÖVP den Antrag wegen Verbesserung der wirtschaftlichen und gewerblichen Struktur im Bezirk Liezen eingebracht haben, habe ich mich ehrlich gefreut, weil man je wenigstens in einem Bezirk nicht genug zusammenarbeiten kann. Umso genauer habe ich diesen Bericht studiert, als wir ihn vor einigen Tagen bekommen haben und ich war auch sehr neugierig, was in diesem Bericht drinnen steht. Und, Hoher Landtag, Sie können mir glauben, daß ich auch ein bißchen mit den wirtschaftlichen Belangen des Bezirkes Liezen vertraut bin, ich möchte im großen und ganzen nicht wiederholen, was der Herr Abg. Lackner gesagt hat, aber einige Sätze gehören wiederholt, weil auch der Herr Abg. Lackner gesagt hat, daß uns die Steierm. Landesregierung nicht immer hört und unsere Anträge nicht immer zum Durchbruch kommen. Das habe ich ja schon bei der Budgetdebatte im vergangenen Dezember gesagt.

Und wenn ich zur wirtschaftlichen Situation des Bezirkes Liezen ergänzend sagen darf — der Abg. Lackner hat, glaube ich, kollegialerweise das Aus-

seerland nicht in sein Referat einbezogen — so kann ich mitteilen, daß 1965 etliche 50 Arbeiter von den Grundseer Gipswerken abgebaut wurden, ich kann mitteilen, daß bei der Saline in Bad Aussee seit 21 Jahren kein einziger Mensch mehr aufgenommen wurde, daß wir in der Saline Barbarossa ein Durchschnittsalter von 50 Jahren erreicht haben und das gleiche gilt für den Salzberg in Alt-Aussee, wo wir bei diesem Schwesterbetrieb allein innerhalb der letzten 20 Jahre über 250 Menschen verloren haben und eine Ersatzindustrie kaum erhielten. Das sind so kleine, minimale Betriebe, daß sie nicht zählen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man bei dieser Begründung noch liest, daß verschiedene Teile des Bezirkes nominativ aufgezählt werden und verschiedene Teile des Bezirkes nicht, so sehe ich schon ein, daß man das nicht kann, aber ich bin da etwas mißtrauisch, wenn man gewisse Teile eines Bezirkes ausläßt. Ich möchte nur sagen, daß im Laufe der Jahre verschiedene Anträge genannt wurden und wenn ich nur dies wiederholen darf, was der Herr Abg. Lackner gesagt hat, wegen der Ausbaggerung der Enns, die alle Jahre, auch wenn nur mittleres Hochwasser ist, immerhin eine Katastrophe im Ennstal auslöst. Ein Antrag wurde seinerzeit eingebracht, der wurde bis heute nicht so richtig behandelt. Es wurde in diesem Haus von unserer Fraktion ein Antrag eingebracht wegen einer Schneeräumungshilfe. Vergangenes Jahr konnte man vielleicht annehmen, es wird nur einen Winter geben, der so katastrophal ist, aber der Winter 1968 ist genauso katastrophal und ich glaube, die Abgeordneten dieses Hauses haben oft gehört, welche Schneemassen wir da oben gehabt haben. Der Antrag wurde bis heute nicht behandelt.

Hoher Landtag! Sie wissen, daß wir die verschiedensten Hochwasserkatastrophen gehabt haben. Ich erinnere an Donnersbach und Donnersbach-Wald, ich erinnere an Johnsbach, ich erinnere an die große Überschwemmung von Trieben und Rotenmann. Ich glaube, wenn man dem Bezirk Liezen wirklich helfen soll und helfen will, dann müßte man der Wildbachverbauung ein erhöhtes Augenmerk zuwenden.

Der Bezirk Liezen hat sich, das heißt der Österr. Gewerkschaftsbund hat sich schon am 17. oder 18. März 1967 mit diesen ganzen strukturellen Problemen befaßt, hat auch eine Durchschrift an den Herrn Landeshauptmann Krainer geschickt, hat auch eine Antwort bekommen, daß man den Dingen nähertreten will und das gründlichst untersuchen möchte. Im Juni vergangenen Jahres hat dann eine Wirtschaftsbefragung unter Vorsitz von Herrn Bezirkshauptmann Dr. Pullitzky stattgefunden. Im Juli war Herr Landesrat Wegart selbst in Trieben und da hat man sich mit der Gründung des Fremdenverkehrsverbandes befaßt. Man kann so wirklich beweisen, daß eine Reihe von Körperschaften sich im Laufe der Jahre und speziell im vergangenen Jahr, weil Not am Mann war, mit diesen Problemen befaßt haben.

Ich möchte nur noch sagen, wenn ich die sogenannten „reichen“ Gemeinden betrachte, die dürfen in unserem Bezirk Liezen 1968 einen Steuerverlust zwischen vier und fünf Millionen Schilling

haben, von den kleinen Gemeinden, von den ärmeren möchte ich sowieso nicht sprechen. Aber es ist auch nicht einerlei, wenn heute die wirtschaftlich starken Gemeinden etwas leisten können und die kleineren dann nicht mehr.

So möchte ich nun meine kurzen Ausführungen schließen mit dem Wunsch, daß man den Anträgen, die man vom Bezirk Liezen — und nicht nur vom Bezirk Liezen, denn keiner der Abgeordneten wird wollen, daß ein Antrag nicht erledigt wird — erhält, wenn man dem Bezirk Liezen helfen will und nicht haben will, daß er nicht auch zu einem unterentwickelten Gebiet wird, mehr Aufmerksamkeit schenkt. Die Signale sind bereits vorhanden. Ich möchte also bitten, daß diese Anträge aus dem Bezirk Liezen doch einer gründlichen Prüfung unterzogen werden und ihnen wenn möglich auch stattgegeben wird. (Beifall.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte den Hohen Landtag, dem Antrag seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

19. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 416, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete.

Berichterstatter ist Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Hoher Landtag! In der Regierungsvorlage zum Antrag der in der Vorlage genannten Abgeordneten wird berichtet, daß in den Grenzgebieten nach dem zweiten Weltkrieg infolge des wirtschaftlichen Gefälles eine Bevölkerungsabwanderung von erschreckendem Ausmaß Platz gegriffen hat.

Die politischen Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg und Feldbach hatten beispielsweise im Zeitraum 1951—1961 einen Bevölkerungsverlust von 5,4 Prozent der Grenzzonenbevölkerung.

Die Steiermärkische Landesregierung hat demnach Maßnahmen ergriffen und hier gezielte Förderungen eingesetzt. Darnach genießen derzeit Bewerber, deren Betriebe in den politischen Bezirken des Grenzlandes Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld liegen, bei öffentlichen und beschränkten Ausschreibungen und bei allen gewerblichen und landwirtschaftlichen Kreditaktionen des Landes gewisse Vorzugsrechte.

Im Landesvoranschlag 1958 wurde neben der allgemeinen Wirtschaftsförderung im Lande erstmals ein Betrag von 2.000.000 Schilling speziell zur Förderung des Grenzlandes ausgewiesen. Die Zweckzuschüsse des Bundes und die Landesgrundleistungen werden im Bereich der Steiermark, gemessen nach der Steuerkraft und Arbeitslosenrate ausge-

wiesen. Die vorhin genannten Mittel werden vor allem für den Straßenbau, Wege- und Güterwegbau verwendet. Weiters für die Förderung der Ansiedlung und Erweiterung von industriellen und gewerblichen Betrieben, für den Ausbau des Fremdenverkehrs und Besitzfestigung von kleinen Landwirten und Kleingewerbetreibenden.

Der zuständige Ausschuß hat sich mit der Vorlage eingehend befaßt und ich darf namens des Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: „Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete, wird zur Kenntnis genommen.“

Präsident Dr. Kaan: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie ihn annehmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 434 zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz und Genossen, betreffend die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ileschitz. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Ileschitz: Die Vorlage beschäftigt sich mit dem Antrag der genannten Abgeordneten um Aufstockung der Bergbauförderungsmittel. Im Bundesfinanzgesetz 1967 waren für Förderungsausgaben im Bergbau lediglich 43.875.000 Schilling vorgesehen, die natürlich viel zu wenig für diesen Zweck waren. Nunmehr konnte durch entsprechende Interventionen erreicht werden, daß durch das dritte Budgetüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 350/67, eine Hebung dieses Ansatzes um 73.025.000 Schilling vorgenommen wurde.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel bzw. den Bericht hierzu zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Vinzenz Lackner. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Leitner.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem in der heutigen Tagesordnung gleich drei Vorlagen hintereinander, von 20 bis 23, über die Bergbauprobleme berichten, ist es wohl selbstverständlich, daß man dazu auch einiges zu sagen hat, wiewohl wir schon anläßlich der Budgetdebatte ausführlich zu den Bergbaufragen gesprochen haben. Aber da sich die Frage des Kohlenbergbaues wie ein roter Faden durch die ganze Landtagsarbeit zieht, weil Steiermark ja 70 Prozent der österreichischen Kohlenförderung aufzubringen hat und vorwiegend ein Land der Urproduktion ist, ist das wohl selbstverständlich. Ich darf darauf zurückkommen, daß die

Bergbauförderung 1961 direkt bezogen auf Fohnsdorf geschaffen wurde und wie wir jetzt aus den Berichten entnehmen und bekannt ist, erst 1967 erstmals der Bergbau Fohnsdorf eine entsprechende Subvention aus diesen Mitteln erhalten hat. Die 38 Millionen reichen ungefähr für die Hälfte des Abganges. (Landeshauptmann Krainer: „Du sollst sagen, die Einparteienregierung hat erstmals 38 Millionen zur Verfügung gestellt!“ — Landesrat Sebastian: „Der Finanzminister hat es immer verhindert!“)

Ihr habt es früher halt nicht gegeben, weil in den verantwortlichen Betrieben keiner von euch war. (Landesrat Peltzmann: „Ihr habt euch zu wenig bemüht um die Unternehmungen!“ — Landesrat Sebastian: „Da hat es Leute gegeben, die gesagt haben, die Alpine ist noch nicht passiv, der kann man noch nichts geben. Ich kenne sehr hochgestellte Persönlichkeiten, ich bin bereit, Namen zu nennen!“)

Inzwischen ist ja auch die Umstrukturierung des Konzerns Fohnsdorf, losgelöst von der Alpine zur GKB, durchgeführt worden was ja durch eine getrennte Finanzierung eine bessere Übersicht bietet und auch mit ein Grund dafür war, daß man der Alpine die Bergbauförderung nicht vorenthalten hat. (Landesrat Peltzmann: „Die tun halt was, nur Ihr erkennt es nicht an!“ — Landesrat Sebastian: „Außerdem hätten wir einiges dazu zu sagen!“)

Trotz Einfuhr ausländischer Kohle und obwohl Österreich nach wie vor ein Einfuhrland ist bestimmen die Unkenrufe nicht, daß der Bergbau geschlossen werden soll. Man weist immer hin auf die westlichen Staaten. Ich kann aber heute sagen, daß man in den westlichen Staaten, in Frankreich und auch in Belgien, in aller Stille zum Teil wieder Kohlengruben aufmacht und Bergleute sucht, gar nicht zu reden von den USA, wo nicht nur alte Gruben aufgeschlossen werden, sondern neue Bergbaubetriebe im Entstehen sind. Ein Beweis dafür ist ja, daß man heute, wenn man die Presse verfolgt, entnehmen kann, daß das Öl sehr krisenanfällig ist, ohne daß ein Konflikt uns Österreicher unmittelbar berührt, denn der niedere Donaupegelstand allein macht schon die Ölversorgung schwierig. Ohne daß überhaupt ein strenger Winter vorhanden ist, der heurige Winter kann als normal bezeichnet werden. Die Umstellung vom Wasserweg auf die Bahn ist eben auch schwierig und die Bahn war diesen momentanen Anforderungen auch nicht gewachsen. Dadurch kommt es natürlich, daß noch mehr Tanker auf die Straße geschickt werden und fahren, wir haben heute schon gehört, was das für Erschwernisse für die übrigen Straßenbenutzer bringt. Zur Zeit sind die Tankanlagen der Österr. Mineralölverwaltung, die ein Fassungsvermögen von 1 Mill. Tonnen haben, fast leer. Die Kundenwünsche können zur Zeit nicht befriedigt werden, und einer, der sich erst vor kurzem auf Öl umgestellt hat und noch geschaut hat, bei welchem Händler er sein Öl beziehen soll, der wird heute in die Kundenliste gar nicht aufgenommen. Man kehrt neben dem Öfen zurück zum alten bewährten Kohlenofen oder zur Holzfeuerung.

Man sieht aus diesen wenigen Dingen, die uns jetzt dieser Winter gebracht hat, die Wassernot oder der Eisstoß auf der Donau, wie rasch man wie-

der auf die Kohle angewiesen sein kann. Die Suez-Krise bekommen wir ja auch nach wie vor zu spüren. Unsere Hauptlieferanten sind die Sowjetunion und Jugoslawien. Aber man bräuchte sich nur einmal vorstellen, wenn sich die Öllieferanten gegenseitig nicht mehr konkurrenzieren, daß sie sich zusammenfinden zu einer einheitlichen Gesellschaft, dann werden sie auch die Preise diktieren und wir werden dann nicht mehr Heizöl mit 450 Schilling die Tonne ab Grenze bekommen, sondern man wird das dementsprechend hinaufschmalzen. Die Benzinsproduktion mußte zur Zeit eingeschränkt werden, um mehr für Heizöl und Schweröl herauszubekommen. Ja, man geht sogar so weit, man kauft jetzt Rückstände aus dem Ausland, um diese Rückstände, die sonst irgendwo abgeworfen werden, jetzt noch schnell als Heizöl verarbeiten zu können, um einigermaßen den Bedarf zu decken. Die Großverbraucher von Öl sind derzeit die Industrie, Krankenhäuser, Behörden und Schulen. Aber die übrigen, die sich im Hausbrand auf Öl umstellen, werden es in erster Linie spüren. Daher ist es erfreulich, wenn diese Berichte, wenn es auch nur Berichte sind, beinhalten, daß das Land, der Landtag und die Landesregierung in diesem Forum die Aufstockung der Bergbauförderung verlangen, vor Schließung von Kohlengruben Ersatzarbeitsplätze, daß Fixtermine für die Schließung von Kohlengruben aufgehoben werden. Ich darf nur sagen, die 116 Millionen, die zur Zeit die Bergbauförderung ausmacht, sind nur sieben Prozent dessen, was man einer anderen Gruppe, die hier ja schon erwähnt worden ist, für ein bestimmtes Produkt ohne weiters gewährt, weil man eben die heimische Ernährung nicht außer acht lassen will und kann. Mein Wunsch ist es, daß Landtag und Landesregierung auch weiterhin auf der Hut sind, denn es ist volkswirtschaftlich gerechtfertigt, den Bergbau zu erhalten, neutralitätspolitisch ist es wichtig, und sozialpolitisch ist es eben auch vertretbar, den Bergmannsstand und den Bergbau in seiner derzeitigen Größenordnung aufrecht zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Leitner das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Dem Landtag liegen heute drei Vorlagen der Landesregierung vor, die sich alle mit der schwierigen Situation des heimischen Kohlenbergbaues beschäftigen.

Konkret beschäftigt sich die eine Vorlage mit einem Ministerratsbeschluß vom Oktober 1966, wonach die Schließung des Bergbaues Pöfling-Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967 erfolgen hätte sollen. „Dies ist nicht geschehen“ stellt die Vorlage der Landesregierung fest und die Landesregierung verpflichtet sich auch, nach wie vor dafür einzutreten, daß vor der Schließung der gegenständlichen Kohlengruben die erforderlichen Ersatzarbeitsplätze geschaffen sein müßten.

In einer anderen Vorlage berichtet die Landesregierung, daß gegen jede weitere Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben einzutreten ist, bevor der Energieplan endgültig verabschiedet ist. Dieser „Forderung“, — so berichtet

die Landesregierung — sei grundsätzlich entsprochen und die Schließung von Gruben von der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für umzuschichtende Bergarbeiter abhängig gemacht worden.

Die dritte Vorlage beschäftigt sich mit der Aufstockung der Bergbauförderungsmittel, die, wie zuerst vorgesehen, im Jahre 1967 nur 43,9 Millionen Schilling betragen und dann auf 73 Millionen Schilling erhöht worden sind. Hier hat schon mein Vorredner gesagt, daß die Alpine-Montan das erstmalig 38 Millionen Schilling erhalten hat, wodurch es möglich ist, nur „einen Teil“ der anfallenden Abgänge aus dem Betrieb Fohnsdorf zu ersetzen. Der in den drei Vorlagen der Landesregierung enthaltene Bericht wird von mir und meinen Kollegen in diesen Betrieben im wesentlichen unterstützt, da diese gegenüber den Absichten und den Plänen der Bundesregierung einen Fortschritt bedeuten, was auch die Praxis beweist, da diese Betriebe trotz dieser Zusperrpläne — die Betriebe Fohnsdorf und Bergla — noch immer in Betrieb sind.

Wir verweisen auch darauf, daß in diesen Vorlagen allerdings so wichtige Stellungnahmen fehlen, zu denen sich auch eine steirische Kommission unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Krainer bekannt hat, wonach die Aufrechterhaltung des heimischen Bergbaues auch aus neutralitätspolitischen Gründen notwendig ist und daß die Förderung im bisherigen Ausmaße das heißt ungefähr um fünf Millionen Tonnen herum fortgesetzt werden müßte, solange bis diese Bergwerke ausgekohlt sind. Nach Berechnungen von Fachleuten ist das nicht in zwei oder drei Jahren, sondern im Durchschnitt aller Kohlengruben erst in 30 Jahren der Fall.

Daß sich diese Kräfte, die „Zusperrer“ nicht geschlagen geben, zeigt erneut die jüngste Stellungnahme des jetzigen Finanzministers Dr. Koren, der so wie der frühere Vizekanzler Dr. Bock erst vor einigen Tagen im Parteirat der ÖVP erklärt hat, „daß in einer Zeit des konzentrierten Einsatzes der öffentlichen Mittel zur Förderung des Wirtschaftswachstums die Fortführung extrem unrentabler Betriebe der Braunkohlenförderung nicht mehr verantwortet werden kann.“ Deswegen soll die Kohlenförderung von rund 4,6 bis 4,7 Millionen Tonnen im Vorjahr auf 3,7 Millionen Tonnen im heurigen Jahr gesenkt werden. Den Belegschaften soll nach Meinung des Herrn Finanzministers durch arbeitsmarktpolitische Hilfen, durch Abfertigung usw. wie es bei der LAKOG in Kärnten geplant ist, der Arbeitsplatzwechsel erleichtert werden. Im Falle der LAKOG wird die Schließung dieses Bergbaues weder von der Erstellung eines Energieplanes noch von der Schaffung von Arbeitsplätzen abhängig gemacht. Offensichtlich hat sich seit der Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung und dem letzten Parteirat der ÖVP, dem bekanntlich Herr Landeshauptmann Krainer angehört, doch verschiedenes geändert. In der dem Parteirat folgenden Pressekonferenz antwortete z. B. Herr Landeshauptmann Krainer auf die Frage von Journalisten bezüglich Fohnsdorf sehr allgemein. Unter anderem, der Parteirat hätte sich mit dieser Frage nicht praktisch befaßt, seiner

Meinung nach solle man nicht unbedingt alles zusperren. Weiters, es sei wünschenswert, sagte Herr Landeshauptmann Krainer, daß in Gebieten, in denen Bergwerke gesperrt werden, Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

In der Vorlage der Landesregierung, die heute beschlossen werden soll, wird aber nicht davon gesprochen, daß es „wünschenswert“ sei, den Bergarbeitern Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, sondern sie werden diesen für den Fall einer Schließung dezidiert versprochen. Ich frage Sie deswegen, Herr Landeshauptmann und auch die anderen Herren der Landesregierung, ob Sie zu diesem Versprechen, zu dieser Vorlage, die jetzt beschlossen werden soll, auch stehen. Die Frage sei nur, so stellt Herr Landeshauptmann Krainer weiter fest, ob man alles zusperren soll, was nicht zukunftssträftig ist, oder ob man für einen Rest alter Strukturen durch Veredelung eine neue Existenzberechtigung aufbauen könne, um neue Produktionszweige, in denen nur Spezifisches geleistet werde, zu schaffen. Der Absatz von Grobkohle war bisher noch nie ein Problem. Durch den Rückgang der Förderung ist offensichtlich zu wenig Grobkohle vorhanden. Aber selbst die Staubkohle wird besonders veredelt, wenn sie in kalorischen Kraftwerken in Strom umgewandelt wird. Sicherlich ist es notwendig, den Braunkohlenbergbau von staatswegen zu subventionieren, damit dieser gegenüber dem Erdöl, das ja doch zum Großteil aus dem Ausland bezogen wird und dem Erdgas, das viel besser in chemischen Werken verarbeitet würde, konkurrenzfähig bleibt oder wird.

Für den österreichischen Kohlenbergbau gilt doch dasselbe wie für die Landwirtschaft. Die weitgehende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch die österreichische Landwirtschaft ist notwendig und wichtig. Genauso wichtig ist die Versorgung der österreichischen Industrie mit elektrischem Strom aus heimischer Primärenergie, wie dies auch unsere Kohle ist.

In den vergangenen fünf Jahren erhielt der verstaatlichte Kohlenbergbau für eine Produktion von insgesamt 96,9 Prozent 243 Millionen Schilling Bergbauförderung, das sind nur 81,7 Prozent der gesamten Mittel. Der private Bergbau dagegen bekam 54 Millionen Schilling oder 18,3 Prozent der Mittel, das heißt für 3,1 Prozent der Kohlenförderung. Noch deutlicher tritt diese Benachteiligung für den verstaatlichten Bergbau zutage, wenn man die Subventionen pro Tonne geförderter Kohle vergleicht. Während die privaten Unternehmer durchschnittlich 63,50 Schilling pro Tonne aus Steuermitteln erhielten, bekam der verstaatlichte Bergbau nur 9,14 Schilling. Die Schädigung des Braunkohlenbergbaues erfolgt auch dadurch, daß bis heute noch immer kein Energieplan beschlossen wurde. Ein solcher Energieplan dürfte nicht nur nach rein betriebswirtschaftlichen Erwägungen erstellt werden, sondern er müßte auch allen wirtschaftlichen, neutralitätswirtschaftlichen und vor allem den menschlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Es sind Pläne bekannt, den inländischen Braunkohlenbergbau bewußt unrentabel zu machen. So soll die Erschließung des Ostfeldes von Pöfling-Bergla unterbleiben, obwohl damit die Förderung

von ca. 3,5 Millionen Tonnen höchstwertiger, abbauwürdiger Kohle ermöglicht würde. Bei der Aufschließung könnte Pöfing-Bergla weiter bestehen und seinen vertraglichen Verpflichtungen, so wie es notwendig ist, nachkommen.

Statt kalorische Kraftwerke auf Kohlenbasis auszubauen, z. B. von Voitsberg III, durch die Installation nur eines dritten Aggregates, baut die Steweag mit Zustimmung der Landesregierung ein großes kalorische Kraftwerk auf Ölbasis bei Wernsdorf, womit die heimische Braunkohle noch stärker als das schon durch Pernegg der Fall ist, konkurrenziiert werden soll. Damit stellt sich die Steiermärkische Landesregierung zumindest indirekt auf die Seite der Zusperrer, auf die Seite der ausländischen Erdölfirmlen, die bekanntlich über 70 Prozent der Mittel beherrschen, die für die Erdöl-Pipeline, für den Bau der Raffinerie in der Südsteiermark aufgewendet werden müssen. Hier werden nicht österreichische, sondern ausländische Interessen ausschlaggebend sein, so wie dies auch bei der Vergabe des Auftrages für die Turbinen für dieses Ölkraftwerk geschehen ist. Obwohl die Elin in Weiz diese Turbinen samt den elektrischen Anlagen selbst herstellen hätte können und außerdem sich dieses Werk in der Oststeiermark in Arbeitsschwierigkeiten befindet, ist sie bei der Auftragsvergabe nicht zum Zuge gekommen. Da man keine andere Begründung für dieses Vorgehen hatte, behaupteten Landeshauptmann Krainer und auch Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, kein österreichisches Werk sei in der Lage, diese Turbinen zu liefern, und daher sei die Vergabe an Schweizer Firmen notwendig.

Der Landtag gab sich mit dieser offensichtlich falschen Information zufrieden. Die Arbeiter und die Angestellten dieses Betriebes und die vielen betroffenen Handels- und Gewerbetreibenden und die Beschäftigten in Dienstleistungsbetrieben sind mit dieser Lösung alles andere als zufrieden. Der Herr Landeshauptmann Krainer sagte: „Wir müssen uns zu einer aktiven und nicht zu einer passiven Bereiniung der Wirtschaft bekennen.“ Man könnte diesen Gedanken auch anders ausdrücken: Keine Politik des Gesundheitschumpfens, wie dies Finanzminister Dr. Koren und die Bundesregierung überhaupt vertritt, z. B. bei der LAKOG in Kärnten, aber auch bei solchen Betrieben, wie es die Waggonfabrik des SGP-Konzerns ist, wo es bekanntlich Entlassungen geben soll, obwohl zu gleicher Zeit Österreich dringend rollendes Material, Waggons braucht, die es sich ausleihen muß im Ausland gegen sehr hohe Gebühren. Gerade jetzt müßte die Möglichkeit ergriffen werden, daß man das Eventualbudget, wo ca. 170 Millionen Schilling für die Österreichische Bundesbahn eingesetzt sind, benützen muß, um u. a. einem solchen Betrieb wie der Waggonfabrik in Graz aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Das wäre eine Politik des Gesundheitschumpfens, die wir in verschiedenen Betrieben sehr notwendig brauchen. Nur eine Strukturpolitik in dieser Richtung, so sagt Herr Landeshauptmann Krainer mit Recht, schafft auch Voraussetzungen, für Ersatzarbeitsplätze in den Bergbaugebieten, wobei er, wie ich glaube, zum ersten Mal fordert, daß die verstaatlichten Unternehmungen und die verstaatlichten

Banken über ihre Betriebe Beispiele setzen sollen, indem sie neue Produktionsstätten in diesen Gebieten schaffen, Betriebe in der Größenordnung von ungefähr 500 Beschäftigten.

Es ist bekannt, meine Damen und Herren, daß die industrielle Struktur unseres Landes gegenüber anderen uns vergleichbaren Ländern zurück ist, Fachleute sagen, um acht bis zehn Jahre. Wird das nicht geändert, so wird unsere Industrie immer weniger in die Lage versetzt, sich im Wettbewerb mit den Industriestaaten zu behaupten. Es ist daher dringend erforderlich, vor allem die Investitionstätigkeit in der Industrie zu verstärken. Eine der Voraussetzungen dafür ist, daß die Investitionen, die heuer nach Berechnungen von Fachleuten ca. 75 Milliarden Schilling oder 26 Prozent des Nationalproduktes ausmachen, auch an der richtigen Stelle angewendet werden. Wie ist das bei uns in Österreich? Auf die industriellen Investitionen entfallen von diesen 75 Milliarden nur neun Milliarden Schilling oder nur 12 Prozent, während es auf Grund internationaler Erfahrungen und Untersuchungen notwendig wäre, diese Investitionen auf 24 bis 30 Prozent anzuheben. In den letzten Jahren gingen die Industrieinvestitionen aber noch zurück, sogar in erschreckendem Ausmaße, wodurch es de facto unmöglich geworden ist, die notwendigen Eingriffe in die Industriestruktur vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Daher und nicht wegen der geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen wird in österreichischen Betrieben zu teuer produziert, können wir auf dem Weltmarkt immer schwerer gegen die ausländische Konkurrenz bestehen. Auf die Frage, wohin die gewaltigen Investitionsmittel kommen, ist die Antwort leicht zu finden: Handel, Gewerbe, Banken und Sparkassen weisen hinter der öffentlichen Hand den stärksten Zuwachs an Investitionen aus. Das bringt zwar volkswirtschaftlich kaum Erfolge, aber der österreichischen Bevölkerung das dichteste Sparkassen- und Tankstellennetz Europas. Wenn in dieser Situation nicht ein Rahmeninvestitionsplan für die Industrie aufgestellt wird, der jenen Unternehmen Vorteile einräumt, die sich daran beteiligen und allen Unternehmen, die sich ihm widersetzen, die konjunkturelle Entwicklung also aufzuhalten versuchen, steuerliche Mehrleistungen auferlegt, wird es nicht möglich sein, die mögliche Aufwärtsentwicklung in unserem Land und damit die Gesundung der österreichischen Gesamtwirtschaft zu sichern.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Ich erteile das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter.

Abg. Heschitz: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme.

Präsident: Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf eine Stunde. Diese wird somit um 14.15 Uhr wieder aufgenommen.

Unterbrechung der Sitzung: 13.20 Uhr.
Fortsetzung der Sitzung: 14.20 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Ich nehme die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf und bitte das Haus, mir zu gestatten, daß ich die Tagesordnungspunkte 21 und 22 zurückstelle, weil der Berichterstatter noch nicht im Hause ist.

Erhebt sich dagegen ein Einwand. (Dies ist nicht der Fall.)

23. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 37, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Koller und Dr. Pittermann, betreffend Unterbringung der Fürsorgerinnenschule.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Edda Egger: Hoher Landtag! Die Steiermärkische Landesregierung berichtet zu diesem Antrag, daß die Fürsorgerinnenschule tatsächlich in der Steinbaracke völlig unzulänglich untergebracht war. Deshalb war die zuständige Abteilung seit langem sehr bemüht, eine andere Möglichkeit zu finden. Es wurden mehrere Projekte in Erwägung gezogen, jedoch war keines durchführbar, entweder wegen zu hoher Kosten oder wegen anderer Hindernisse.

So wurde mittlerweile als Provisorium diese Schule in jene Räume, die bisher von der Agrartechnischen Abteilung benützt worden waren, verlegt und diese Räume wurden adaptiert. Dies ist zwar eine Verbesserung, jedoch noch keine Dauerlösung. Derzeit wird weiter nach einer befriedigenden Lösung gesucht. Dies ist also der Bericht der Landesregierung.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses beantrage ich, der Hohe Landtag wolle diese Regierungsvorlage annehmen, jedoch mit folgenden Abänderungen: In der Vorlage ist das Wort „Endlösung“ auf Seite 1, vorletzter Absatz, vorletzte Zeile, durch die Worte „befriedigende Lösung“ und im letzten Absatz 1. Zeile durch das Wort „Lösung“ zu ersetzen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 271, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Hella Lendl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Hella Lendl: Hohes Haus! Zu dem Antrag und der Vorlage 271 über die Errichtung einer Handelsakademie in Liezen ist zu berichten, daß eine Vereinbarung zwischen dem Bund bzw. dem Unterrichtsministerium und der Stadt Liezen zustande gekommen ist. Nach Mitteilung des Landesschulrates konnte mit dem Beginn des Schuljahres 1967/68 im Gebäude der Volks- und Hauptschule in Liezen der Schulbetrieb bereits aufgenommen werden und zwar mit einer Klasse der Handelsakademie als Expositur der Handelsakademie Graz

und einer Klasse der Handelsschule. Die zweite und die dritte Klasse der Handelsschule für das laufende Schuljahr werden vorläufig noch von der Stadtgemeinde Liezen geführt.

Der Volksbildungs-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich bitte das Hohe Haus, folgendem Antrag seine Zustimmung zu geben: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 328, zum Antrag der Abgeordneten Afritsch, Sebastian, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Herausgabe einer Werbebroschüre für den Lehrberuf.

Berichterstatter ist Abg. Gerhard Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerhard Heidinger: Hohes Haus! Die Vorlage, Einl.-Zahl 328 betrifft die Herausgabe einer Werbebroschüre für den Lehrberuf.

Hiezu berichtet die Landesregierung, daß eine Werbebroschüre bereits herausgegeben wurde, weiters eine weitere Werbeschrift im Herbst ausgegeben wird.

Zufolge Regierungsbeschluß vom 8. Mai 1967 wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Afritsch, Sebastian, Heidinger, Klobasa und Genossen, betreffend die Herausgabe einer Werbebroschüre für den Lehrberuf, wird zur Kenntnis genommen.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses bitte ich um Annahme des Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Keinerlei Wortmeldung. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 384, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Egger, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichtes an den Pflichtschulen.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Johanna Jamnegg: Hoher Landtag! Bei dieser Vorlage handelt es sich um einen Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zu dem Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Egger, Dipl.-Ing. Schaller und Buchberger, betreffend die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichtes an den Pflichtschulen.

Im Bericht wird festgestellt, daß eine Befassung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit sich erübrigt, weil in den Lehrplänen für Pflichtschulen

schon ab der zweiten Schulstufe der Volksschule im Rahmen des Unterrichtsgegenstandes Leibeserziehung lt. BGBl. Nr. 134, vom 28. Juni 1963 und BGBl. Nr. 174, vom 16. August 1966 auch Schwimmunterricht vorgesehen und vorgeschrieben ist, soweit dies die örtlichen Verhältnisse gestatten.

Hoher Landtag! Der Volksbildungs-Ausschuß hat sich sehr eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt und darüber hinaus auch über die Probleme und Schwierigkeiten beraten, die derzeit noch in verschiedenen Gebieten des Landes de facto der Durchführung des Schwimmunterrichtes entgegenstehen.

Der Ausschuß hat den Bericht der Regierung zur Kenntnis genommen und ich ersuche nun auch im Hohen Landtag um Kenntnisnahme dieses Berichtes.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezucken, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich komme jetzt zurück zum Punkt 21 der Tagesordnung.

21. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 442, zum Beschluß Nr. 193 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 3. Oktober 1966 über die Schließung des Bergbaues Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967.

Berichterstatter ist Abg. Anton Zagler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Durch einen Ministerratsbeschluß vom 3. Oktober 1966 war beschlossen worden, die Bergbaue Fohnsdorf und Pöfing-Bergla zu schließen. Es ist durch den Beschluß des Steiermärkischen Landtages dann gelungen, diesen Beschluß aufzuheben und ich möchte hier folgenden Antrag stellen: Die Steiermärkische Landesregierung möge dahin wirken, daß die Kohlengruben nicht geschlossen werden, bevor nicht genügend Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden.

Ich möchte daher dem Hohen Haus namens des Ausschusses den Antrag stellen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Doktor Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die in Behandlung stehende Vorlage Nr. 442, aber auch die vormittags behandelte Nr. 434 und die noch zur Behandlung stehende Nr. 466 beschäftigen sich mit Problemen des steirischen Kohlenbergbaues. Daß bereits zwei Redner zu dieser komplexen Frage gesprochen haben, zeigt die Bedeutung dieses Problems. Kollege Lackner hat bereits darauf hingewiesen, 70 Prozent der österreichischen Kohlenförderung werden in der Steiermark gefördert. Aber eine andere Zahl zeigt vielleicht noch deutlicher, welches menschliche Problem hinter der Frage

Kohlenbergbau steht. Von rund 100.000 Industriebeschäftigten in der Steiermark sind 5.000 oder fünf Prozent im Kohlenbergbau tätig.

Es war daher verständlich, daß in einer dringlichen Anfrage am 31. Oktober 1966, als die Frage der Schließung der beiden Bergbaue Pöfing-Bergla und Fohnsdorf aktuell war, der Hohe Landtag in einer Dringlichkeitsdebatte sich mit diesem Problem auseinandergesetzt hat und auch entsprechende Beschlüsse faßte. Diese Beschlüsse waren, und das zeigen diese jetztigen Vorlagen, mehr als eine moralische Stütze für den Bergbau. Es war die Voraussetzung, daß die Landesregierung und der Herr Landeshauptmann in Wien schon gefallene, und ich möchte sagen, etwas vorschnell gefallene Entscheidungen revidieren konnten:

Der Komplex, der unter dem Schlagwort Kohlenkrise zusammengefaßt werden kann, ist vielschichtig. Es ist zunächst ein Verkaufs- und Preisproblem, hervorgerufen durch die technologischen Veränderungen, durch die Verdrängung der Primärenergie Kohle durch Wasserkraft, Kohlenwasserstoffe und Kernenergie.

Es ist 2. ein betriebswirtschaftlich-bergmännisches Problem. Durch den Druck, der vom Markt her kommt, werden die möglichen Verkaufspreise fixiert und noch eher nach unten gedrückt. Damit geraten aber immer mehr Gruben mit ihren Gestezungskosten in die Verlustzone und weit herum in Europa, in Frankreich und Belgien, in Deutschland, aber auch in Jugoslawien werden Zechen geschlossen. Es ist schließlich ein volkswirtschaftlich-wehrwirtschaftliches Problem, weil sich die Frage stellt, wie Folgewirkungen, die das Schließen von Gruben für ein Gebiet hervorruft, aufgefangen werden können, so daß es zu keinem Veröden von ganzen Regionen kommt. Und es stellt sich die weitere Frage, wie lange aus innerwirtschaftlichen Gründen — etwa als Energiereserve für Notzeiten — betriebswirtschaftlich im roten Zahlenbereich arbeitende Gruben und Betriebe gehalten werden sollen.

Und es ist schließlich nicht zuletzt das menschliche Problem, denn schließlich soll die Wirtschaft und all unsere Arbeit ja den Menschen dienen.

Und nun wird mit dem Schließen eines Betriebes wirtschaftliche Heimat von vielen Hunderten, vielleicht Tausenden radikal verändert. Ich möchte nun zu diesen vier Problemkreisen kurz Stellung nehmen und dann anschließend ein aktuelles Sorgenkind unserer Südweststeiermark, nämlich die Grube Pöfing-Bergla behandeln.

Zur ersten Frage ist, glaube ich, ein Blick auf die Weltenergielage angebracht, damit wir nüchtern die Dinge sehen. Die Kohle als Fundament der Industrialisierung hat spätestens in der Mitte unseres Jahrhunderts ihre Monopolstellung verloren. Die Energieträger im Kohlenwasserstoffbereich, Erdöl, Erdgas, treten immer mehr in den Vordergrund. Und hier ist es sicher eine unbestrittene Aussage, wenn man vom Einsatz billiger Energie die Wettbewerbsfähigkeit gerade der europäischen Volkswirtschaften und des industriellen Wachstums abhängig macht. Der Weltenergiebedarf ist in den letzten 15 Jahren von 1950 bis 1965 immerhin von 2,5 Milliarden Steinkohleneinheiten auf 5,2 Milliarden gestiegen. Er hat sich mehr als verdoppelt. In

der gleichen Zeit ist aber der Weltkohleverbrauch nur mehr verhalten um 50 Prozent auf 2.4 Milliarden gestiegen, die Kohlenwasserstoffe haben aber 1.8 Milliarden von dem Energieangebot und damit eine Verdreifachung erreicht. Im Jahre 1965 war der Verbrauch zu 36 Prozent in Amerika, zu 20 Prozent in Westeuropa und zu 15 Prozent in der Sowjetunion gelegen. Daraus sieht man, wie die Wirtschaftskräfte in der Welt verteilt sind.

In Westeuropa war 1950 der Kohleanteil noch 80 Prozent, 1966 ist er auf 40 Prozent gesunken. In der gleichen Zeit ist der Kohlenwasserstoffanteil auf 50 Prozent und der der Wasserkraft auf zehn Prozent gestiegen. In Österreich hat bereits 1961 das Energieangebot mehr aus Kohlenwasserstoffen als aus Kohle bestanden, und 1966 betrug der Kohlenanteil nur mehr 30 Prozent.

Wie wird es nun in der Zukunft ausschauen? Eine Studie der OECD, die eine vierprozentige jährliche Energiewachstumsrate annimmt, sagt voraus, daß der Bedarf bis 1980 weiter um 75 Prozent steigen wird. Es wird aber damit die Frage aktuell, wie Europa, das immer mehr von Importen abhängt, seine Energieversorgung durchführen kann und wird. Es wird vorausgesehen, daß der Kohlenanteil relativ starr auf den derzeitigen Zahlen verbleiben wird und daß sich vornehmlich aus Kohlenwasserstoffimporten das zusätzliche Energieangebot decken wird. Die Wasserkraft wird weiterhin mit etwa zehn Prozent angenommen. Die Kernenergie wird ab 1975 wesentliche wirtschaftliche Bedeutung gewinnen. Man kann also sagen, daß der Kohleanteil relativ immer mehr an Bedeutung bei der Energieversorgung einbüßt, daß in den nächsten 10 bis 20 Jahren die Hochzeit der Kohlenwasserstoffe im Energieangebot kommen wird und daß gegen Ende unseres Jahrhunderts die Kernenergie sich immer mehr den Markt erobern wird.

Damit ergibt sich die zweite Frage für den heimischen Kohlenbergbau, nämlich: Wie weit kann er mit seinem Wärmepreis am Markt konkurrenzfähig bleiben und dabei noch wirtschaftlich sein? Ich sagte schon, es ist eine organisatorisch-bergmännische Frage. Wenn man die Leistung pro Beschäftigtem und Tag etwa im steirischen Braunkohlenbergbau errechnet, so kommt man auf 1.6 Tonnen. Die Mann-Schicht-Leistung der einzelnen Gruben liegt aber zwischen knapp 1.000 kg und 30 Tonnen bei Tagbau.

Interessant ist hier eine EWG-Untersuchung über die Stellung der amerikanischen Einfuhrkohle. Hier ist eine durchschnittliche Teufe von 60 m, an der Ruhr 800 m. Die Flözmächtigkeit beträgt dort 2 bis 3 m, an der Ruhr 1 m. So werden auch in den USA 30 Prozent der Steinkohlenförderung im Tagbau gewonnen und für 1975 eine Mann-Schicht-Leistung von 28 bis 34 Tonnen vorhergesagt, während man im Untertagebau auf 18 bis 24 Tonnen kommen will.

Diese Zahlen mit unseren Betriebsstatistiken zu vergleichen ist im Tagbau durchaus möglich, und sie zeigen, daß wir offensichtlich bergbautechnisch das gleiche können wie die Amerikaner. Aber in Gruben mit Flözen von 80 cm bis 1.20 m Mächtigkeit und bergmännisch schwierigen Verhältnissen, mangelnde Standfestigkeit des Gebirges, Wasserinbrüche u. ä., so wie etwa in Bergla, können wir eben nur mit Mann-Schicht-Leistungen von etwa

2.5 Tonnen aufwarten, und das bei dem geringen Heizwert der Braunkohle und hohem Aschengehalt. Daß es da nur mehr rote Zahlen gibt, ist nicht den Betriebsleitungen und nicht den Beschäftigten anzulasten. Aber die Umstände sind es, vor denen sich auch moderne Streckenvortriebsmaschinen und Gewinnungsmethoden beugen müssen.

Damit sind wir aber schon bei der dritten Frage.

Wie ist dieses betriebswirtschaftliche Defizit volkswirtschaftlich zu beurteilen? Auf einen sehr einfachen Nenner gebracht, könnte man sagen: Wenn die Arbeitskräfte und der Kapitaleinsatz anderwärts besser gefragte Leistungen erbringen, die der Markt noch mit einem entsprechenden Gewinn honoriert, dann ist dort ein volkswirtschaftlicher Nutzen vorhanden und der Betrieb, dessen Erzeugung nur mehr mit Verlust an den Mann gebracht wird, hätte zu schließen. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Wir haben als Volkswirte auch die Folgewirkungen abzuschätzen, die ich schon angedeutet habe. Konkret darf ich das beim Problem der Grube Bergla erörtern. Ich möchte hier kurz auf die nächste Vorlage bereits eingehen — das haben meine Vorredner ja auch getan — und etwas über den Energieplan sagen. Der Landtag und die Landesregierung haben sich auf den richtigen Standpunkt gestellt, daß man nicht Gruben schließen soll, bevor über diese volkswirtschaftlichen Fragen Klarheit besteht. Dabei sind die Teilberichte über Gas und Öl, wie man hört, fertig, der über Kohle wird noch einmal überarbeitet. Ausständig ist die wichtigste Studie über die Elektrizitätswirtschaft und die Gesamtkoordinierung der Teilpläne. Dabei sind, so kann man lesen, mit Recht die Grundfragen der Energieversorgung unserer Heimat überhaupt zu klären, nämlich:

1. In welchem Ausmaß wird die inländische Elektrizitätswirtschaft weiter Kohle verheizen?
2. In welchem technischen und finanziellen Rahmen soll die Donau, wenn überhaupt, weiter ausgebaut werden?
3. Wann wird ein Kernkraftwerk wirtschaftlich tragbar, notwendig und ist daher zu errichten?

Ich glaube, es genügt hier festzuhalten, daß der Hohe Landtag den mit Beschluß vom 31. Oktober 1967 bezogenen Standpunkt aufrecht hält. Die erste Voraussetzung, die Schließung betriebswirtschaftlich unrentabler Gruben ernst zu diskutieren, ist ein akzeptables, das zukünftige Wachstum unserer Volkswirtschaft förderndes Energiekonzept. Die ebenso hierher gehörende Frage der Ersatzarbeitsplätze ist gleichzeitig das Problem Nr. 4, das menschliche. Auch hier kann sich, so meine ich, der Standpunkt des Hohen Landtages und der Landesregierung nicht ändern. Erst oder zugleich neue Arbeitsplätze, dann Schließung. Ich übersehe nicht die Probleme, die sich auch beim Wechsel der Arbeit für den Bergmann ergeben, selbst wenn man am gleichen Ort oder in vertretbarer Nähe einen anderen Arbeitsplatz findet. Es könnte mit Recht viel dazu gesagt werden. Ich möchte aber hier vielmehr zeigen, daß das Land durchaus nicht untätig war und die Probleme mit Energie angepackt hat.

Ich darf wieder den südweststeirischen Raum als Beispiel anführen. Die Infrastruktur ist seit Jahren im Ausbau. Die Bemühungen, den Raum nach Westen aufzustoßen, sind durchaus erfolgreich und aktuell. Der Ausbau der Soboth-Bundesstraße, Planung der Autobahn Süd über die Pack, der Ausbau der Gaberl-Straße und schließlich jetzt die Öffnung des Grenzüberganges Radlpaß mit Straßenausbau schaffen der Wirtschaft sicher günstigere Bedingungen. Seit eineinhalb Jahren arbeiten Fachleute der Landesregierung und Wirtschaftler unter Leitung von Prof. Dr. Nußbaumer an der Regionalplanung Südwest. Die Bestandsaufnahmen in umfangreichen kartografischen Darstellungen sind praktisch fertig und am zweiten Teil, den Folgerungen, wird gearbeitet. Dabei läßt sich schon jetzt erkennen, daß prinzipiell, wenn auch früher als Einzelaktionen gegangen, die Wege richtig waren. Zunächst Spezialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, stärkt auf breiter Basis die Wirtschaftskraft eines Gebietes und damit auch die gewerbliche Wirtschaft. Die Ansiedlung mittlerer gewerblicher Betriebe und die Hilfe zur Erweiterung bestehender Werke schafft neue industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze. Dies verhindert ein Absinken des Einkommen-Niveaus, wenn Betriebe geschlossen werden müssen oder es schafft Zusatzeinkommen und stärkt damit echt die Wirtschaftskraft einer Region. Schließlich wird diese Ansiedlung schwerpunktmäßig an sogenannten zentralen Orten erfolgen, wobei entweder bestehende Eigen-Dynamik oder landesplanerische Überlegungen anzeigen, wo dies geschehen soll. Solche Schwerpunkte erster Ordnung sind zweifellos das Gebiet Köflach-Voitsberg, Deutschlandsberg-Frauenthal, und der Raum Leibnitz. Zentrale Orte zweiter Ordnung könnten sein Arnfels-Gleinstätten, Wies-Eibiswald, Wildon und Stainz.

Die Erfolge, die sich mit dem Problem der Betriebsansiedlung verbinden, sind gar nicht so schlecht, wie es vielfach in der Öffentlichkeit angenommen wird. So konnten im Raum Köflach-Voitsberg durch ERP-Strukturmittel und Strukturmittel des Landes Projekte finanziert werden, die 420 neue Arbeitsplätze, davon 300 für Bergarbeiter geeignet, schaffen werden. Im Raum Deutschlandsberg-Pöfing-Eibiswald sind es Projekte mit 180 Arbeitsplätzen, davon 150 für Bergarbeiter geeignet, im Raum Leibnitz-Ehrenhausen sind es immerhin ca. 120 Arbeitsplätze. Weitere erfolversprechende Projekte sind in Behandlung und werden hoffentlich auch zahlreiche neue Arbeitsplätze erschließen.

Welche Chancen hat in dieser energie- und kohlenwirtschaftlichen Lage nun eine Grube wie Bergla? Eingehende Diskussionen mit der Betriebsleitung und der Bergdirektion und ein Besuch der Grube selbst ergaben folgendes Bild: Derzeit arbeiten noch 371 Mann, davon 260 unter Tag. Die präliminierte Förderung liegt bei 135.000 Tonnen für das Jahr 1968. Das derzeit aufgeschlossene Kohlenvermögen im sogenannten „mittleren Ostfeld“ liegt bei 300.000 Tonnen in einem Flöz von im Mittel 120 cm. Der Feinanteil an der Förderung ist leider sehr hoch. Nur 10—15 Prozent sind Stückkohle und 18—20 Prozent Nußkohle. Leider sind die Wasserhältnisse in der Grube außerordentlich ungün-

stig. Ein Wassereinbruch im Dezember hat beispielsweise die Förderung stark unter das Präliminare gedrückt. Der Absatz ist durch den sogenannten „Steweag-Vertrag“ der glaublich bis 1973 läuft, im wesentlichen gesichert. Betriebswirtschaftlich weist die Grube ein starkes Defizit auf, das mit etwa 16 Millionen Schilling pro Jahr beziffert wird. Man kann nun über die Werte der Regie-Umlage, der Abschreibungshöhe, des Generalregiezuschlages, die alle in diesem Defizitbetrag stecken, natürlich diskutieren, vor allem innerhalb einer Konzern-Kalkulation der GKB. Feststeht aber, daß die Grube wohl die Betriebsausgaben, jedenfalls aber kaum Regiezuschläge und Abschreibungen verdient. Welche volkswirtschaftlichen Aktivposten stehen nun dem gegenüber? Da ist einmal die Lohn- und Gehaltssumme von etwa 16 Millionen Schilling. Der Betrag wird wieder im Bereich der Umgebung umgesetzt, vielfach investiert, weil etwa 250 der in der Grube Beschäftigten Eigenheime und kleine Bauernwirtschaften haben. Es dürfte das eine sichere Grundlage für vorsichtig geschätzt 100 gewerbliche Arbeitskräfte sein. Bei Ausfall von sieben bis acht Millionen Schilling Fracht würde die Erfolgsrechnung des Bahnbetriebes zumindest des Streckenabschnittes Lieboch—Wies sicherlich ins Wanken geraten. Der Ausfall des Grubenholz-Einkaufes durch Bergla würde die Holzwirtschaft der Umgebung gerade beim Schwachholz-Absatz schwer treffen, liegt doch in diesem Gebiet keine einzige Papier- oder Pappenfabrik. So komplex liegen die wirtschaftlichen Dinge.

So möchte ich unterstreichen, daß meiner Meinung nach in keinem Gebiet die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen so bedeutsam ist, wie im Gebiet von Wies-Eibiswald, weil hier ein Ausfall des letzten bedeutenden Betriebes ohne Ersatz durch andere Einkommensquellen zu einer Schwächung der Region führt, deren Folgewirkung ausgerechnet an der Grenze wir nur schwer in Zahlen fassen können. So gesehen ist die vorläufige Weiterführung der Grube wohl der einzige Weg, den wir hier vertreten können. Mittel der Bergbauförderung müssen erbeten und angesprochen werden, wenn das Unternehmen GKB jetzt gesamt in die Verlustzone geraten wird, wie es voraussichtlich nach der Zusammenfassung aller steirischen Gruben zu erwarten ist.

Wir werden uns weiter um Ersatzarbeitsplätze bemühen, wobei die Raffinerie mit dem Standort Lannach nun wohl fixiert erscheint, die die Bedeutung eines neuen Strahlungspunktes in diesen Bemühungen — ich denke hier vor allem an die Folgebetriebe der petrochemischen Seite, die sich um diesen Wachstumskern ansiedeln können und werden — hat.

Zusammenfassend können wir also sagen: Wir kennen die Probleme der Energiewirtschaft. Wir sehen, daß das Schicksal unrentabler Gruben einschneidende Maßnahmen nach sich unvermeidbar macht, aber wir wissen auch, daß unter günstigen Umständen, wie etwa im Köflacher Raum, das Zeitalter der Kohle nicht zu Ende ist.

Daher haben wir heute auch einen Antrag eingebracht, von dem wir hoffen, daß die Aufschließung eines neuen Vorkommens des sogenannten Georgsfeldes ermöglicht wird und damit im Raum

Köflach-Voitsberg sogar zusätzliche Arbeitsplätze für Bergleute geschaffen werden können. Wir freuen uns, daß die seinerzeitige Initiative des Hohen Hauses voreilige Beschlüsse sistierte und derzeit an die Schließung steirischer Gruben nicht gedacht ist.

Wir bitten, die Bemühungen um Ersatzarbeitsplätze, vor allem im Raum Wies-Eibiswald-Deutschlandsberg voranzutreiben, damit die nötigen Arbeitsplätze für diejenigen, die im Bergbau nicht mehr arbeiten können bzw. dort nicht mit einer Arbeit beginnen können, zuerst geschaffen werden. Wir wissen, daß die Landesregierung in dieser Richtung alles in ihrer Macht stehende tun wird, weshalb die ÖVP-Fraktion der vorliegenden Vorlage und auch der weiteren Vorlage über das Unterbleiben von Terminfestsetzungen für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes, ihre Zustimmung geben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Vinzenz Lackner das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich trotz Vorankündigung, daß ich nur einmal zu den drei Vorlagen sprechen würde, mich noch einmal zu Wort melden muß.

Es ist doch so, daß einige Dinge, die der Herr Abg. Dr. Heidinger gebracht hat, nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Er hat wohl ein umfangreiches Elaborat dargelegt, aber im Bergbau sind die Verhältnisse, wenn man sie als Bergmann betrachtet, doch wesentlich anders als er sie geschildert hat.

Zuerst möchte ich einmal feststellen, daß diese drei Vorlagen ihren Anträgen um ein Jahr nachhinken und dadurch zeitweise durch die Verhältnisse in der Grube selbst überholt sind.

Wenn ich an die Schließung des Karl-August-Schachtes denke, so war es doch damals so, daß wir übergegangen sind von einem seinerzeitigen Abbau in der Grube, wo man nach Feldern abgebaut hat, wo drei bis vier Bergleute in einer Kür oder Pass, wie man es im Fachausdruck nennt, zusammen ein Feld bearbeitet haben. Heute ist es so, daß wir im Bergbau einen Langfronten-Abbau betreiben, der bis zu 300 und 400 m lang sein kann, weil ja die technischen Mittel, die heute zur Gewinnung der Kohle eingesetzt sind, das bedingen. Und wenn man heute davon spricht, daß durch die technischen Mittel, die eingesetzt sind, durch die Walzenschremmer oder Kohlenhobel mehr Feinkohle anfällt, so macht man einem letzten Endes noch daraus einen Vorwurf, daß man auch im Bergbau modernisiert hat, um billiger zu den Gesteinungen zu kommen und außerdem nebenbei noch die menschliche Arbeitskraft zu schonen und die Schießarbeit wegzubringen, wie das in Fohnsdorf ist und den Zufälligkeiten schwerer Grubenunfälle aus dem Weg zu gehen. Heute wird einem der Vorwurf gemacht: Ihr macht weit mehr Feinkohle und die Feinkohle ist das Problem, die ist nicht abzusetzen. Und in Fohnsdorf war es so, daß von diesen 400 m Langfrontenabbau 200 m geologisch momentan so gestört wurden, daß sie nicht mehr abgebaut werden konn-

ten, weil dort drinnen bis zu 70 Prozent Taub war. Wir wissen aber genau, daß, wenn man diesen Abbau vorübergehend mitnehmen hätte können durch andere, bessere Aufbringungsarten, daß man dahinter wieder auf schöne Kohle gekommen wäre. Technisch wäre das heute keine Schwierigkeit. Nachdem das aber durch die Gesteinung in den anderen Revieren nicht möglich war, hat man eben diesen Abbau stillgelegt und einen anderen im Karl-August-Schacht aufgemacht und durch diesen neuen Betriebsplan ist eigentlich mehr oder weniger der Karl-August-Schacht erhalten geblieben.

Dazu kommt aber noch, daß ja auch die Wetterbedingungen in der Grube es erfordern, daß man Fluchtwege offen hat u. dgl. mehr, daß nie ein Schacht allein irgendwo in Betrieb ist, sondern daß mehrere Schächte notwendig sind. Der Bergmann lebt eben so wie ein Fuchs und ein Fuchsbau hat bekanntlich sieben Ausgänge. Der Bergmann braucht unter Umständen sogar mehr. Aber es ist ja so, daß, obwohl wir diese Beschlüsse im Landtag gefaßt haben und diese Anträge gestellt und die Berichte der Landesregierung vom Landtag zur Kenntnis genommen wurden, seit Juni 1967 ein neuer Beschluß der Bundesregierung da ist, wo die ÖIG den Auftrag bekommen hat, nach wie vor unrentable Gruben zu schließen. (Landesrat Sebastian: „Bergla und Fohnsdorf!“)

Wenn wir jetzt genau hineinleuchten, was unrentabel ist. (Landesrat Sebastian: 6. Juni 1967, Auftrag an die ÖIG, reduzieren von derzeit fünf Millionen!“ — Landeshauptmann Krainer: „Reduzieren ja, aber nicht sperren. Was haben Sie davon, wenn Sie die Leute beunruhigen mit etwas, was nicht wahr ist. Was hat das für einen Sinn?“ — Landesrat Sebastian: „Der Beschluß ist da!“ — Landeshauptmann Krainer: „Es wird allerhand beschlossen, das ist Ihnen ja nicht unbekannt!“)

Herr Landeshauptmann, eine Frage. Wenn wir zur 3-Millionen-Tonnen-Grenze kommen, was bleibt übrig? Die LAKOG und die WTK fördern allein eine Million Tonnen, wenn sie schon reduziert sind, und die GKB hat eine Kapazität, wo sie drei Millionen Tonnen selber fördern kann. Wenn wir die GKB auch heruntersetzen auf zwei Millionen Tonnen, bleibt nicht nur Bergla übrig, sondern auch Fohnsdorf, obwohl die LAKOG durch die Katastrophe sowieso voreilig zur Schließung kommt. (Landeshauptmann Krainer: „3 Millionen Tonnen sind eine Idee. Es wird Dir nicht unbekannt sein, daß die ÖIG eine Antwort gegeben hat, daß diese unreal sind!“ — Landesrat Sebastian: „Auf 3.7 und Bergla soll geschlossen werden. Aber wir haben uns dagegen gewehrt!“)

Mein Kollege Sebastian hat bereits ausgebessert. (Landeshauptmann Krainer: „Wo habt ihr euch denn wehren können?“ — Landesrat Sebastian: „Haben Sie nicht mitgetan, wie wir es im Landtag und in der Regierung beschlossen haben?“ — Präsident: „Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!“ — Abg. Scheer: „Ende der Regierungssitzung!“)

Sie wissen doch genau, im Jahre 1961, am 9. September hat dieses Ministerkomitee getagt. Damals war der Termin schon fix für die Schließung Fohnsdorfs. Wir sind damals mit unseren Kohlenkisterln aufgekreuzt, so und so viele haben gefragt: Ja, gibt

es denn in Österreich überhaupt solche Kohlen? Allein das ist der Beweis, daß die meisten vom grünen Tisch her sprechen. Und der Bergbau, wenn er in die Tiefe geht und in die Breite, der kann doch nicht billiger werden. Ein Bauer, der seinen Forst vor dem Haus hat und heruntergeschlagen kann, der wird sein Holz auch viel billiger haben als der andere, der es oben an der Baumgrenze in einem schlechten Gelände hat und der darauf angewiesen ist, daß ein guter Winter ist, damit er sein Holz überhaupt herunterbringt — zum Unterschied von jetzt, wo man die Forstaufschließungswege weitestgehend hinaufbaut.

Aber weil immer davon gesprochen wird — unrentabel. Was ist unrentabel? Suchen wir uns andere Berufsgruppen. Es wurde heute vormittag schon darauf hingewiesen, daß es auch in anderen Sparten — nennen wir sie offen, z. B. die Butterchwemme, die Milchschwemme, was mein Namensvetter angeführt hat, 1,6 Milliarden werden notwendig sein, um das zu decken, und für den Bergbau, für den Gesamtbergbau, Kollege Dr. Heidinger, der Buntmetallbergbau eingeschlossen, nicht die Kohle allein, sind 116 Millionen vorgesehen, das sind sieben Prozent von dem, was für die eine Sparte, für einen Produktionszweig ausgegeben werden müßte. (Zwischenrufe der Abg. Dr. Heidinger und Dr. Eichinger.)

Wir können aber auch, Herr Dr. Heidinger, die Belegschaft gegenüberstellen, wieviel dort sind und wieviel da. Dann dürfen Sie aber dabei nicht vergessen, die Gewerbetreibenden, die Sie aufgezählt haben, leben ja auch vom Bergbau, die Forstwirtschaft, wo in Fohnsdorf auch 10 Millionen drinnen sind, dann dürfen Sie auch nicht hergehen und sagen, die 116 Millionen sind für 28.000 Bergleute. Das stimmt ja gar nicht, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Landesrat Peltzmann: „Sie wiederholen ja alles. Haben Sie das genau mitgeschrieben?“)

Dann wird immer von dem vorhandenen aufgeschlossenen Kohlenvermögen geredet. Es gibt bereits drei Flöze in Österreich: ein geologisches, das vorhanden ist, ein technisch gewinnbares und ein aufgeschlossenes. Wenn ich das hernehme, das zur Zeit aufgeschlossen ist und auf die Grube Fohnsdorf beziehe und nichts mehr weiter mache als das herauszuholen mit den Auffahrungen, das sind die Strecken, die offenen Grubengebäude, die wir jetzt haben, dann ist es natürlich so, daß ich nicht weiter komme als vier bis fünf Millionen Tonnen. Aber es ist doch so gewesen, daß man früher einmal nicht einmal eine Million aufgeschlossen gehabt hat.

Das ist doch kein Maßstab. Ein Maßstab ist echt, was vorhanden ist. Jeder von uns weiß, daß Gas und Erdöl zwischen 12 und 15 Jahren in Österreich noch vorhanden sind. Die Kohle ist aber noch vorhanden für 40 bis 50 Jahre. Wenn wir vom technisch Gewinnbaren reden, sind heute der Gewinnung keine Schranken gesetzt, wohl kommt es, je weiter ich in die Grube hinuntergehe und je weiter ich das Gebäude vom Schacht weg ausdehne, selbstverständlich etwas teurer. Technisch gewinnbar ist bei den heutigen Methoden alles. Und wenn wir von Bergla reden, wenn man einmal hergeht und sagt, nur 80 cm sind die Flöze und das zahlt sich nicht aus, daß man es herausholt, wenn man aber

weiß, im Durchschnitt sind es doch 1,20 m, früher einmal war dort die beste Kohle. Nur heute, weil sie einem nicht in die Karten paßt und man mit dem Geld etwas anderes machen möchte, ist es so, daß die Kohle einfach nicht mehr interessant ist. Ob der Bergbau heute im Grenzland steht oder in der Obersteiermark, in Kärnten oder in Salzburg, für die Notzeiten ist es die eiserne Reserve.

Wenn die Donau einen niederen Wasserstand hat, wenn sie zufriert, wenn Weltkonflikte entbrennen, immer wieder wird die Kohle genauso wie die eigene Ernährungsbasis ein guter Energieversorger sein. (Landesrat Peltzmann: „Aber Herr Kollege, Sie haben ja keine Gegner da, wir denken ja gleich wie Sie. Wo wäre die steirische Kohle, wenn Sie die ÖVP als Gegner hätten? Das ist ein großer Irrläufer bei euch! Der Dr. Heidinger hat sehr logisch und mit Ziffern belegt, die jetzige Lage dargestellt!“)

Man redet wohl immer von der Kohle, aber der Hintergedanke vom Dr. Heidinger, das sage ich ihm von da aus ins Gesicht, er hat für die Kohle nichts übrig, eine Kohlengesinnung habe ich bei seiner Rede nicht herausnehmen können. (Allgemeine Zwischenrufe.)

Warum, meine Damen und Herren, wird immer nur vom Defizit geredet und nicht davon, was durch die Kohle herausgewirtschaftet wurde. Wenn ich noch einmal darauf zurückkomme: seit 1945, seit dem Wiederaufbau fünf Milliarden Schilling.

Auf der anderen Seite seit 1958 — und das sind authentische Zahlen — in den letzten zehn Jahren 200 Millionen Schilling. Es wird auch in anderen Berufsgruppen so sein, daß dort ein Betrieb ist, der billig produziert und besser heraussteigt und ein anderer eben wieder schlechter. Im Schnitt kommt es auf dasselbe heraus. Es ist nur bedauerlich, daß ich bei Herrn Abg. Dr. Heidinger eine Anspielung auch darin sehen mußte, daß er gesagt hat, „jetzt wird die GKB auch defizitär“. Aber es ist noch niemand da gewesen, der gesagt hat, schauen wir uns das einmal echt und genau an. Mein Lieber, über Bilanzen läßt sich streiten. Ich bin davon überzeugt, daß man im Lauf der Zeit das Defizit von Fohnsdorf wesentlich höher angegeben hat und dafür als Ausgleich den Bahngewinn der GKB wesentlich niedriger. Denn wo wären denn sonst die 200 Millionen Schilling hergekommen? Und die Kohle hat nicht nur der Alpine bei ihren Investitionen geholfen, sondern auch der gesamten übrigen Wirtschaft, der gesamten übrigen österreichischen Volkswirtschaft. Und wenn Sie die Auslandspreise lesen, so denkt man im Ausland über die Kohle ganz anders. Da ist man heute noch der Meinung, daß die Kohle noch lange nicht ausgedient hat und daß die Energieversorgung durch die Kernenergie noch bei weitem nicht so weit ist, daß sie wirklich lukrativ wird.

Und der Herr Handelsminister Dr. Bock — damit ich auch für Sie was habe, meine Herren — hat selbst erklärt, 0,6 Groschen käme die Kilowattstunde teurer, wenn man die Kohle, für die die vertraglichen Abnehmerpflichtungen da sind, wirklich echt verfeuern würde. Es fehlt eben an einer echten Kohlengesinnung. Das Mittel zur Beseitigung der Schwierigkeiten mit der Kohle liegt nur in der Verströmung. Und im Hohen Haus hier sit-

zen so viele, die mit dem Strom genau so verbunden sind wie sie für die Kohle mit verantwortlich sind. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die Wirtschaft eine unteilbare Einheit darstellt, gehört die Kohle auch zur Wirtschaft. Ich glaube doch — und ich gehöre jetzt dem Hohen Haus vier Jahre an — daß ich in diesen vier Jahren immer wahrgenommen habe, daß das steirische Kohlenproblem ein Gesamtproblem dieses Hauses war. Es hat gar keinen Sinn, hier irgendwie alte Daten herzutizieren und unser Abg. Dr. Heidinger hat den jetzigen Standpunkt, die Lage auf dem Sektor der Energiewirtschaft, in dem die Kohle eingebunden ist, dargelegt.

Ich habe schon vor Jahren — da war es noch nicht modern — in Sprache und Schrift die These vertreten, man müsse den Mut haben, alle Kohlenbergwerke zu einer Gesellschaft zusammenzufassen, um wahre Ziffern zu bekommen. Heute beschreitet man diesen Weg, der zur Zeit der Koalitionsregierung ja nicht möglich war. Die Vorarbeiten hätten in der damaligen Sektion 4 des Bundeskanzleramtes unter Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Pittermann durchaus geregelt werden können. (Abg. Ileschitz: „Aber das ist doch gar nicht wahr!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Als die Alleinregierung diese Agenden übernommen hat, war nicht einmal ein Anzeichen eines Energieplanes vorhanden! Aber wir bekennen uns zur steirischen Kohle und warum habe ich das immer wieder angeregt? Weil man erstens dadurch zu wahren Ziffern kommt und zweitens, weil man dann eine Aussage machen muß! Ob das nun die GKB übernimmt oder Fohnsdorf, in Wirklichkeit zahlt es ja doch der Staat!

Machen wir uns doch nichts vor, meine Herrschaften!

Aber dort kriegen wir echte Ziffern und die Ziffern von Fohnsdorf, das haben Sie immer wieder behauptet, habe ich nie als wahrheitsgemäß angesehen! Man hat ja von 50 bis 80 und 90 Millionen durch die Gegend phantasiert und war nie bereit, echte Zahlen auf den Tisch zu legen. Und dann ist der Staat da und das sind ja wieder wir! Wenn man sagt, man brauche eine Energiereserve, dann muß man sich dazu bekennen. Aber nicht einmal nein und einmal ja. Man wird halt diese Millionen auf den Tisch legen müssen, damit man dieses Problem endlich aus dem politischen Bereich herausbringt. Es nützt der Kohle nicht, wenn man damit nur Politik macht und zwar Politik im schlechten Sinn und nicht im guten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Zagler: Ich verzichte auf das Schlußwort und stelle noch einmal den Antrag, der Vorlage 442, die im Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuss einstimmig beschlossen wurde, die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 466, zum Beschluß Nr. 192 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Unterbleiben jeder Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes.

Berichterstatter ist Abg. Anton Zagler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Einl.-Zahl 466, beinhaltet die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 192 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Unterbleiben der Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes.

Hiezu erstellt die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht: Die Steiermärkische Landesregierung ist sowohl schriftlich wie auch mündlich bei den Bundeszentralstellen vorstellig geworden, daß vor der endgültigen Verabschiedung des Energieplanes jede Terminfestsetzung für die Schließung steirischer Kohlengruben zu unterbleiben hat. Dies ist geschehen und Fix-Termine sind zu Richt-Terminen erklärt worden. Es wird auch gefordert, daß die Schließung von Kohlengruben von der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen abhängig gemacht wird. Dem ist grundsätzlich entsprochen worden. Für die Ersatzarbeitsplatzschaffung erfolgt eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Land und ich möchte im Namen des Ausschusses folgenden Antrag stellen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 192 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Unterbleiben jeder Terminfestsetzung für die Schließung von Kohlengruben vor Verabschiedung des Energieplanes zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

27. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391, zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Sport und Leibesübungen an den Landesberufsschulen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Die gegenständliche Vorlage behandelt die Möglichkeiten und Schaffung von Gelegenheit zur Ausübung von Sport und Leibesübungen in den Landesberufsschulen.

Hiezu hat die Steiermärkische Landesregierung berichtet, daß zur Zeit sechs Landesberufsschulen in der Steiermark bestehen, die aber nicht mit Turnsälen ausgestattet worden sind, weil der Lehrplan der Berufsschule Turnen bzw. Sport und Leibesübungen nicht als Lehrgegenstand vorsieht.

Dennoch ist man bemüht, den Schülern in den Internaten Möglichkeiten zur Ausübung von Leibesübungen bzw. zur Freizeitgestaltung zu geben, soweit die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Der Volksbildungs-Ausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und auch nebenbei festgestellt, daß es durchaus sinnvoll wäre, auch im Lehrplan der Berufsschulen den Gegenstand Leibesübungen als Pflichtgegenstand aufzunehmen. Namens des Volksbildungs-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag möge folgenden Beschluß fassen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 218 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend Sport und Leibesübungen an Landesberufsschulen wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

28. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 397, zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages, Nr. 215 vom 16. Dezember 1966 über eine Neuregelung der Ausbildung für die Krankenpflegeberufe.

Berichterstatter ist Frau Abg. Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Egger: Die Landesregierung gibt zu dem Antrag, der im wesentlichen vier Punkte umfaßt hat, und zwar daß

1. die Ausbildungen zu den Krankenpflegeberufen fachschulmäßig ausgebaut werden, um eine künftige Einstufung der Absolventinnen zu ermöglichen,
2. an Stelle des unbefriedigenden Vorpraktikums eine neue vor- und allgemeinbildende Schultype geschaffen werde,
3. eine kürzere Ausbildung zur Pflegerin erfolgen möge und
4. für die gehobenen verantwortlichen Tätigkeiten in den Berufen eine Weiterbildung ermöglicht werde, folgenden Bericht:

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat auf Grund von Anregungen, die sowohl von Fachverbänden wie von Bundesländern gekommen sind, fünf Arbeitskreise gebildet. In diesen wurden diese Anregungen beraten. Es ist bezüglich der Ausbildung im Krankenpflagedienst beabsichtigt, die Lehrpläne ebenso wie den Aufbau und die Organisation der Ausbildung zu verbessern und dabei auch zum Großteil neu zu regeln. Weiters soll das bestehende Vorpraktikum in eine Vorschule für die Krankenpflegeschulen umgewandelt werden, jedoch nicht für andere Sozialberufe Vorbildern und weiterhin in der Kompetenz des Bundesministeriums für soziale Verwaltung bleiben. Der Vorschlag, eine verkürzte Ausbildung zur Pflegerin zu schaffen, wird im wesentlichen abgelehnt, jedoch hinsichtlich der Fortbildung von bereits diplomiertem Krankenpflegepersonal wird festgestellt, daß diese unbedingt notwendig ist und durchgeführt werden soll.

Es ist zu erwarten, daß hier eine gesetzliche Regelung erfolgen wird. Ob und in welchem Umfang das Bundesministerium für soziale Verwaltung die Vorschläge der Arbeitskreise verwirklichen wird,

kann derzeit noch nicht gesagt werden. Jedenfalls werden aber die endgültigen Entwürfe der diesbezüglichen Gesetzesnovelle der zuständigen Abteilung zugeleitet werden. Dabei wird Gelegenheit sein, zu diesen beabsichtigten Verbesserungen Stellung zu nehmen.

Der Volksbildungs-Ausschuß hat diesen Bericht der Landesregierung beraten und ich stelle namens des Volksbildungs-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über eine Neuregelung der Ausbildung für die Krankenpflegeberufe wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Er ist angenommen.

29. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 403 zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Moser, Prof. Doktor Eichinger, Karl Lackner, Pözl und Nigl betreffend die Vorsorge für eine ausreichende Ausstattung der Landesbildstelle und Bezirksbildstellen in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Abg. Prof. Dr. Moser. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Prof. Dr. Moser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Vorlage entstammt aus der Notwendigkeit, unsere steirischen Bildstellen zeitgemäß auszurüsten. Dies ist umso wichtiger, als man den Wandel der Kultur nicht übersehen kann, der das Bild immer stärker an die Stelle des Buches stellt.

Diese Entwicklung hat selbstverständlich Konsequenzen für die Schule, für den zeitnahen Unterricht, die leider nur sehr zögernd gezogen werden, vielleicht auch deshalb, weil die dafür erforderlichen Lehrmittel, die Filme, die Geräte, die Bilder nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Man kann nun die finanziellen Lasten dafür nicht dem Schulerhalter allein aufbürden. Dafür wurden ja seinerzeit die Bildstellen geschaffen, damit diese Hilfsmittel kostenlos dort entliehen werden können. Nun ist die Ausstattung unserer Bildstellen außerordentlich dürftig und veraltet. Der Landtag hat daher die Steiermärkische Landesregierung ersucht, die finanziellen Mittel für die Mindestausstattung der Bildstellen bereitzustellen. Die Landesregierung hat diesem Antrag entsprochen. Im ao. Voranschlag ist eine Post von 1.4 Millionen Schilling dafür vorgesehen, das sind die Kosten für die Mindestausstattung, davon sind 400.000 Schilling bedeckt.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, den vorliegenden Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

30. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 424, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom

16. Dezember 1966 über die Polytechnischen Lehrgänge.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Schrammel. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Schrammel: Hoher Landtag! Im vorliegenden Beschluß des Landtages wurde die Landesregierung aufgefordert, die Stundeneinteilung der Polytechnischen Lehrgänge so zu regeln, daß dabei mehr Rücksicht auf den Schulweg der ländlichen Jugend genommen wird. Dort, wo keine Abstimmung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln möglich ist, ist der Einsatz von Schüleromnibussen zu erwägen, um längere, unzumutbare Wartezeiten hintanzuhalten.

Durch die Rechtsabteilung 11 wurden die Bezirkshauptmannschaften angewiesen, in Schulen und Gemeinden Umfragen zu stellen hinsichtlich der Gestaltung der Fahrpläne. Demnach haben die öffentlichen und privaten Kraftfahrlinienunternehmen zusätzliche Schülerkurse in den Fahrplan aufgenommen. In Gebieten, die noch nicht von Kraftfahrlinien bedient wurden, sind für die Schüler neue Kraftfahrlinien über Initiative der Bürgermeister auf privater Ebene geschaffen worden.

Ich darf namens des Verkehrsausschusses den Hoher Landtag ersuchen, der Vorlage zuzustimmen, wonach der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966 über die Polytechnischen Lehrgänge zur Kenntnis genommen wird.

Präsident: Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag des Berichterstatters ist angenommen.

31. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 452 zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Dr. Helmut Heidinger das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Die gegenständliche Vorlage befaßt sich in etwa mit dem gleichen Inhalt wie die eben abgehandelte. Es dreht sich darum, daß die Stundeneinteilung der Polytechnischen Lehrgänge auf die Schulwege, insbesondere der ländlichen Jugend, Rücksicht nehmen soll. Die Steiermärkische Landesregierung berichtet dazu, daß die Rechtsabteilungen 13 und 7 entsprechende Veranlassungen getroffen haben und der Landesschulrat die Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden gebeten hat, auf die Koordinierung der Verkehrsmittel mit den Unterrichtszeiten Bedacht zu nehmen. Der Landesschulrat berichtet weiters, daß bereits bei Eröffnung der Polytechnischen Lehrgänge mit Schulbeginn 1966/67 darauf Rücksicht genommen wurde und die Bezirksschulinspektoren besonders auf diesen Umstand aufmerksam gemacht

wurden in ihrer Überwachungstätigkeit. Unzulänglichkeiten sind der Landesregierung nicht bekannt geworden.

Die Landesregierung stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

32. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 139, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Koller, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Pittermann und Schrammel, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule für die Ost-, West- und Mittelsteiermark.

Berichterstatter ist Herr Abg. Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer: Hoher Landtag! Die Vorlage der Steierm. Landesregierung, Einl.-Zahl 139, beinhaltet den Antrag der Abgeordneten Lafer, Koller, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Pittermann und Schrammel, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule für die Ost-, West- und Mittelsteiermark. Hiezu erstattet die Landesregierung folgenden Bericht:

Durch die alljährlich größer werdende Anzahl von Bewerbern für die geführten Lehranstalten Wieselsburg und Raumberg ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft darangegangen, weitere solche Anstalten in Salzburg und Oberösterreich zu planen und die Errichtung in die Wege zu leiten.

Diese beiden Projekte werden trotz erheblicher finanzieller Zuschüsse der betreffenden Bundesländer die dafür zur Verfügung stehenden Baukredite des Bundes derart belasten, daß zumindest für die nächsten Jahre die Errichtung weiterer Schulen nicht möglich ist.

Das Ministerium bezweifelt auch den dringenden Bedarf an einer weiteren landwirtschaftlichen Mittelschule in Steiermark und führt als Beweis an, daß in den letzten beiden Jahren kein geeigneter Bewerber in Raumberg mehr abgewiesen werden mußte. Im übrigen bestünde die Möglichkeit der Führung von Parallelklassen, die weitaus billiger kämen als neue Schulgründungen.

Bezüglich des Unterrichtsprogramms stellt das Ministerium fest, daß Raumberg absolut nicht auf alpenländische Verhältnisse abgestimmt ist, sondern deren Programm sich kaum von dem des Franziskaner Josephinums unterscheidet. Die von der Landesregierung erwähnten 57.000 landwirtschaftlichen Betriebe im Einzugsgebiet für die neue Schule werden auch nicht als echte Begründung für den Schulbedarf angesehen. Das Ministerium hat festgestellt, daß 43,2 Prozent der Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche von unter 5 ha haben, die zur Erzielung eines befriedigenden Ein-

kommens unbedingt Spezialkulturen betreiben müssen. Die hierzu notwendigen Fachkenntnisse zu vermitteln, sei nicht Aufgabe einer landwirtschaftlichen Mittelschule, sondern die der landwirtschaftlichen Fachschulen. Im übrigen sei es zweifelhaft, ob Mittelschulabsolventen auf derart kleine Betriebe zurückkehren, da sie dort nicht die ihrer Schulbildung entsprechenden Einkommensmöglichkeiten finden.

Das Ministerium weist schließlich noch darauf hin, daß auch noch vorsorglich zu prüfen sei, ob für eine vermehrte Anzahl von Absolventen landwirtschaftlicher Mittelschulen Berufschancen gegeben sind. Bei dieser Sachlage besteht derzeit keine Aussicht auf Erreichung einer zweiten landwirtschaftlichen Mittelschule in der Steiermark.

Namens des Landeskultur-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Koller, Dipl.-Ing. Schaller, Buchberger, Dr. Pittermann und Schrammel, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule für die Ost-, West- und Mittelsteiermark zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Das ist geschehen, der Antrag ist angenommen.

33. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 246, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Dr. Klausner, Klobasa, Zinkanell und Genossen, betreffend die Regulierung der Laßnitz und des Stainzbaches.

Berichterstatter ist Herr Abg. Friedrich Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus! In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 31. Oktober 1966 wurde der Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Dr. Klausner, Klobasa, Zinkanell und Genossen, Einl.-Zahl 246, betreffend die Regulierung der Laßnitz und des Stainzbaches der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen.

Hiezu erstattet die Hohe Regierung folgenden Bericht: Die Regulierungsarbeiten an der Laßnitz im Abschnitt Wetmannstätten-Grünau wurden bereits fertiggestellt. Im Bauabschnitt Preding-Wetmannstätten sind die Bauarbeiten soweit fortgeschritten, daß im Jahre 1967 auch dieses Baulos zum Abschluß gebracht werden kann. Für den Bauabschnitt Stangersdorf stehen ebenfalls die notwendigen Mittel zur Fortführung und Beendigung der Arbeiten zur Verfügung. Weiters ist im Jahre 1967 der Beginn der Regulierungsarbeiten im Baulos Schönberg-Preding vorgesehen. Die Projektierungsarbeiten für die Baulose Tillmitsch, Lang, Wagner, Leibnitz und Kaindorf sind abgeschlossen. Für die kommenden Jahre wird für die Fortführung der Regulierungsarbeiten an der Laßnitz wie bisher vorgesorgt werden.

Bezüglich der Stainzbachregulierung berichtet die Landesregierung, daß derselbe von seiner Mündung in die Laßnitz an auf 3,3 km Länge bereits verbaut wurde. Für die Fortführung der Arbeiten bachaufwärts kann es nicht verantwortet werden, öffent-

liche Mittel hierfür aufzuwenden, solange nicht die Unterlaufstrecken der Laßnitz und der Sulm reguliert sind, weil sonst durch die Ausschaltung von Überflutungsflächen im Stainztal in den Unterlaufstrecken der Laßnitz und Sulm eine zusätzliche Überflutungsgefahr mit Hilfe von Förderungsmiteln hervorgerufen werden würde.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 18. September 1967 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Regulierung der Laßnitz und des Stainzbaches, zur Kenntnis zu nehmen.

Der Landeskultur-Ausschuß hat sich mit diesem Bericht befaßt und empfiehlt dem Hohen Haus einstimmig, diesem Bericht die Zustimmung zu geben.

Präsident: Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

34. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 326, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend die Sanierung des Granitzenbaches im Bereiche von Weißkirchen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage 326 beinhaltet den Antrag des Abg. Schaffer und Kollegen, betreffend die Sanierung des Granitzenbaches im Bereiche von Weißkirchen.

Hiezu wurde von der Landesregierung der Bericht erstattet, daß durch die häufigen Hochwässer der letzten Jahre die in den Kriegsjahren gebaute Regulierung stark beeinträchtigt und in der Abflußfähigkeit eingeschränkt wurde, wodurch Weißkirchen gefährdet wird. Nach dem Bericht der Baubezirksleitung Judenburg handelt es sich hiebei mindestens um einen Betrag von 50.000 Schilling. Des weiteren muß noch erwähnt werden, daß von Seiten der Bezirkshauptmannschaft Bemühungen bestehen, einen Wasserverband zu gründen, in dem alle Gemeinden von Obdach bis Zeltweg vertreten sind, damit die Finanzierung geklärt werden kann.

Der Landeskultur-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend die Sanierung des Granitzenbaches im Bereiche von Weißkirchen, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

35. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 327, zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend Uferschutzbauten an der Mur zwischen Unzmarkt und Rothenthurm.

Berichterstatter ist Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hohes Haus! Diese Vorlage befaßt sich mit den Uferschutzbauten an der Mur zwischen Unzmarkt und Rothenthurm.

Hiezu erstattet die Landesregierung folgenden Bericht: Die ziemlich umfangreichen Schäden an der Mur nach den Hochwässern 1965 und 1966 im angeführten Abschnitt konnten erst zum geringen Teil saniert werden. Es handelt sich um eine Reihe von Schadensstellen, die im Bericht angeführt sind. Der Gesamtschaden in den Gemeinden, in deren Bereich Ufereinbrüche usw. verursacht wurden beträgt 4.500.000 Schilling. Die Reihung der angeführten Schäden entspricht der Dringlichkeit ihrer Behebung.

Der Landeskultur-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ich darf namens des Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Schaffer, Karl Lackner, Burger und Maunz, betreffend Uferschutzbauten an der Mur zwischen Unzmarkt und Rothenthurm, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

36. Bericht des Landeskultur-Ausschusses, Beilage Nr. 68, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais- und Roggensaatgut.

Berichterstatter ist Herr Abg. Alois Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer: Hoher Landtag! Die gegenständliche Beilage Nr. 68 über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 54, beinhaltet das Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais und Roggensaatgut. Aus fachlichen Gründen erfordert die wichtige Erzeugung von Hybridmais und Roggensaatgut zur Vermeidung von Fremdbestäubungen einen bestimmten Mindestabstand der Vermehrungsbestände von sortenfremden Beständen. Das vorliegende Gesetz trägt dieser Forderung Rechnung und bringt eine einheitliche gesetzliche Regelung. Demnach wird eine Anmeldefrist für Vermehrungsflächen bei Mais bis zum 1. Februar und bei Roggen bis zum 1. Juni festgelegt. Weiters wird das Flächenausmaß festgelegt, nach welchem Vermehrungsflächen als Saatgutbauflächen deklariert werden. Auf Grund der Anmeldungen bestimmt die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark die Vermehrungsfläche und die erforderlichen Schutzstreifen. Die genannten Schutzstreifen bei Mais von 200 m und bei Roggen von 300 m sind aus biologischen Gründen unbedingt notwendig, um die Vermehrungsbestände vor Fremdbestäubungen zu schützen. Das Gesetz sieht auch Bestimmungen über die Feststellung der Anbaugelände und Anbaubeschränkungen vor. Für jene Landwirte, die von den Schutzbestimmungen betroffen sind, sieht das Gesetz entsprechende Schadensvergütungen vor.

Das vorliegende Gesetz ist zur Sicherung und

Förderung der Erzeugung von Hybridmais und Roggensaatgut in der Steiermark von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Landeskultur-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 30. Jänner 1968 die Beratungen über das oben genannte Gesetz durchgeführt und hiebei Abänderungen beschlossen. Da diese Abänderungen von wesentlicher Bedeutung sind, war die Drucklegung der neuen Fassung dieses Gesetzentwurfes erforderlich.

Der Landeskultur-Ausschuß stellt daher den Antrag: Der Hohe Landtag wolle den nachstehenden Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais und Roggensaatgut zum Beschluß erheben.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Obwohl zur gegenwärtigen Stunde in Grenoble die feierliche Eröffnungszeremonie stattfindet und Sie, meine Damen und Herren, im Fernsehen diese seltene Feierlichkeit sicherlich miterleben wollen, muß ich Sie kurz mit meinen Ausführungen aufhalten.

In allen wirtschaftlichen Belangen hört man immer wieder das Wort Kooperation, der Arbeitsteilung, der Vereinheitlichung und der verschiedenen Möglichkeiten, und ich darf Ihnen in dem Zusammenhang sagen, daß auch die Landwirtschaft von all diesen Neuerscheinungen reichlich Gebrauch macht. Wir können bei uns in der Steiermark feststellen, daß wir diese Kooperation, diese Arbeitsteilung, diese Schwerpunktbildung in allen Sparten unserer Landwirtschaft miterleben. Ich denke hier vor allem daran, daß man in den bergigen Gebieten versucht, die Viehwirtschaft hinzubringen und in den anderen Regionen unseres Landes den verschiedensten Sparten der Landwirtschaft eine entsprechende Ausdehnung angedeihen lassen will. Wir können vor allem in der Steiermark sagen, daß man versucht, auch die Spezialisierung entsprechend voranzutreiben. Es wird immer wieder davon gesprochen, daß man versucht, vor allem in der Steiermark, die Spezialisierung der Landwirtschaft dorthin zu bringen, um auf der anderen Seite die noch immer offenen Importlücken, ich denke vor allem an Obst und an Mais, zu stopfen. Wir können, gerade wenn wir die Maissparte betrachten, die Feststellung machen, daß sich hier eine riesige flächenmäßige Ausdehnung der Anbaugelände abzeichnet. Wenn ich hier noch einige Zahlen sagen darf, so hat die Maisanbaufläche im Jahre 1960 bei uns in der Steiermark noch bei 15.000 ha betragen. Diese Fläche hat sich bis zum Jahre 1967 auf das Doppelte, 32.000 ha ausgedehnt. In Österreich ist die Gesamtmaisbaufläche bei 60.000 ha gelegen.

Wir sehen daraus, daß zumindest die Hälfte der Maisanbaufläche in der Steiermark liegt. Wir sind in der Steiermark in der glücklichen Lage, daß wir mitten in diesem Maisanbaugelände auch eine Maisanbaugelände haben. Wir waren ja in früheren Zeiten immer wieder auf Saatgutimporte aus Niederösterreich und auch aus dem Ausland angewiesen. Auf Grund intensiver Vorarbeit in letzter Zeit war es möglich, bei uns in der Steiermark selbst

entsprechendes Maissaatgut zu züchten. Wir konnten in der letzten Zeit feststellen, daß vor allem das in der Steiermark erzeugte Mais-Hybridsaatgut den anderen Zuchten gegenüber entsprechend konkurrenzfähig ist. Es hat sich auf Grund dessen auch die Maissaat- oder -anbaufläche entsprechend vergrößert. Wir haben insgesamt in der Steiermark eine Saatgutfläche von 360 ha und haben auch hier wiederum der Zeit entsprechend Rechnung getragen, daß wir Schwerpunktgebiete haben im Raum Weiz und Gleisdorf. Wir hatten in der vergangenen Zeit immer wieder die Schwierigkeiten, wie der Herr Berichterstatter bereits angedeutet hat, daß kein rechter Abstand zwischen den Saatvermehrungsflächen und den frei aufblühenden Beständen war. Es wurde daher der Konsummaisbau immer wieder versucht. Aber auf Grund dieses uns vorliegenden Gesetzes wird es möglich sein, auch tatsächlich diese Vermehrungsinseln zu erhalten und es besteht die Möglichkeit, auch in der Zukunft diese Anbauflächen noch zu vergrößern. Dieses Gesetz hat für uns alle den Vorteil, daß wir die Möglichkeit haben, unter Umständen, die vorsätzliche Absicht eines in diesem Gebiet liegenden Landwirtes entsprechend zu verhindern, um diese Inseln nicht zu zerstören.

Ich darf von dieser Stelle aus meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß es möglich ist, dieses Gesetz zu verabschieden und ich darf Ihnen versichern, daß es unbedingt zum Fortschritt unserer Landwirtschaft in der Steiermark beitragen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Mangels weiterer Wortmeldungen schreite ich zur Abstimmung. Ich bitte um ein Händedezeichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

37. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl Nr. 491, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein für die Fa. Rudolf Bauer, Röhrenwerk und Pumpenfabrik Voitsberg, bei der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer aufzunehmendes Darlehen von 15 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Franz Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ileschitz: Die Fa. Rudolf Bauer hat durch eine außerordentliche Ausweitung ihrer Produktion, insbesondere durch Exporte in mehr als 70 Länder der Erde, ihren Umsatz in den letzten Jahren derart erweitert, daß die durch Eigenkapital und durch bankmäßig gesichertes Fremdkapital gegebene Finanzierungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichen, um den Betrieb im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Zur Beseitigung dieser saisonalen Finanzierungsschwierigkeiten und zur weiteren Aufrechterhaltung des vollen Betriebes benötigt die Firma zusätzliches Betriebskapital von 30 Millionen Schilling. Die Landesregierung, die sich mehrmals mit dem Ansuchen der Firma Bauer befaßt hat, hat grundsätzlich die Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen Darlehensbetrag von 15 Millionen Schilling und die Gewährung eines Darlehens aus Mitteln für die Strukturförderung allenfalls in Höhe von 15 Millionen Schilling vorgeschlagen,

wenn durch diese Maßnahmen der weitere Bestand der Firma Bauer gesichert ist.

Die Firma Bauer hat eine Darlehenspromesse der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer beigebracht, in welcher diese Versicherungsanstalt sich zur Gewährung dieses Darlehens mit einer Laufzeit von 20 Jahren (die ersten fünf davon tilgungsfrei), siebenprozentiger Verzinsung und 100prozentiger Zuzahlung bereit erklärt.

Die Landesregierung hat auf Grund dieser Sachlage in ihrer Sitzung am 5. Februar 1968 grundsätzlich die Einbringung einer entsprechenden Regierungsvorlage in den Steiermärkischen Landtag beschlossen und dabei vorgesehen, daß ein von der Steiermärkischen Landesregierung namhaft zu machender Wirtschaftsfachmann das Unternehmen mit Zustimmung des Betriebsinhabers in betriebswirtschaftlicher, finanzieller und technischer Hinsicht zu überprüfen hat und auf Grund dieses Berichtes der Fortbestand des Unternehmens bei Übernahme der Landeshaftung als sichergestellt angesehen werden kann.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für ein von der Firma Rudolf Bauer, Röhrenwerk und Pumpenfabrik Voitsberg, bei der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer aufzunehmendes Darlehen von 15 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 20 Jahren und fünfjähriger Tilgungsfreiheit, einer Nettoverzinsung von sieben Prozent und einem Zuzahlungskurs von 100 Prozent, die Ausfallbürgschaft des Landes Steiermark zu übernehmen.

a) Dieses Darlehen ist von der Darlehensgeberin im Range unmittelbar nach den derzeit grundbücherlich eingetragenen Verbindlichkeiten von höchstens 32 Millionen Schilling auf den Betriebsrealitäten pfandrechtl. sicherzustellen.

b) Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, weitere Sicherungsmaßnahmen im Bürgschaftsvertrag vorzusehen.

c) ein von der Steiermärkischen Landesregierung namhaft zu machender Wirtschaftsfachmann hat das Unternehmen mit Zustimmung des Betriebsinhabers in betriebswirtschaftlicher, finanzieller und technischer Hinsicht zu überprüfen.

d) Auf Grund dieses Berichtes muß der Fortbestand des Unternehmens bei Übernahme der Landeshaftung als sichergestellt angesehen werden können.

2. Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, weitere Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen im Bürgschaftsvertrag vorzusehen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die umfangreiche Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung des Landtages ist für 26. Februar in Aussicht genommen, es wird aber noch auf schriftlichem Wege die Einberufung erfolgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15.45 Uhr.